
WISTA

Wirtschaft und Statistik

Sabine Allafi | Julia Koch
Florian Schwahn | Norbert Schwarz

Benjamin Held |
Dr. Christian Haubach

Dr. Christian Dudel

Günther Elbel

Thomas Baumann

Außenhandel mit Afrika

**Einkommenskonzepte zur Wohlfahrtsmessung:
Soziale Sachleistungen – ein Einkommensbestandteil?**

Lohnen sich umweltfreundlichere Personenkraftwagen?

**Demografischer Wandel und Vertikalisierung
von Verwandtschaftsbeziehungen**

**Harmonisierter Verbraucherpreisindex:
Jährliche Aktualisierung der Gewichtung**

Staatsanwaltschaftliche Ermittlungstätigkeit in Deutschland

3 | 2015

ABKÜRZUNGEN

D	Durchschnitt (bei nicht addierfähigen Größen)
Vj	Vierteljahr
Hj	Halbjahr
a. n. g.	anderweitig nicht genannt
o. a. S.	ohne ausgeprägten Schwerpunkt
Mill.	Million
Mrd.	Milliarde

ZEICHENERKLÄRUNG

–	nichts vorhanden
0	weniger als die Hälfte von 1 in der letzten besetzten Stelle, jedoch mehr als nichts
.	Zahlenwert unbekannt oder geheim zu halten
. . .	Angabe fällt später an
X	Tabellenfach gesperrt, weil Aussage nicht sinnvoll
I oder —	grundsätzliche Änderung innerhalb einer Reihe, die den zeitlichen Vergleich beeinträchtigt
/	keine Angaben, da Zahlenwert nicht sicher genug
()	Aussagewert eingeschränkt, da der Zahlenwert statistisch relativ unsicher ist
	Abweichungen in den Summen ergeben sich durch Runden der Zahlen.

INHALT

3	Editorial
4	Kennzahlen
6	Kurznachrichten
9	Sabine Allafi, Julia Koch Außenhandel mit Afrika <i>Foreign trade with Africa</i>
25	Florian Schwahn, Norbert Schwarz Einkommenskonzepte zur Wohlfahrtsmessung: Soziale Sachleistungen – ein Einkommensbestandteil? <i>Income concepts for welfare measurement: social benefits in kind – an income component?</i>
41	Benjamin Held, Dr. Christian Haubach Lohnen sich umweltfreundlichere Personenkraftwagen? <i>Are environment-friendlier cars worthwhile?</i>
53	Dr. Christian Dudel Demografischer Wandel und Vertikalisierung von Verwandtschaftsbeziehungen <i>Demographic change and verticalization of family structures</i>

INHALT

- | | |
|----|---|
| 62 | Günther Elbel
Harmonisierter Verbraucherpreisindex:
Jährliche Aktualisierung der Gewichtung
<i>Harmonised Index of Consumer Prices:
annual updating of the weights</i> |
| 74 | Thomas Baumann
Staatsanwaltschaftliche Ermittlungstätigkeit in Deutschland
<i>Public prosecution in Germany</i> |

EDITORIAL

Dieter Sarreither



LIEBE LESERIN, LIEBER LESER,

das Thema Nachhaltigkeit hat viele Facetten. Umweltschutz, Lebensqualität und Internationale Verantwortung sind nur einige Beispiele. Nachhaltigkeitsziele werden nicht nur auf nationaler, sondern auch auf internationaler Ebene definiert. So hat sich Anfang Juni die Gruppe der sieben weltweit führenden Wirtschaftsnationen (G7) unter deutschem Vorsitz in Elmau zu ihrem jährlichen Gipfel getroffen. Neue globale Entwicklungs- und Nachhaltigkeitsziele bildeten einen Konferenzschwerpunkt. Im September 2015 werden zudem die Staats- und Regierungschefs aller UN-Mitgliedstaaten in New York erstmals gemeinsame Nachhaltigkeitsziele (Sustainable Development Goals – SDGs) verabschieden, die für alle Länder gleichermaßen gelten. Ob die Ziele erreicht werden, misst man über Indikatorensysteme. Es wird Aufgabe der amtlichen Statistik sein, das erforderliche Datenmaterial durch Analysen und Modellrechnungen zur Verfügung zu stellen.

Unter den globalen Überschriften Nachhaltigkeit und Wohlfahrt gehen wir in diesem Heft drei Fragestellungen nach. Ist für Afrika beispielsweise der Austausch von Rohstoffen gegen Kraftfahrzeuge ein Zeichen verbesserten Wohlstands? Wie wirkt sich die Einbeziehung sozialer Sachleistungen in den Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnungen auf die materielle Lage der privaten Haushalte aus? Lohnt es sich für die Verbraucher, auf nachhaltige Mobilität zu setzen?

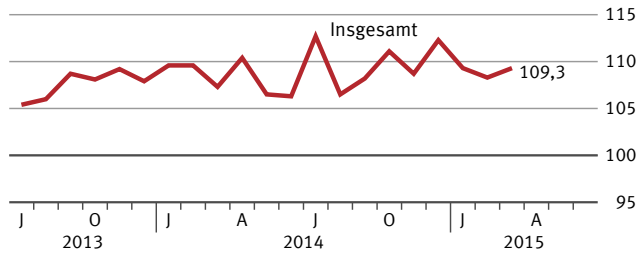
Aber lesen Sie selbst.



Vizepräsident des Statistischen Bundesamtes

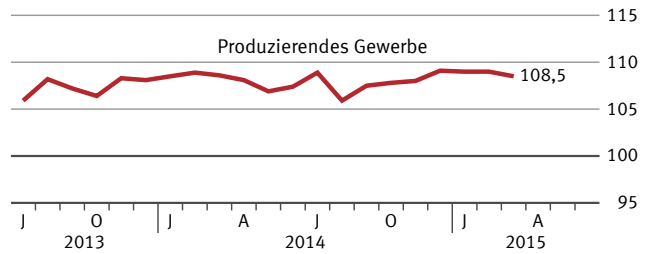
Kennzahlen

Auftragseingang im Verarbeitenden Gewerbe Volumenindex 2010 = 100



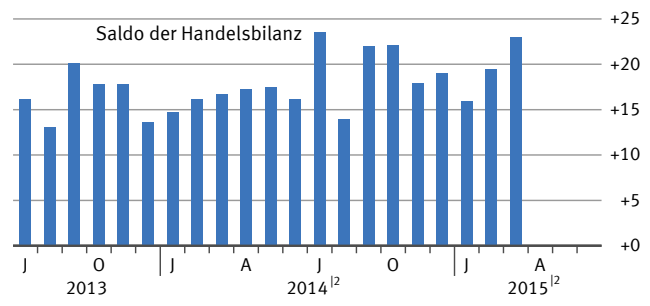
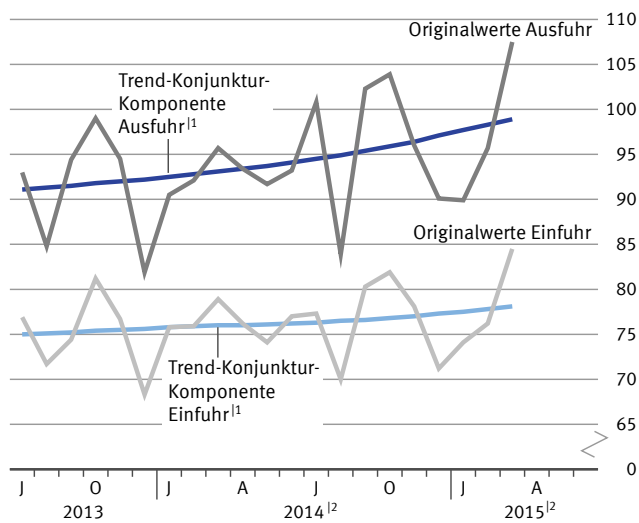
Arbeitsmäßig und saisonbereinigter Wert nach dem Verfahren Census X-12-ARIMA. – Vorläufiges Ergebnis.

Produktion im Produzierenden Gewerbe Index 2010 = 100



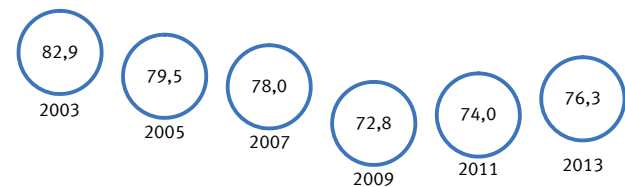
Arbeitsmäßig und saisonbereinigter Wert nach dem Verfahren Census X-12-ARIMA. – Vorläufiges Ergebnis.

Außenhandel in Mrd. EUR

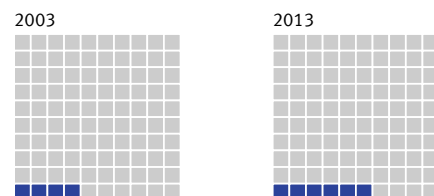


1 Berechnung nach dem Berliner Verfahren, Version 4.1 (BV 4.1).
2 Vorläufige Ergebnisse.

Klimaschutz Treibhausgasemissionen in CO₂-Äquivalenten, 1990 = 100



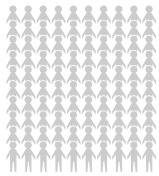
Ökologische Landwirtschaft Anteil an der landwirtschaftlich genutzten Fläche in %



Bevölkerung

Stand: 31.12.2013

Insgesamt
80,8 Millionen



über 65 Jahre



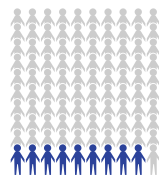
21%

unter 15 Jahre



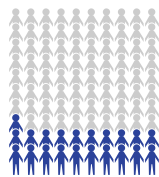
13%

Ausländeranteil



9%

Migrationshintergrund



21%

Verbraucherpreisindex

2010 = 100

2014

Januar	105,9
Februar	106,4
März	106,7
April	106,5
Mai	106,4
Juni	106,7
Juli	107,0
August	107,0
September	107,0
Oktober	106,7
November	106,7
Dezember	106,7

2015

Januar	105,6r
Februar	106,5
März	107,0
April	107,0

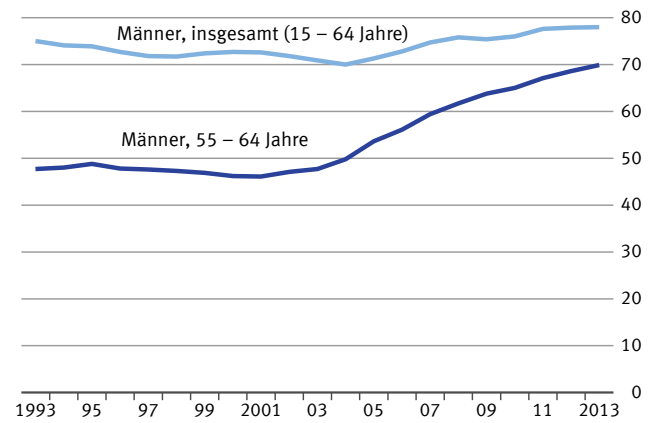
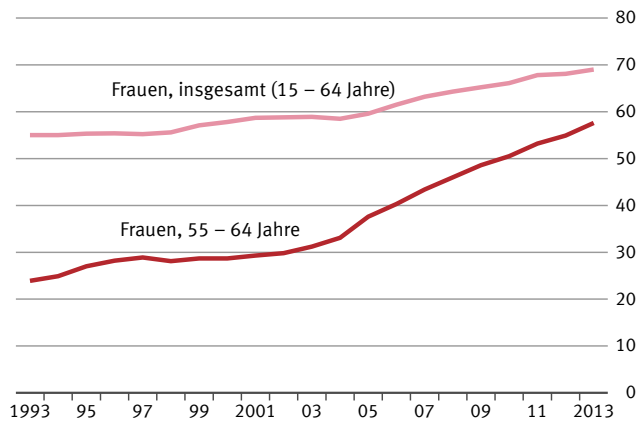
Veränderung
zum Vorjahresmonat

107,0 ↑ 0,5%

r = berichtigte Zahl

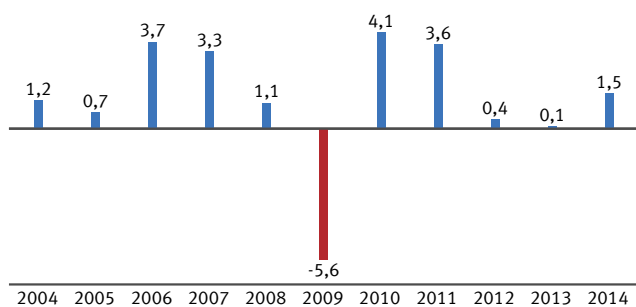
Erwerbstätigenquote

Anteile in %



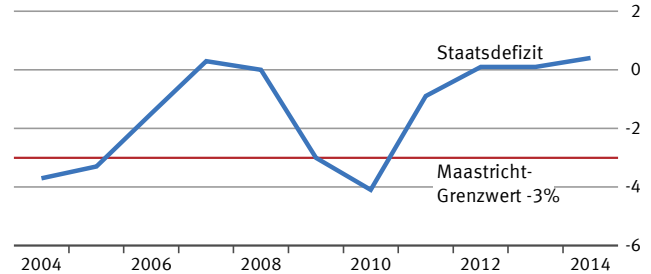
Bruttoinlandsprodukt

preisbereinigt, Veränderung gegenüber dem Vorjahr in %



Staatsdefizit

in % des Bruttoinlandsprodukts



KURZNACHRICHTEN

IN EIGENER SACHE

Jahresbericht 2014 erschienen

Das meistbesprochene Thema im deutschsprachigen Internet war 2014 der Bereich Gesundheit. Der neu erschienene Jahresbericht 2014 des Statistischen Bundesamtes greift diesen Schwerpunkt auf und gibt einen Einblick, welche Daten und Services Destatis dazu beisteuern kann.

Im Interview finden Sie in diesem Jahr Prof. Gerd Gigerenzer, Psychologe und Direktor am Max-Planck-Institut für Bildungsforschung, und die Drogenbeauftragte der Bundesregierung, Marlene Mortler.

Der Jahresbericht 2014 steht unter www.destatis.de im Bereich Über uns › Unsere Aufgaben › Jahresberichte zur Verfügung.

Dr. Roland Habich verstorben

Dr. Roland Habich, Leiter des zentralen Datenmanagements im Wissenschaftszentrum Berlin für Sozialforschung (WZB), ist am 24. April 2015 plötzlich verstorben. Seit fast drei Jahrzehnten war Roland Habich auch verantwortlicher Redakteur und Mitherausgeber des vom WZB und Destatis gemeinsam mit der Bundeszentrale für politische Bildung veröffentlichten Datenreports – eines Sozialberichts, der von Öffentlichkeit und Politik stets mit großem Interesse aufgenommen wurde.

Roland Habich wurde 1953 in Weiher im Landkreis Karlsruhe geboren. Im Jahr 1974 begann er sein Studium der Soziologie an der Universität Mannheim, von wo aus er 1988 ans WZB wechselte. Er gehörte zu den Ideengebern

des Datenreports, der für ihn mehr als eine Aufgabe war. In besonderer Weise verstand er es, statistische Daten zu Aussagen zu verdichten, die das soziale Gefüge in Deutschland lebendig und vielfältig widerspiegeln.

Das Statistische Bundesamt verliert mit Roland Habich einen geschätzten Fachmann und Kollegen.

AUS DEM INLAND

Nachhaltigkeit aktuell

Alle zwei Jahre berichtet das Statistische Bundesamt in einem Indikatorenbericht, wie sich die insgesamt 38 Indikatoren der nationalen Nachhaltigkeitsstrategie entwickelt haben. Jetzt gibt das Bundespresseamt dazu einen Newsletter – „Nachhaltigkeit aktuell“ – heraus (www.bundesregierung.de). Hierin werden in der Reihe „Nachhaltigkeit messen“ Aussage und Entwicklung der einzelnen Indikatoren kurz und verständlich erläutert.

Destatis begleitet Bürgerdialog

Am 13. April 2015 fand der erste Bürgerdialog der Bundesregierung unter dem Titel „Gut leben in Deutschland – was uns wichtig ist“ in Berlin statt. Alle Bürgerinnen und Bürger sind eingeladen, sich in den kommenden Wochen aktiv an den Bürgerdialogen zu beteiligen. Aus den gewonnenen Erkenntnissen sollen neue Indikatoren für Lebensqualität resultieren, an denen sich die Bundesregierung künftig orientieren will. Das Statistische Bundesamt wird diesen Prozess beratend begleiten.

Der Bürgerdialog ist Teil der Regierungsstrategie und knüpft an den Bürgerdialog der Bundeskanzlerin über

Deutschlands Zukunft und an den Schlussbericht der Enquete-Kommission „Wachstum, Wohlstand, Lebensqualität – Wege zu nachhaltigem Wirtschaften und gesellschaftlichem Fortschritt in der Sozialen Marktwirtschaft“ des Deutschen Bundestages an.

TAGUNGEN

UNECE-Konferenz Workshop on the Communication of Statistics

Die jährliche UNECE-Konferenz “Workshop on the Communication of Statistics” wurde vom 27. bis 29. April 2015 auf Einladung des Bureau of Labor Statistics in Washington D.C. in den Vereinigten Staaten unter dem Vorsitz von Destatis durchgeführt. Folgende Schwerpunktthemen wurden diskutiert: Soziale Medien; Apps, APIs und Open Data; Digitale Publikationen und die Reputation amtlicher Statistik.

Die letzte Session war zugleich der Auftakt eines erstmalig gemeinsamen Tages mit der UNECE-Konferenz “Workshop on Statistical Data Collection”.

Die wichtigsten Ergebnisse waren:

- › Neue Produkte der Verbreitung und Kommunikation bedürfen einer strategischen Verankerung.
- › Drittanbieter von amtlichen Daten werden in Zukunft eine größere Rolle spielen. Neue strategische Überlegungen sind daher erforderlich, um das Profil der amtlichen Statistik zu schärfen.
- › Entsprechend internationaler Standards sollten moderne Monitoringverfahren flächendeckend zur Analyse der Nutzerkommunikation eingesetzt werden.

StatistikTage Bamberg|Fürth 2015

Die Otto-Friedrich-Universität Bamberg und das Bayerische Landesamt für Statistik organisieren im Rahmen des Statistik Netzwerks Bayern am 23. und 24. Juli 2015 zum vierten Mal die StatistikTage Bamberg|Fürth. Das Thema in diesem Jahr lautet „Empirische Bildungsfor-

schung: Datengrundlagen und Ergebnisse“. Experten der amtlichen Statistik, empirischen Bildungsforschung und regionalen Bildungsplanung präsentieren die Ergebnisse ihrer Arbeiten und stellen sie zur interdisziplinären Diskussion.

Nähere Informationen zur Veranstaltung:

www.statistik.bayern.de/

Mikrozensus-Workshop 2015

Zum Thema „Der Mikrozensus als Datenquelle für die empirische Sozial- und Wirtschaftsforschung: Einführung in die Arbeitsmarktanalyse und das Arbeiten mit den Daten“ veranstaltet GESIS in Kooperation mit dem Statistischen Bundesamt am 24. und 25. September 2015 in Mannheim einen Workshop.

Der Mikrozensus als größte laufende Haushaltsstichprobe in Deutschland steht der Wissenschaft unter anderem als 70 %-Substichprobe (Scientific-Use-File) für Forschungsvorhaben zur Verfügung. Der Schwerpunkt des Fragenprogramms liegt auf soziodemografischen, sozioökonomischen und erwerbsstatistischen Merkmalen.

Die Veranstaltung soll grundlegende Kenntnisse in Bezug auf das Arbeiten mit den Daten sowie einen Überblick über die Besonderheiten und Analysemöglichkeiten des Mikrozensus vermitteln. Im Zentrum stehen Fragen der Arbeitsmarktanalyse. Am ersten Tag werden Fachvorträge über die Konzeption, das Erhebungsdesign und Themenschwerpunkte des Mikrozensus angeboten. Darauf aufbauend werden diese Themen am zweiten Tag in praktischen Übungen vertiefend behandelt. Dabei werden die Statistik-Programme SPSS und Stata verwendet.

Anmeldungen sind bis Ende August möglich:

www.gesis.org/veranstaltungen/gesis-workshops/

Call for Papers für die 34. Generalkonferenz der IARIW

Die International Association for Research in Income and Wealth (IARIW) ist ein weltweit anerkanntes wissenschaftliches Forum für Produzenten, Nutzer und Forscher im Bereich der Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnungen sowie der Wirtschafts- und Sozialstatistiken. Im Fokus

des Interesses stehen konzeptionelle Weiterentwicklungen dieser Statistikbereiche sowie dazugehörige praktisch-methodische Umsetzungsmöglichkeiten. Arbeitsschwerpunkte setzt die IARIW dabei insbesondere bei Fragen der international vergleichenden Einkommens-, Wohlfahrts- und Armutsmessung sowie bei der Auswertung von Wirtschafts- und Sozialdaten für die nationale Politikanalyse.

Um einen Erfahrungsaustausch einerseits zwischen den Ländern und andererseits zwischen Vertretern der Wissenschaft und der öffentlichen Verwaltung bei der Weiterentwicklung der Statistik zu vermitteln, finden im Abstand von zwei Jahren die IARIW-Generalkonferenzen statt. Vom 21. bis 27. August 2016 richtet das Statistische Bundesamt die 34. Generalkonferenz der IARIW in Dresden aus.

Der Call for Papers ist verfügbar unter www.iariw.org, die Annahmefrist für Konferenzbeiträge endet am 31. August 2015.

NEUERSCHEINUNGEN

Online-Atlas mit Zensusergebnissen auf Gitterebene

Im April 2015 ist eine neue regionale Auswertungsebene für die Ergebnisse des Zensus 2011 freigeschaltet worden, die geografische Gitterzelle mit einer Kantenlänge von 1 km.

Als erste kartografische Anwendung dieser Auswertungsebene für Zensusergebnisse haben die Statistischen Ämter des Bundes und der Länder einen interaktiven Zensusatlas mit Ergebnissen zu Bevölkerung und Wohnen auf Basis eines 1-Kilometer-Gitters im Internet veröffentlicht. Mit diesem Zensusatlas wird eine bessere kleinräumige Vergleichbarkeit geschaffen, weil das Gitter – im Gegensatz zur Blockseite – ganz Deutschland lückenlos abdeckt und unabhängig von der Siedlungsstruktur eine neutrale Bezugsgröße darstellt. Gerade für kleinräumige Planungszwecke an der Grenze von Stadt und Umland ergibt sich hiermit eine detailliertere Informationsgrundlage.

Den Online-Atlas mit gitterbasierten Zensusergebnissen können Sie direkt aufrufen:

<https://atlas.zensus2011.de>

Animierte Bevölkerungspyramide

Mithilfe einer neuen animierten Bevölkerungspyramide (www.destatis.de/bevoelkerungspyramide/) kann man sich einen Überblick über den Aufbau der Bevölkerung in Deutschland nach Alter und Geschlecht verschaffen. Die interaktive Anwendung bietet die Möglichkeit, die Veränderung der Altersstruktur im Zeitraum zwischen 1950 und 2060 zu verfolgen und dabei einen bestimmten Geburtsjahrgang zu beobachten. Außerdem können verschiedene Altersgruppen und deren Anteil an der Gesamtbevölkerung sowie das Medianalter und der Altenquotient angezeigt werden.

Ab dem Jahr 2014 basiert die Anwendung auf den Ergebnissen der 13. koordinierten Bevölkerungsvorausberechnung für Deutschland. Diese schließt vier ausgewählte Varianten mit unterschiedlichen Annahmen zur künftigen Bevölkerungsentwicklung ein. Wird eine der Varianten „fixiert“, kann man anschließend vergleichen, wie sich der Altersaufbau beispielsweise durch eine stärkere Zuwanderung und/oder eine steigende Geburtenhäufigkeit verändert.

G7 in Zahlen

Vom 7. bis zum 8. Juni dieses Jahres kamen auf Schloss Elmau die Staats- und Regierungschefs der weltweit führenden Wirtschaftsnationen zum G7-Gipfel zusammen, um gemeinsam über zentrale politische Themen zu beraten. Neben Fragen der Weltwirtschaft sowie der Außen- und Sicherheitspolitik sprachen sie in diesem Jahr unter anderem auch über den internationalen Klimaschutz, die Energieversorgungssicherheit sowie Standards in Handels- und Lieferketten.

Die Broschüre „G7 in Zahlen“ bietet umfangreiche Informationen zum G7-Gipfel auf Basis internationaler amtlicher Statistiken. Sie beleuchtet sowohl die klassischen Gipfelthemen als auch die Schwerpunktthemen der diesjährigen Präsidentschaft. Neben Daten zu den G7-Staaten stehen auch Informationen zu anderen Ländern wie den BRICS- oder G20-Staaten zur Verfügung: www.destatis.de/g7

AUSSENHANDEL MIT AFRIKA

Sabine Allafi, Julia Koch

📌 **Schlüsselwörter:** Außenhandel – Afrika – Rohstoffimporte – Erdöleinfuhren – SDG

ZUSAMMENFASSUNG

Obwohl der afrikanische Kontinent aufgrund seines Bevölkerungswachstums zunehmend als Konsumgütermarkt mit guten Wachstumschancen gewürdigt wird, spielen für den deutschen Außenhandel die Warenverkehre mit Afrika mit Anteilen zwischen 2 % und 3 % weiterhin eine nachgeordnete Rolle. Die Analyse zeigt, dass bei den deutschen Einfuhren nach wie vor Rohstoffe, vor allem Energieträger, im Vordergrund stehen, während die Gewichtung bei den Ausfuhrgütern den deutschen Ausfuhren allgemein entspricht.

Die bedeutendsten Gütergruppen des deutschen Außenhandels mit Afrika werden dargestellt und die Haupthandelspartner anhand ihrer weltweiten Handelsverflechtungen und zusätzlicher Indikatoren charakterisiert.

📌 **Keywords:** foreign trade – Africa – imports of raw materials – crude oil imports – SDG

ABSTRACT

With regard to its population growth, Africa is widely considered to be a consumer goods market of growing importance. Nevertheless, the cross-border movements of goods only account for about 2 or 3 % of German foreign trade and are therefore still only of minor significance. It is shown that German imports of raw materials, and in particular energy sources, play a dominant role, while the range of goods which Germany exports to Africa is more or less equivalent to that of German exports in general.

The most important groups of goods of German foreign trade with Africa are presented, as too, are the worldwide trade relations and additional indicators of the main trading partners.



Sabine Allafi

ist Diplom-Soziologin und leitet das Referat „Aufbereitung/Eingangskontrolle der Außenhandelsstatistik am Standort Wiesbaden“ im Statistischen Bundesamt. Einer ihrer Arbeitsschwerpunkte ist die Modernisierung von Intrastat.



Julia Koch

absolviert zurzeit den Masterstudiengang in Volkswirtschaftslehre an der Julius-Maximilians-Universität Würzburg. Sie war drei Monate als Praktikantin in der Außenhandelsstatistik tätig und arbeitet als Tutorin am Lehrstuhl für Finanzwissenschaft.

1

Einleitung

Im September 2015 werden die Staats- und Regierungschefs aller UN-Mitgliedstaaten in New York erstmals in der Geschichte der Vereinten Nationen Nachhaltigkeitsziele (Sustainable Development Goals – SDGs) verabschieden, die für alle Länder gleichermaßen gelten. Diese wurden in Anlehnung an die für 2015 gesteckten Millenniums-Entwicklungsziele formuliert und sollen unter anderem ein dauerhaftes, inklusives und nachhaltiges wirtschaftliches Wachstum, volle und ertragreiche Erwerbstätigkeit und annehmbare Arbeit für alle erwirken.

Noch spielen gemessen am Gesamtumfang des deutschen Außenhandels Warenverkehre mit Afrika eine nachgeordnete Rolle. Nach vorläufigen Ergebnissen für das Jahr 2014 wurden 69,3% des deutschen Außenhandelsumsatzes (Einfuhren plus Ausfuhren) mit europäischen Ländern, 17,6% mit Asien und 10,2% mit Amerika abgewickelt, der Anteil Afrikas lag bei lediglich 2,1%.

In dem Aufsatz wird eine Analyse der Warenströme zwischen der deutschen Wirtschaft und ihren Haupthandelspartnern auf dem afrikanischen Kontinent durch eine Darstellung weiterer wirtschaftlicher und sozialer Indikatoren ergänzt.

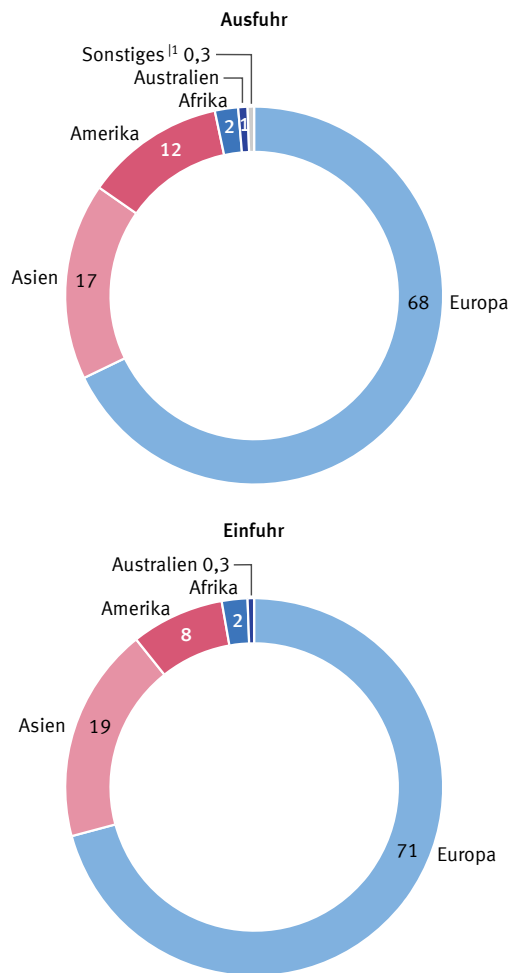
2

Deutscher Außenhandel mit Afrika im Vergleich

Von den deutschen Ausfuhren des Jahres 2014 in Höhe von 1,1 Billionen Euro wurden Waren im Wert von 22,6 Milliarden Euro in afrikanische Länder exportiert. Dem standen Ausfuhren in Höhe von 770,9 Milliarden Euro an Abnehmer in europäischen Ländern gegenüber. Waren im Wert von 191,4 Milliarden Euro wurden an Kunden in Asien geliefert, der Wert der Ausfuhren nach Amerika belief sich auf 135,5 Milliarden Euro. Damit betrug der Anteil der Exporte nach Afrika im Jahr 2014 insgesamt 2,0% der deutschen Gesamtausfuhren. ➡ Grafik 1

Grafik 1

Deutscher Außenhandel nach Erdteilen 2014
in %



1 Nicht ermittelte Länder und Gebiete.

2015 - 01 - 0423

Auf einem ähnlichen Niveau lag der Anteil der deutschen Importe aus Afrika an den Gesamteinfuhren nach Deutschland: Insgesamt führte Deutschland im Jahr 2014 Waren im Wert von 916,6 Milliarden Euro ein, der Anteil afrikanischer Waren lag hier bei 2,2% und bezifferte sich auf 20,2 Milliarden Euro. Auch bei den deutschen Einfuhren dominierten europäische Handelspartner mit einem Anteil von 71,0% (650,5 Milliarden Euro), gefolgt von Asien (Anteil: 18,5%; 169,4 Milliarden Euro) und Amerika (Anteil: 8,0%; 73,7 Milliarden Euro). ➡ Tabelle 1

Entsprechend den in der Datenbank Comtrade der Vereinten Nationen (comtrade.un.org/data/) vorliegen-

Tabelle 1

Deutscher Außenhandel nach Erdteilen

	2010		2013		2014	
	Mill. EUR	%	Mill. EUR	%	Mill. EUR	%
Ausfuhr						
Insgesamt	951 959	100	1 093 115	100	1 133 540	100
Europa	675 008	70,9	748 143	68,4	770 918	68,0
Asien	148 231	15,6	179 038	16,4	191 421	16,9
Amerika	99 464	10,4	130 427	11,9	135 530	12,0
Afrika	19 984	2,1	21 817	2,0	22 618	2,0
Australien	8 972	0,9	9 946	0,9	9 578	0,8
Sonstiges ¹	300	0,0	3 745	0,3	3 475	0,3
Einfuhr						
Insgesamt	797 097	100	898 164	100	916 636	100
Europa	541 719	68,0	633 705	70,6	650 482	71,0
Asien	163 523	20,5	162 960	18,1	169 354	18,5
Amerika	71 680	9,0	75 023	8,4	73 715	8,0
Afrika	17 040	2,1	23 108	2,6	20 172	2,2
Australien	3 134	0,4	3 368	0,4	2 913	0,3
Sonstiges ¹	–	0,0	–	0,0	1	0,0

2014 vorläufige Ergebnisse.

1 Nicht ermittelte Länder und Gebiete.

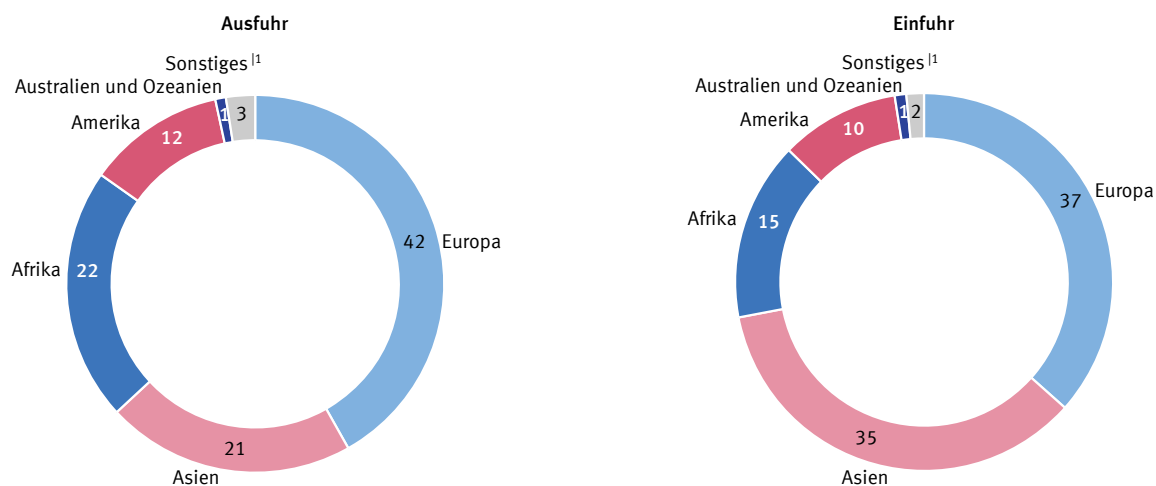
den Angaben wurden im Jahr 2013 vom afrikanischen Kontinent weltweit Waren im Wert von 382,5 Milliarden US-Dollar exportiert.¹ ➔ Grafik 2 Dabei rangierte

- 1 Das Aggregat Afrika umfasst jene Länder, von denen Daten für das Jahr 2013 vorliegen.

Deutschland mit einem Anteil von 2,6% als Abnehmerland an zwölfter Stelle. Die größten Anteile der Exporte aus Afrika verzeichneten Italien mit 6,4% und die Vereinigten Staaten mit 6,2%, jeweils rund 5,8% der Waren wurden nach Frankreich, in die Niederlande und in das Vereinigte Königreich exportiert. China lag mit einem Anteil von 5,7% an den Ausfuhren aus Afrika als Abnehmerland an sechster Stelle. Im Jahr 2007 hatte Deutschland mit einem Anteil von 4,3% (5,5 Milliarden US-Dollar) der afrikanischen Exporte als Abnehmerland an neunter Stelle noch vor China mit 4,2% (5,4 Milliarden US-Dollar) gelegen. Damals waren die Vereinigten Staaten mit rund 26 Milliarden US-Dollar der größte Abnehmer afrikanischer Exporte. Diese beliefen sich im Jahr

Grafik 2

Außenhandel Afrikas nach Erdteilen 2013
in %



1 Nicht ermittelte Länder und Gebiete.

2015 - 01 - 0424

2007 auf insgesamt 130 Milliarden US-Dollar und lagen damit unter dem Wert der im Jahr 2013 allein nach Europa gelieferten Exporte in Höhe von 160 Milliarden US-Dollar.

↪ Tabelle 2

Tabelle 2

Afrikas Haupthandelspartner weltweit 2013

	Mrd. US-Dollar	%	Rangfolge
Ausfuhren Afrikas insgesamt	382,5	100	X
darunter nach:			
Italien	24,3	6,4	1
Vereinigte Staaten	23,9	6,2	2
Frankreich	22,3	5,8	3
Niederlande	22,2	5,8	4
Vereinigtes Königreich	22,0	5,8	5
China	21,7	5,7	6
Indien	20,3	5,3	7
Spanien	20,0	5,2	8
Südafrika	16,3	4,3	9
Brasilien	12,3	3,2	10
Anteil der 10 Haupthandelspartner bei der Ausfuhr	X	53,7	X
Schweiz	11,7	3,1	11
Deutschland	9,9	2,6	12
Anteil der 12 Haupthandelspartner bei der Ausfuhr	X	59,3	X
Einfuhren Afrikas insgesamt	422,8	100	X
darunter aus:			
China	56,0	13,2	1
Deutschland	24,7	5,8	2
Südafrika	24,3	5,7	3
Vereinigte Staaten	23,1	5,5	4
Indien	21,0	5,0	5
Frankreich	20,7	4,9	6
Italien	18,0	4,3	7
Saudi-Arabien	14,1	3,3	8
Vereinigtes Königreich	12,5	2,9	9
Spanien	12,0	2,8	10
Anteil der 10 Haupthandelspartner bei der Einfuhr	X	53,5	X

Bei den Einfuhren afrikanischer Länder spielt Deutschland – entsprechend seiner weltweiten Bedeutung als Exporteur – eine größere Rolle. Mit einem Anteil von 5,8% an allen Einfuhren Afrikas und einem Wert von 24,7 Milliarden US-Dollar lag Deutschland 2013 auf Platz zwei hinter China; aus China wurde mit 13,2% aller afrikanischen Einfuhren (56,0 Milliarden US-Dollar) mehr als das Doppelte importiert.

3

Deutscher Außenhandel mit sieben afrikanischen Staaten: Industrieprodukte für Rohstoffe

In Afrika, dem mit einer Fläche von 30,3 Millionen km² zweitgrößten Kontinent (22 % der gesamten Landfläche der Erde), leben rund 1,1 Milliarden Menschen. Doch nur mit sieben afrikanischen Ländern findet ein nennenswerter Außenhandel Deutschlands statt: Von den deutschen Ausfuhren 2014 nach Afrika in Höhe von 22,6 Milliarden Euro wurden nach vorläufigen Angaben rund 83,0% an Empfänger in Südafrika, Ägypten, Algerien, Marokko, Nigeria, Tunesien und Libyen geliefert.

↪ Grafik 3

Bei den Importen aus Afrika waren Güter aus Ägypten, den Maghreb-Ländern¹² (ohne Mauretanien), Nigeria und Südafrika ganz vorn dabei. Nimmt man noch die Elfenbeinküste (Cote d'Ivoire) hinzu, so hatten die Importe aus diesen Ländern im Jahr 2014 einen Anteil von 89,3% an allen Einfuhren aus Afrika. ↪ Tabelle 3

Tabelle 3

Haupthandelspartner Deutschlands in Afrika 2014

	Ausfuhr		Einfuhr	
	Mill. EUR	%	Mill. EUR	%
Afrika	22 618	100	20 172	100
Südafrika	8 314	36,8	4 900	24,3
Nigeria	1 386	6,1	3 948	8,0
Algerien	2 621	11,6	2 524	12,5
Ägypten	2 871	12,7	1 526	19,6
Tunesien	1 317	5,8	1 613	7,6
Marokko	1 711	7,6	905	8,5
Libyen	541	2,4	1 724	4,5
Cote d'Ivoire	145	0,6	881	4,4
Übrige afrikanische Staaten	3 712	16,4	2 151	10,7

Vorläufige Ergebnisse.

Auch unter diesen wenigen Ländern gibt es – je nachdem, ob die Einfuhren oder die Ausfuhren betrachtet

2 Der Maghreb (arabisch: al-Maghrib, „Westen“ beziehungsweise „Land des Sonnenuntergangs“) umfasst das Gebiet der nordafrikanischen Staaten Libyen, Tunesien, Algerien und Marokko sowie Mauretanien, welche 1989 die Union des Arabischen Maghreb (UAM) mit dem Ziel einer wirtschaftlichen Union und einer koordinierten Politik in Nordafrika gegründet haben.

Grafik 3

Die für die Analysen ausgewählten afrikanischen Länder



© Copyright der Geometrie: ESRI Inc.

2015 - 01 - 0425

werden – eine jeweils andere Gewichtung: Fast zwei Drittel der deutschen Exporte nach Afrika wurden 2014 an Handelspartner in nur drei Ländern geliefert: Rund 61,1% aller Ausfuhren von Deutschland nach Afrika hatten Südafrika (36,8%), Ägypten (12,7%) und Algerien (11,6%) zum Ziel. Umgekehrt stammten 56,4% und damit über die Hälfte der Importe afrikanischen Ursprungs aus Südafrika (24,3%), Nigeria (19,6%) und Algerien (12,5%).

Rohstoffe stehen bei den deutschen Einfuhren aus Afrika an erster Stelle. Mit einem Wert von 9,0 Milliarden Euro und einem Anteil von 44,8% an allen Einfuhren aus Afrika fielen 2014 die Energieträger Erdöl und Erdgas am stärksten ins Gewicht. Diese wurden vor allem aus Nigeria und Algerien, aber auch aus Libyen, Ägypten und Tunesien importiert. Afrikanischen Ursprungs waren im Jahr 2014 insgesamt 10,9% aller deutschen Erdöl- und Erdgaseinfuhren.

Die Importe aus zwei afrikanischen Ländern bestanden 2014 fast ausschließlich aus Erdöl und Erdgas. Mit einem Anteil von 98,1% aller Einfuhren aus Libyen waren die Energieträger die im Handel mit Deutschland absolut dominierende Ware, wobei die Werte in den vergangenen Jahren teilweise starken

Schwankungen unterlagen. Deutlich sind die Einbrüche im Jahr des beginnenden Bürgerkriegs in Libyen 2011 sowie erneut 2014. Im selben Jahr (2011) stiegen die Erdöl-/Erdgaseinfuhren aus Nigeria sprunghaft an. Aus dem Subsahara-Staat wurde 2014 mit einem Anteil von 94,8% ebenfalls vor allem Erdöl und Erdgas eingeführt. Die Importe aus Algerien bestanden im selben Jahr zu 86,8% und die aus Ägypten zu über der Hälfte (57,3%) aus diesen Energieträgern. Auch aus Tunesien wird Erdöl/Erdgas bezogen (11,1% der Einfuhren aus diesem Land). Zusammen deckten die fünf genannten Länder 96,0% der deutschen Erdöl-/Erdgaseinfuhren aus Afrika im Jahr 2014 ab. [Tabelle 4](#)

Auch Metallerze spielen bei den Einfuhren aus Afrika eine nennenswerte Rolle. Hierzu zählen neben Edelmetall- und Eisenerzen beispielsweise Aluminium-, Blei-, Chrom- und Titanerze. 2014 stammte fast ein Sechstel (14,7%) der deutschen Erzeinfuhren (insgesamt 7,3 Milliarden Euro) aus Afrika, der Wert der Erzimporte aus Afrika betrug 1,1 Milliarden Euro. Hiervon stammte mit 69,2% der größte Teil aus Südafrika (740,9 Millionen Euro). Weitere bedeutende afrikanische Lieferländer waren Mauretanien mit 99,7 Millionen Euro (9,3% der Erzeinfuhren), Guinea mit 84,0 Millionen Euro (7,8%) und Tansania mit 7,6% der Erzeinfuhren (81,2 Millionen Euro). Diese Länder zählen nicht zu den Haupthandelspartnern Deutschlands auf dem afrikanischen Kontinent, sie belegten in der Rangfolge aller Handelspartner Deutschlands 2014 bei der Einfuhr die Plätze 101 (Mauretanien), 106 (Guinea) und 89 (Tansania). [Grafik 4](#)

Während die Importgüter aus Afrika zum größten Teil Rohstoffe umfassen, spiegeln die Exportwaren die weltweiten deutschen Wareneinfuhren wider, mit Kraftwagen und Kraftwagenteilen an der Spitze, gefolgt von

Tabelle 4

Einfuhren von Erdöl und Erdgas aus ausgewählten afrikanischen Ländern

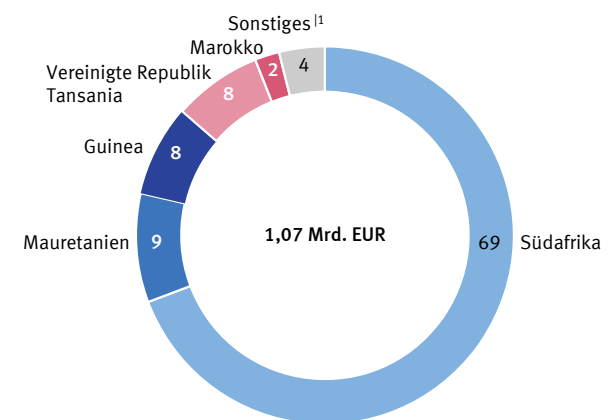
	2010	2011	2012	2013	2014	2014	2014
	Mill. EUR					% ¹	% ²
Zusammen	5 682	7 998	12 511	11 213	8 677	96,0	X
Libyen	2 947	1 909	5 510	4 596	1 691	18,7	98,1
Nigeria	1 764	3 266	4 283	3 944	3 744	41,4	94,8
Algerien	427	1 622	1 593	1 603	2 190	24,2	86,8
Ägypten	383	935	821	857	874	9,7	57,3
Tunesien	160	266	303	213	178	2,0	11,1

1 Anteil an den Einfuhren von Erdöl/Erdgas aus Afrika insgesamt.

2 Anteil von Erdöl/Erdgas an allen Einfuhren aus dem jeweiligen Land.

Grafik 4

Erzeinfuhren aus Afrika 2014
in %



1 Nicht ermittelte Länder und Gebiete.

2015 - 01 - 0426

Maschinen und chemischen Erzeugnissen. Zusammen mit Elektrischen Ausrüstungen lag der Anteil dieser vier Warengruppen mit einem Wert von 13,9 Milliarden Euro im Jahr 2014 bei fast zwei Dritteln (61,4%) aller Ausfuhren nach Afrika.

Fast ein Viertel (24,0%) der Ausfuhren nach Afrika bestanden 2014 aus Waren der Gütergruppe Kraftwagen und Kraftwagenteile (5,4 Milliarden Euro), ein Fünftel waren Maschinen (4,6 Milliarden Euro). Jeder zehnte Euro aus Exporten auf den afrikanischen Kontinent wurde für Lieferungen Chemischer Erzeugnisse erzielt (mit einem Wert von 2,3 Milliarden Euro) und 6,7% der Ausfuhren betrafen die Gütergruppe Elektrische Ausrüstungen (1,5 Milliarden Euro). [Tabelle 5](#)

Tabelle 5

Deutsche Ausfuhren nach Afrika nach Warengruppen 2014

	Ausfuhren insgesamt		Kraftwagen und Kraftwagenteile		Maschinen		Chemische Erzeugnisse		Elektrische Ausrüstungen	
	Mill. EUR	%	Mill. EUR	% ¹	Mill. EUR	% ¹	Mill. EUR	% ¹	Mill. EUR	% ¹
Afrika insgesamt	22 617,8	100	5 417,8	X	4 620,2	X	2 311,9	X	1 525,0	X
darunter:										
Südafrika	8 314,1	36,8	2 915,5	53,8	1 426,1	30,9	1 058,4	45,8	524,4	34,4
Ägypten	2 870,9	12,7	500,3	9,2	677,4	14,7	423,6	18,3	158,1	10,4
Algerien	2 620,6	11,6	549,4	10,1	679,2	14,7	160,5	6,9	139,0	9,1
Marokko	1 710,6	7,6	380,8	7,0	207,8	4,5	147,0	6,4	192,8	12,6
Nigeria	1 386,3	6,1	185,0	3,4	400,5	8,7	130,9	5,7	47,2	3,1
Tunesien	1 317,2	5,8	340,4	6,3	141,4	3,1	89,8	3,9	234,1	15,4
Libyen	540,8	2,4	65,8	1,2	107,0	2,3	28,2	1,2	45,4	3,0
Cote d'Ivoire	144,8	0,6	18,3	0,3	25,3	0,5	30,2	1,3	3,7	0,2
Zusammen	18 905,5	83,6	4 955,5	91,5	3 664,7	79,3	2 068,6	89,5	1 344,7	88,2

Vorläufige Ergebnisse.

1 Anteil des jeweiligen Landes an den Ausfuhren der jeweiligen Warengruppe nach Afrika.

4

Einzelne Handelspartner

In den folgenden Abschnitten ergänzt eine kurze Charakterisierung der einzelnen Handelspartner die Informationen zum deutschen Außenhandel um Daten zum Außenhandel mit anderen Partnern, Länderinformationen sowie soziale Indikatoren.

4.1 Südafrika

Südafrika ist der bedeutendste Handelspartner Deutschlands auf dem afrikanischen Kontinent. Das Land an der Südspitze Afrikas belegte 2014 in der Rangfolge der Handelspartner im Außenhandel Deutschlands bei den Ausfuhren Platz 30 und bei den Einfuhren Platz 32. Seit 2011 ist Südafrika, das 1945 Gründungsmitglied der Vereinten Nationen war, neben Brasilien, der Russischen Föderation, Indien und China auch Mitglied der Wirtschaftsgruppe der BRICS-Staaten, die ihre Bezeichnung (zuvor „BRIC“) entsprechend erweiterten. Gemessen an der Bevölkerungszahl von 52,8 Millionen ist es das drittgrößte Land unter Deutschlands wichtigsten afrikanischen Handelspartnern. Mit 6 621 US-Dollar lag das südafrikanische Bruttoinlandsprodukt pro Kopf 2013 an zweiter Stelle unter den hier dargestellten Haupthandelspartnern Deutschlands in Afrika. Die Alphabetisierungsrate war 2011 mit 93,0% insgesamt die höchste

und lag mit 92,2 % auch bei den Frauen nur geringfügig niedriger. Dennoch rangierte Südafrika im Ranking des Human Development Index der Vereinten Nationen 2014 erst an Platz 118 von 187, wobei insbesondere die Gesundheitssituation eine Rolle spielen dürfte. Ein gravierendes Gesundheitsproblem in Südafrika stellt die Immunschwächekrankheit AIDS dar. Nach Angaben der Vereinten Nationen waren 2012 rund 6 Millionen Menschen in Südafrika mit dem AIDS-Virus infiziert, die Infektionsrate der Erwachsenen zwischen 15 und 49 Jahren betrug rund 18 %.³

Nach Südafrika wurden 2014 rund 36,8% aller deutschen Ausfuhren mit einem afrikanischen Zielland geliefert. An der Spitze der Exporte nach Südafrika standen Kraftwagen und Kraftwagenteile mit einem Anteil von 35,1% und einem Wert von 2,9 Milliarden Euro – das war über die Hälfte (53,8%) aller Waren dieser Gütergruppe, die nach Afrika geliefert wurden. Daneben exportierten deutsche Händler im Jahr 2014 Maschinen im Wert von 1,4 Milliarden Euro nach Südafrika, fast ein Fünftel (17,2%) aller Ausfuhren in dieses Zielland und knapp ein Drittel (30,9%) aller Maschinenexporte nach Afrika.

Auch bei den Warengruppen Chemische Erzeugnisse (1,1 Milliarden Euro) und Elektrische Ausrüstungen (524,4 Millionen Euro) war Südafrika 2014 mit Anteilen

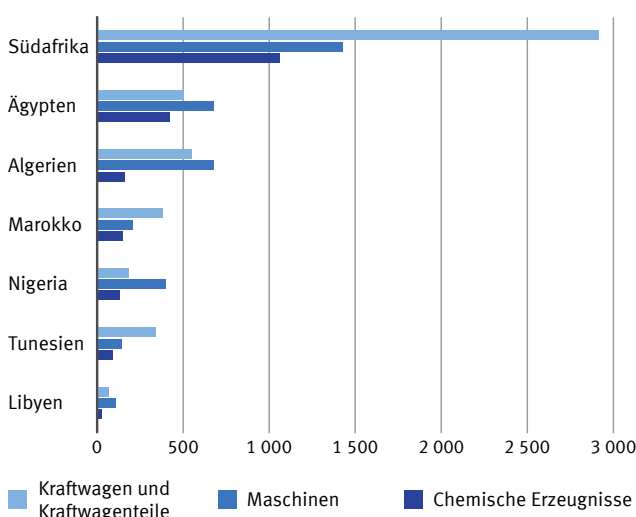
3 Quelle: www.unaids.org/en/regionscountries/countries/southafrica/ [Zugriff am 29. April 2015]

von 45,8% und 34,4% der afrikanische Hauptabnehmer von deutschen Waren aus diesen Gütergruppen. [↗ Grafik 5](#)

Vor allem Kraftfahrzeuge und Maschinen werden auch in umgekehrter Richtung gehandelt. Deutsche Unternehmen importierten im Jahr 2014 Kraftwagen und Kraftwagenteile im Wert von 821,2 Millionen Euro (16,8% der Einfuhren aus Südafrika) und Maschinen im Wert von 783,9 Millionen Euro (16,0%) aus Südafrika. Hier spielt die Zulieferindustrie eine Rolle, zumal sich in Südafrika auch Tochterfirmen europäischer, amerikanischer und japanischer Kraftfahrzeughersteller niedergelassen haben.⁴ Die Zahl der Auslandsunternehmenseinheiten aller deutschen Unternehmen in Südafrika wird von der Deutschen Bundesbank für das Jahr 2012 mit 354 ange-

Grafik 5

Deutsche Ausfuhren in ausgewählte afrikanische Länder 2014
Mill. EUR



2015 - 01 - 0427

⁴ Quelle: National Association of Automobile Manufacturers of South Africa [www.naamsa.co.za/members/]; Zugriff am 30. April 2015]

Tabelle 6

Struktur und Tätigkeit von Auslandsunternehmenseinheiten deutscher Unternehmen (Outward FATS) in Afrika 2012

	Unternehmen		Beschäftigte		Jahresumsatz	
	Anzahl	%	1 000	%	Mill. EUR	%
Afrika	616	100	142,7	100	25 909	100
darunter:						
Südafrika	354	57,5	62,0	43,4	17 647	68,1
Ägypten	39	6,3	16,5	11,6	1 496	5,8
Tunesien	28	4,5	32,0	22,4	810	3,1
Marokko	41	6,7	13,9	9,7	678	2,6
Algerien	17	2,8	3,1	2,2	346	1,3
Nigeria	15	2,4	2,2	1,5	297	1,1
Zusammen	494	80,2	129,7	90,9	21 274	82,1

Quelle: Deutsche Bundesbank: Struktur und Tätigkeit von Auslandsunternehmenseinheiten deutscher Unternehmen (Outward FATS). November 2014

geben. Das sind fast 60% der in Afrika tätigen Tochterunternehmen deutscher Firmen, die im selben Jahr mit rund 62 000 Beschäftigten einen Jahresumsatz von etwa 18 Milliarden Euro erwirtschafteten. [↗ Tabelle 6](#)

Bodenschätze hatten mit Einfuhren im Wert von 781,6 Millionen Euro (Metalle) und 740,9 Millionen Euro (Erze) im Jahr 2014 Anteile von 16,0% beziehungsweise 15,1% an allen deutschen Importen aus Südafrika. Kohle und Chemische Erzeugnisse wurden im Wert von 303,7 Millionen Euro beziehungsweise 223,0 Millionen Euro aus Südafrika importiert, was Anteilen von 6,2% (Kohle) beziehungsweise 4,6% (Chemische Erzeugnisse) entsprach.

Mit Einfuhren im Wert von 10,7 Milliarden US-Dollar und einem Anteil von 10,3% war Deutschland 2013 zweitwichtigstes Lieferland für Südafrika – nach China mit 16,0 Milliarden US-Dollar. Chinesische Waren machten bei den südafrikanischen Importen einen Anteil von 15,5% aus. Als Exportpartner Südafrikas belegte Deutschland 2013 mit einem Wert von 3,8 Milliarden US-Dollar Rang sieben.

4.2 Nigeria

Nigeria, das mit 173,6 Millionen Einwohnern bevölkerungsreichste Land auf dem afrikanischen Kontinent, lag in der Rangfolge der Handelspartner Deutschlands 2014 bei den Einfuhren auf Platz 36 (zwischen Kasachstan und Bangladesch) und bei den Ausfuhren auf Rang 64 (zwischen Kuwait und Tunesien). Der Bundesstaat in

Westafrika erlangte 1960 die Unabhängigkeit vom Vereinigten Königreich.

Die Lebenserwartung liegt in Nigeria für 2013 geborene Kinder bei 52,3 Jahren und damit noch unter der von Südafrika. Die Alphabetisierungsrate, die 2010 bei den Männern bei 72,1 %, bei den Frauen sogar nur bei 50,4 % lag, ist die geringste unter den hier dargestellten Handelspartnern. Bei einem Bruttoinlandsprodukt pro Kopf von rund 1 692 US-Dollar nahm Nigeria auch auf dem Human Development Index der Vereinten Nationen 2014 mit Rang 152 von 187 den letzten Platz in der hier getroffenen Länderauswahl ein.

Der deutsche Außenhandelssaldo mit Nigeria war 2014 negativ: Er betrug – 2,6 Milliarden Euro bei Einfuhren in Höhe von 3,9 Milliarden Euro und Ausfuhren in Höhe von 1,4 Milliarden Euro. Immerhin stammten 19,6 % der Einfuhren, die Deutschland im Jahr 2014 vom afrikanischen Kontinent bezog, aus Nigeria. Fast 95 % der Einfuhren aus Nigeria waren 2014 der Warengruppe Erdöl und Erdgas zuzuordnen (3,7 Milliarden Euro). Alle übrigen Gütergruppen hatten mit Ausnahme von Erzeugnissen

der Landwirtschaft und Jagd im Wert von 80,2 Millionen Euro (2,0 % der Importe aus Nigeria) keine nennenswerten Anteile. [Tabelle 7](#)

Gut ein Viertel (28,9 %) der deutschen Exporte nach Nigeria bestanden 2014 aus Waren der Gütergruppe Maschinen. Deren Wert belief sich auf 400,5 Millionen Euro. Weitere 185,0 Millionen Euro betrug der Wert der 2014 nach Nigeria gelieferten Kraftwagen und Kraftwagenteile, die einen Anteil von 13,3 % an den deutschen Ausfuhren nach Nigeria hatten. Die drittgrößte Gütergruppe der Exportwaren nach Nigeria waren Chemische Erzeugnisse mit einem Wert von 130,9 Millionen Euro (9,4 %).

Auch Nigeria bezog 2013 Warenimporte vor allem aus China. Der Wert der importierten chinesischen Güter betrug 2013 rund 9,7 Milliarden US-Dollar, was einem Anteil von 21,7 % aller nigerianischen Einfuhren entsprach. Die Vereinigten Staaten folgten mit einem Wert von 3,9 Milliarden US-Dollar (8,7 %) auf Rang zwei der importseitigen Handelspartner Nigerias; das Vereinigte Königreich und Deutschland belegten mit 2,3 Milliarden

Tabelle 7

Deutsche Einfuhren aus Afrika nach Warengruppen 2014

	Einfuhren zusammen	Erdöl und Erdgas	Erzeugnisse der Landwirtschaft und Jagd	Kraftwagen, Kraftwagenteile	Metalle	Erze	Bekleidung	Maschinen	Leder und Lederwaren
Mill. EUR									
Afrika	20 171,7	9 036,9	1 953,5	1 448,6	1 135,7	1 070,5	859,1	819,8	267,5
darunter:									
Südafrika	4 900,0	–	178,9	821,2	781,6	740,9	0,7	783,9	7,8
Ägypten	1 526,4	874,2	110,8	59,7	63,8	–	105,5	10,7	0,6
Algerien	2 523,9	2 190,3	2,5	0	0	0	0	0,5	–
Marokko	904,5	–	149,2	75,5	0,8	23,0	261,4	3,9	137,2
Nigeria	3 948,0	3 743,5	80,2	0,1	0,1	0,5	0	1,6	0,3
Tunesien	1 613,2	178,3	16,5	490,9	4,0	0,6	386,0	14,4	119,9
Libyen	1 724,0	1 690,8	0	0,3	0	–	0	0,9	–
Cote d'Ivoire	880,8	214,1	573,0	0	–	0,2	0	0	–
Zusammen	18 020,8	8 891,2	1 111,1	1 447,7	850,3	765,2	753,6	815,9	265,8
Anteile an den Einfuhren aus dem jeweiligen Land in %									
Südafrika	24,3	–	3,7	16,8	16,0	15,1	0	16,0	0,2
Ägypten	7,6	57,3	7,3	3,9	4,2	–	6,9	0,7	0
Algerien	12,5	86,8	0,1	–	–	–	–	0	–
Marokko	4,5	–	16,5	8,3	0,1	2,5	28,9	0,4	15,2
Nigeria	19,6	94,8	2,0	0	0	0	–	0	0
Tunesien	8,0	11,1	1,0	30,4	0,2	0	23,9	0,9	7,4
Libyen	8,5	98,1	–	0	–	–	–	0,1	–
Cote d'Ivoire	4,4	24,3	65,1	–	–	0	–	–	–

US-Dollar beziehungsweise 1,5 Milliarden US-Dollar die Plätze fünf und neun.

4.3 Algerien

Algerien ist der für Deutschland bedeutendste Handelspartner unter den Maghreb-Staaten. Flächenmäßig ist Algerien das größte Land des afrikanischen Kontinents, allerdings ist der weitaus größte Teil Wüste und unbesiedelt. 1830 von Frankreich erobert, errang das Land im Juli 1962 nach einem achtjährigen Krieg die Unabhängigkeit. Für das Auswärtige Amt zählt Algerien aufgrund seiner Größe, seiner Geschichte, seines Reichtums an Bodenschätzen, seiner geografischen Lage und seiner militärischen Macht als wichtiger Akteur in der Region.⁵

In Algerien lebten 2013 rund 39,2 Millionen Menschen. Die Lebenserwartung ist vergleichbar mit der in Ägypten und beträgt 71,0 Jahre, die Alphabetisierungsquote lag 2006 bei Männern bei 81,3 % und bei Frauen bei 63,9 %. Das Bruttoinlandsprodukt pro Kopf betrug 2013 rund 5 438 US-Dollar. Der Human Development Index 2014 listet Algerien auf Rang 93, zwischen China und der Antilleninsel Dominica.

Deutschland bezog 2014 aus Algerien vorzugsweise Erdöl und Erdgas (86,8 % der Einfuhren aus dem Land) sowie Kokereiprodukte und Mineralölerzeugnisse (9,7 %). Insgesamt belief sich der Wert des importierten Erdöls/Erdgases auf 2,2 Milliarden Euro, während Kokereiprodukte im Wert von 244,6 Millionen Euro importiert wurden.

Im Gegenzug wurden 2014 für zusammen mehr als eine Milliarde Euro Maschinen (679,2 Millionen Euro) sowie Kraftwagen und Kraftwagenteile (549,4 Millionen Euro) aus Deutschland nach Algerien geliefert. Diese beiden Warengruppen deckten 25,9 % beziehungsweise 21,0 % der deutschen Ausfuhren nach Algerien ab. Weitere 6,1 % der deutschen Exporte nach Algerien entfielen 2014 auf Chemische Erzeugnisse (160,5 Millionen Euro), 6,8 % auf Nahrungs- und Futtermittel (178,4 Millionen Euro) und 5,3 % auf Elektrische Ausrüstungen (139,0 Millionen Euro).

Auch Algerien bezieht den Großteil seiner Warenimporte aus China, das mit 6,8 Milliarden US-Dollar im Jahr 2013 nur knapp vor Frankreich mit 6,3 Milliarden US-Dollar lag, gefolgt von Italien mit 5,7 Milliarden US-Dollar und Spanien mit 5,1 Milliarden US-Dollar, während Deutschland mit 2,9 Milliarden US-Dollar Rang fünf belegte.

Als direkter Partner algerischer Händler war Deutschland 2013 mit algerischen Ausfuhren im Wert von 21,1 Millionen US-Dollar nicht in der Statistik der Vereinten Nationen zu finden. Hier dürften die entsprechenden Lieferungen über Italien und Frankreich auf den deutschen Markt gelangt sein.

4.4 Ägypten

Ägypten hat als interkontinentaler Staat eine Landbrücke vom größeren afrikanischen Teil nach Asien, den Sinai. 1922 wurde Ägypten formell unabhängig vom Vereinigten Königreich und war 1945 auch Gründungsmitglied der Vereinten Nationen. In dem beliebten Urlaubsland wurden nach Angaben des Auswärtigen Amtes 2013 rund 9,4 Millionen Touristen gezählt; im Jahr 2010, vor Beginn der politischen Unruhen, waren es noch 14,7 Millionen Feriengäste. Deutsche Urlauberinnen und Urlauber belegten mit 880 000 Personen den dritten Platz in der Urlaubsstatistik hinter Gästen aus der Russischen Föderation und dem Vereinigten Königreich.⁶

Die Lebenserwartung in dem nach Südafrika am stärksten industrialisierten Land Afrikas betrug für ein 2013 geborenes Kind 70,8 Jahre und war geringer als in Libyen, Tunesien, Marokko und Algerien. Bei einer allgemeinen Alphabetisierungsrate von 71,4 % existiert noch ein deutlicher Abstand zwischen Männern (79,8 %) und Frauen (62,8 %). Mit einem Bruttoinlandsprodukt pro Kopf von 3 226 US-Dollar führt der Human Development Index 2014 das Land auf Rang 110, zwischen Botswana und Paraguay. ➤ Tabelle 8

Der Außenhandel zwischen Deutschland und Ägypten war 2014 vor allem durch deutsche Ausfuhren von Maschinen (677,4 Millionen Euro) sowie Kraftwagen und Kraftwagenteilen (500,3 Millionen Euro) geprägt. Diese Gütergruppen hatten Anteile von 23,6 % bezie-

5 Quelle: www.auswaertiges-amt.de/DE/Aussenpolitik/Laender/Laenderinfos/Algerien/Aussenpolitik_node.html [Zugriff am 30. April 2015]

6 Quelle: www.auswaertiges-amt.de/DE/Aussenpolitik/Laender/Laenderinfos/Aegypten/Wirtschaft_node.html [Zugriff am 30. April 2015]

Tabelle 8

Länderinformationen und soziale Indikatoren

	Hauptstadt	Fläche	Einwohner	Lebenserwartung bei Geburt ¹	Anteil der Bevölkerung		Erwerbstätige in der Land- und Forstwirtschaft, Fischerei ¹	Alphabetisierungsrate ¹			Bruttoinlandsprodukt pro Kopf ^{1,2}	Human Development Index ³
					unter 15 Jahren ²	ab 65 Jahren ²		insgesamt	männlich	weiblich		
		km ² ¹	Mill. ²	Jahre	%	%					US-Dollar	
Südafrika	Pretoria	1 221 040	52,8	56,9	29,5	5,5	5,8	93,0	93,9	92,2	6 621	118
Nigeria	Abuja	923 768	174,0	52,3	42,8	3,4	24,6	61,3	72,1	50,4	1 692	152
Algerien	Algier	2 381 741	39,2	71,0	27,8	4,6	26,9	72,6	81,3	63,9	5 438	93
Ägypten	Kairo	1 001 449	82,1	70,8	31,1	4,4	27,1	71,4	79,8	62,8	3 226	110
Tunesien	Tunis	163 610	10,9	74,7	23,3	7,0	21,1	82,0	89,4	71,0	4 345	90
Marokko	Rabat	710 850	33,0	72,4	26,3	6,1	25,2	56,1	68,9	43,9	3 199	129
Libyen	Tripolis	1 759 540	6,2	75,3	29,4	4,8	2,6	89,5	95,8	83,3	11 046	55
Deutschland ⁴	Berlin	359 691	80,6	m: 77,7 w: 82,7	13,2	20,7	1,4	.	.	.	44 999	6

1 African Statistical Yearbook 2014.

2 Statistisches Jahrbuch 2014.

3 Human Development Report 2014.

4 Alle Angaben für Deutschland mit Ausnahme des HDI: Statistisches Jahrbuch 2014. m: männlich; w: weiblich

hungsweise 17,4% an allen deutschen Exporten nach Ägypten. Daneben führten deutsche Unternehmen Chemische Erzeugnisse im Wert von 423,6 Millionen Euro in das Land am Nil aus. Diese drei Gütergruppen deckten über die Hälfte (55,8%) aller deutschen Exporte nach Ägypten ab.

Bei den deutschen Einfuhren aus Ägypten dominierte im selben Zeitraum die Gütergruppe Erdöl/Erdgas mit einem Anteil von 57,3% und einem Wert von 874,2 Millionen Euro. Daneben wurden Erzeugnisse der Landwirtschaft und Jagd im Wert von 110,8 Millionen Euro (7,3% der deutschen Einfuhren aus Ägypten) sowie Bekleidung für 105,5 Millionen Euro (6,9%) aus Ägypten importiert. Weitere 3,9% der deutschen Einfuhren aus dem Land am Nil machten Kraftwagen und Kraftwagenteile aus (59,7 Millionen Euro). Der deutsche Außenhandelsaldo mit Ägypten wies 2014 ein deutliches Plus von 1,3 Milliarden Euro aus.

Insgesamt führte Ägypten im Jahr 2013 Waren im Wert von 66,7 Milliarden US-Dollar ein. Haupthandelspartner war China mit 10,5% der ägyptischen Einfuhren (7,0 Milliarden US-Dollar). Mit Importen von jeweils rund 5,2 Milliarden US-Dollar belegten Deutschland und die Vereinigten Staaten im selben Jahr die Ränge zwei und drei (7,9% beziehungsweise 7,8% der ägyptischen Einfuhren).

Als Standort für Einheiten deutscher Unternehmen ist Ägypten ebenfalls ein wichtiges Partnerland. 39 Unternehmen waren 2012 dort aktiv und erwirtschafteten mit 16 500 Beschäftigten einen Jahresumsatz von 1,5 Milliarden Euro (siehe Tabelle 6).

4.5 Tunesien

Tunesien, das nördlichste Land Afrikas, ist nur 140 Kilometer von Sizilien entfernt. Im Jahr 2013 lebten in Tunesien 10,9 Millionen Menschen, die Lebenserwartung beträgt 74,7 Jahre. Das Bildungsniveau ist in Tunesien, dem Land, das seit 1956 die Unabhängigkeit von Frankreich besitzt und von dem 2011 der sogenannte „Arabische Frühling“ ausging, vergleichsweise hoch, worauf auch die Alphabetisierungsrate von 82,0% (Männer: 89,4%; Frauen: 71,0%) von 2012 hindeutet. Das Bruttoinlandsprodukt pro Kopf betrug 2013 rund 4 345 US-Dollar. Der Human Development Index 2014 listet Tunesien auf Rang 90, zwischen Thailand und China.

Insgesamt 28 deutsche Unternehmen erwirtschafteten 2012 in Tunesien mit rund 32 000 Beschäftigten einen Jahresumsatz von 810 Millionen Euro. Im November 2012 erhielt Tunesien den Status einer „Privilegierten Partnerschaft“ mit der Europäischen Union; derzeit wird

über ein vollständiges Freihandelsabkommen mit der EU verhandelt.¹⁷

Nach Tunesien wurden 2014 aus Deutschland vor allem Kraftwagen und Kraftwagenteile im Wert von 340,4 Millionen Euro (25,8% aller Exporte nach Tunesien) sowie Elektrische Ausrüstungen (234,1 Millionen Euro beziehungsweise 17,8%) exportiert. Dem standen Importe im Wert von 490,9 Millionen Euro bei Kraftwagen und Kraftwagenteilen und von 245,0 Millionen Euro bei Elektrischen Ausrüstungen gegenüber. Das waren 30,4% beziehungsweise 15,2% aller deutschen Importe aus Tunesien.

7 Quelle: www.auswaertiges-amt.de/DE/Aussenpolitik/Laender/Laenderinfos/Tunesien/Wirtschaft_node.html [Zugriff am 30. April 2015]

Weitere bedeutende Einfuhren aus Tunesien betrafen die Gütergruppen Bekleidung (386,0 Millionen Euro; 23,9%) sowie Erdöl und Erdgas (178,3 Millionen Euro; 11,1%). Daraus resultierte 2014 – trotz deutscher Maschinenexporte im Wert von 141,4 Millionen Euro (10,7%) – ein leicht negativer Außenhandelsaldo Deutschlands mit Tunesien von 296,8 Millionen Euro.

Einfuhren bezog Tunesien 2013 vor allem aus Frankreich (4,4 Milliarden US-Dollar), Italien (3,5 Milliarden US-Dollar) und Deutschland (1,7 Milliarden US-Dollar). Mit 1,5 Milliarden US-Dollar rangierte China unter den Lieferländern Tunesiens auf Rang 4, vor Algerien mit 1,2 Milliarden Euro. Zusammen bezogen tunesische Importeure über die Hälfte (51,2%) der Waren aus diesen fünf Ländern. Auch als Abnehmerländer für tunesische

Tabelle 9.1

Handelspartner ausgewählter afrikanischer Staaten 2013¹

	Afrika ²	Südafrika	Nigeria	Algerien	Ägypten	Tunesien	Marokko
Ausfuhr							
Mill. US-Dollar							
Weltweit	382 548	95 225	90 554	65 998	28 779	17 060	21 965
Europa	159 923	20 356	39 514	45 575	10 031	13 112	14 324
Afrika	83 008	27 375	11 127	3 490	4 362	2 041	1 932
Asien	81 481	27 700	17 472	5 485	10 762	577	2 584
Amerika	45 151	8 878	18 561	11 370	2 130	582	2 528
Italien	24 321	1 087	6 318	9 017	2 703	3 151	830
Vereinigte Staaten	23 890	6 895	7 670	5 341	1 182	397	927
Frankreich	22 261	1 058	5 313	6 786	967	4 503	4 717
Niederlande	22 205	3 074	9 520	4 824	307	610	654
Vereinigtes Königreich	22 020	3 298	4 653	7 202	970	645	594
Indien	20 253	2 998	11 453	816	2 135	86	815
Spanien	20 007	816	6 326	10 344	636	803	4 142
Deutschland	9 909	3 829	2 069	21	639	1 533	597
Anteil des Erdteils/Landes an den Ausfuhren des jeweiligen Landes in %							
Europa	41,8	21,4	43,6	69,1	34,9	76,9	65,2
Afrika	24,2	28,7	12,3	5,3	15,2	12,0	8,8
Asien	21,3	29,1	20,5	8,3	37,4	3,4	11,8
Amerika	11,8	9,3	7,0	17,2	7,4	3,4	11,5
Italien	6,4	1,1	7,0	13,7	9,4	18,5	3,8
Vereinigte Staaten	6,2	7,2	8,5	8,1	4,1	2,3	4,2
Frankreich	5,8	1,1	5,9	10,3	3,4	26,4	21,5
Niederlande	5,8	3,2	10,5	7,3	1,1	3,6	3,0
Vereinigtes Königreich	5,8	3,5	5,1	10,9	3,4	3,8	2,7
Indien	5,3	3,1	12,6	1,2	7,4	0,5	3,7
Spanien	5,2	0,9	7,0	15,7	2,2	4,7	18,9
Deutschland	2,6	4,0	2,3	0,0	2,2	9,0	2,7

¹ Ohne Libyen, für das Angaben nur bis zum Jahr 2010 vorliegen.

² Das Aggregat Afrika der Datenbank Comtrade der Vereinten Nationen umfasst jene afrikanischen Länder, von denen Daten aus dem Jahr 2013 vorliegen.

Tabelle 9.2

Handelspartner ausgewählter afrikanischer Staaten 2013¹

	Afrika ²	Südafrika	Nigeria	Algerien	Ägypten	Tunesien	Marokko
Einfuhr							
Mill. US-Dollar							
Weltweit	422 847	103 461	44 598	54 910	66 666	24 266	45 186
Europa	154 796	31 637	15 484	32 483	30 180	15 632	27 210
Asien	149 585	45 740	16 288	13 439	23 410	4 070	9 950
Afrika	64 614	12 247	3 628	2 108	1 427	2 017	2 353
Amerika	43 178	10 567	5 795	6 356	9 892	1 775	5 426
China	56 014	16 011	9 679	6 828	7 003	1 533	3 137
Deutschland	24 734	10 699	1 544	2 861	5 247	1 740	2 167
Vereinigte Staaten	23 109	6 566	3 900	2 370	5 215	798	3 397
Indien	21 019	5 377	2 110	1 307	2 268	313	629
Frankreich	20 664	2 319	1 245	6 258	2 129	4 437	5 849
Italien	18 033	2 692	769	5 653	3 549	3 522	2 413
Vereinigtes Königreich	12 458	3 342	2 338	1 177	1 412	346	852
Spanien	11 970	1 887	952	5 084	1 509	1 118	6 120
Anteil des Erdteils/Landes an den Einfuhren des jeweiligen Landes in %							
Europa	36,6	30,6	34,7	59,2	45,3	64,4	60,2
Asien	35,4	44,2	36,5	24,5	35,1	16,8	22,0
Afrika	16,8	11,8	8,1	3,8	2,1	8,3	5,2
Amerika	10,2	10,2	13,0	11,6	14,8	7,3	12,0
China	13,2	15,5	21,7	12,4	10,5	6,3	6,9
Deutschland	5,8	10,3	3,5	5,2	7,9	7,2	4,8
Vereinigte Staaten	5,5	6,3	8,7	4,3	7,8	3,3	7,5
Indien	5,0	5,2	4,7	2,4	3,4	1,3	1,4
Frankreich	4,9	2,2	2,8	11,4	3,2	18,3	12,9
Italien	4,3	2,6	1,7	10,3	5,3	14,5	5,3
Vereinigtes Königreich	2,9	3,2	5,2	2,1	2,1	1,4	1,9
Spanien	2,8	1,8	2,1	9,3	2,3	4,6	13,5

¹ Ohne Libyen, für das diese Angaben nur bis zum Jahr 2010 vorliegen.

² Das Aggregat Afrika der Datenbank Comtrade der Vereinten Nationen umfasst jene afrikanischen Länder, von denen Daten aus dem Jahr 2013 vorliegen.

Waren standen Frankreich (4,5 Milliarden US-Dollar), Italien (3,2 Milliarden US-Dollar) und Deutschland (1,5 Milliarden US-Dollar) im Jahr 2013 ganz oben. In diese drei Länder gingen 53,9% der tunesischen Exporte.

↪ **Tabelle 9.1, 9.2**

4.6 Marokko

Marokko ist durch die Straße von Gibraltar vom europäischen Kontinent getrennt. Das Königreich mit der Hauptstadt Rabat ist seit 1956 unabhängig von Frankreich und gemäß Verfassung eine konstitutionelle Monarchie. Das Land hat 33,0 Millionen Einwohner, die Lebenserwartung beträgt 72,4 Jahre, die Alphabetisierungsrate war mit 56,1 % (Angaben für 2009) die niedrigste

der hier dargestellten Länder, sie betrug bei Frauen nur 43,9 % (Männer: 68,9 %). Das Bruttoinlandsprodukt war mit 3 199 US-Dollar pro Kopf fast doppelt so hoch wie in Nigeria, dennoch lag Marokko damit an vorletzter Stelle der hier dargestellten Handelspartner. Der Human Development Index 2014 listet das Land auf Platz 129 zwischen Timor-Leste und Vanuatu.

Im deutschen Außenhandel mit Marokko spielten 2014 Ausfuhren von Kraftwagen und Kraftwagenteilen mit einem Wert von 380,8 Millionen Euro die bedeutendste Rolle (22,3 % der Ausfuhren nach Marokko), gefolgt von Maschinen (207,8 Millionen Euro beziehungsweise 12,1 %) und Elektrischen Ausrüstungen im Wert von 192,8 Millionen Euro (11,3 %). 8,6 % betrug der Anteil der Ausfuhren Chemischer Erzeugnissen (147,0 Mil-

lionen Euro) an allen Exporten nach Marokko. Damit bestanden 54,3 % der deutschen Exporte nach Marokko aus Waren dieser vier Gütergruppen.

Nach Deutschland eingeführt wurden aus dem Königreich hauptsächlich Bekleidung im Wert von 261,4 Millionen Euro (28,9 % der Einfuhren aus Marokko), Leder und Lederwaren, die auf Französisch „Maroquinerie“ heißen, (137,2 Millionen Euro beziehungsweise 15,2 %) sowie Erzeugnisse der Landwirtschaft und Jagd (149,2 Millionen Euro beziehungsweise 16,5 %).

Marokko selbst bezog über die Hälfte (52,4 %) seiner Einfuhren 2013 aus den sechs Ländern Spanien (6,1 Milliarden US-Dollar), Frankreich (5,8 Milliarden US-Dollar), Vereinigte Staaten (3,4 Milliarden US-Dollar), China (3,1 Milliarden US-Dollar), Saudi-Arabien (2,8 Milliarden US-Dollar) und Italien (2,4 Milliarden US-Dollar). Mit marokkanischen Einfuhren in Höhe von 2,2 Milliarden US-Dollar (4,8 %) rangierte Deutschland als Lieferland auf Platz sieben.

Auch als Abnehmer marokkanischer Ausfuhren standen Frankreich mit 4,7 Milliarden US-Dollar und Spanien mit 4,1 Milliarden US-Dollar an der Spitze der Handelspartner. In diese beiden Länder wurden 2013 rund 40,3 % der marokkanischen Ausfuhren geliefert. Mit Ausfuhren im Wert von 597 Millionen US-Dollar und einem Anteil von 2,7 % belegte Deutschland auf der Skala der marokkanischen Handelspartner Rang acht.

4.7 Libyen

Auch Libyen ist ein Erdöl exportierender Staat am Mittelmeer mit einem großen Anteil Wüste. Seit Dezember 1951 ist Libyen unabhängig, nachdem es zuvor italienische Kolonie war. Lebenserwartung bei Geburt (75,3 Jahre) und Alphabetisierungsrate (Männer: 95,8 %; Frauen: 83,3 %) sind vergleichsweise hoch. Das Bruttoinlandsprodukt pro Kopf belief sich – dank der Erdöleinnahmen – 2013 auf 11 046 US-Dollar. Der Human Development Index 2014 listet Libyen auf Rang 55.

Deutschland bezog 2014 aus Libyen, das in der Rangfolge der Handelspartner bei den deutschen Einfuhren Platz 48 hinter Griechenland belegte, Erdöl und Erdgas im Wert von 1,7 Milliarden Euro (98,1 % der Einfuhren aus Libyen) und exportierte Maschinen im Wert von 107,0 Millionen Euro sowie Kraftwagen und Kraftwa-

genteile im Wert von 65,8 Millionen Euro. Hinzu kamen Ausfuhren von Elektrischen Ausrüstungen im Wert von 45,4 Millionen Euro und Chemische Erzeugnisse im Wert von 28,2 Millionen Euro. Waren dieser vier Gütergruppen umfassten 2014 zusammen 45,6 % der Ausfuhren nach Libyen (Maschinen: 19,8 %; Kraftwagen und Kraftwagenteile: 12,2 %; Elektrische Ausrüstungen: 8,4 %; Chemische Erzeugnisse: 5,2 %).

5


Fazit

Aufgrund seines Bevölkerungswachstums verbunden mit einer größer werdenden Mittelschicht, insbesondere in den rohstoffreichen Ländern, wird der afrikanische Kontinent in Fachkreisen als Konsumgütermarkt mit guten Wachstumschancen eingeschätzt. Um die steigenden Konsumbedürfnisse zu erfüllen, werden nicht nur Wareneinfuhren, sondern auch Produktionsstätten im Inland benötigt und geschaffen. Hier werden insbesondere Chancen für die deutsche Exportwirtschaft durch die Ausfuhren von Maschinen und Elektrischen Ausrüstungen gesehen. Im Jahr 2013 belegte Deutschland – nach derzeit vorliegenden Ergebnissen – auf der Rangliste der Importpartner afrikanischer Länder mit Einfuhren in Höhe von 24,7 Milliarden US-Dollar Platz zwei hinter China, das auf ein mehr als doppelt so großes Volumen (56,0 Milliarden US-Dollar) kam.

Als Abnehmer afrikanischer Waren rangierte Deutschland 2013 als Zielland für Exporte im Wert von 9,9 Milliarden US-Dollar auf Platz zwölf. Hier waren Italien mit 24,3 Milliarden US-Dollar und die Vereinigten Staaten mit 23,9 Milliarden US-Dollar führende Partnerländer. Während Waren aus Tunesien, Algerien und Marokko vor allem nach Europa ausgeführt wurden, zeigte sich der Absatzmarkt für südafrikanische Produkte diversifizierter. Aus dem Land am Kap wurden je knapp ein Drittel der Ausfuhren nach Asien und nach Afrika sowie ein Fünftel nach Europa geliefert.

Für alle betrachteten Länder sind – mit Abstufungen – China und Deutschland wichtige Lieferländer. Nigeria beispielsweise bezog 21,7 % seiner Importe 2013 aus China. Das waren mehr als die nigerianischen Einfuhren aus Amerika und Afrika zusammen. Aus Deutschland

stammten 8,7 % der nigerianischen Importe. Südafrika hingegen bezog 15,5 % seiner Importe aus China und 10,3 % aus Deutschland. Tunesien und Algerien haben einführseitig besonders enge Beziehungen zu Frankreich und Italien, woher 18,3 % beziehungsweise 14,5 % der tunesischen und 11,4 % beziehungsweise 10,3 % der algerischen Importe 2013 stammten.

Auch wenn Afrika weiterhin verstärkt an den weltweiten Warenbewegungen teilnimmt, so stehen den Chancen für eine nachhaltige wirtschaftliche und gesellschaftliche Entwicklung auf afrikanischer Seite noch immer die Faktoren Ungleichheit und Unsicherheit entgegen. Diese ergeben sich aus mangelhafter Infrastruktur, ungleichen Bildungschancen und kriegerischen Auseinandersetzungen, welche letztendlich die Fluchtbewegungen und den Braindrain verstärken. 

LITERATURVERZEICHNIS

African Statistical Coordination Committee (ASCC). *African Statistical Yearbook – Annuaire Statistique pour l’Afrique – 2014*.

Auswärtiges Amt. www.auswaertiges-amt.de/

Datenbank Comtrade der Vereinten Nationen. comtrade.un.org/data/

National Association of Automobile Manufactureres of South Africa. www.naamsa.co.za/members

Statistisches Bundesamt (Herausgeber). *Statistisches Jahrbuch 2014*. Wiesbaden 2014.

UNAIDS (Joint United Nations Programme on HIV/AIDS; Gemeinsames Programm der Vereinten Nationen zu HIV/AIDS). www.unaids.org/en/regionscountries/countries/southafrica/

United Nations Development Programme (UNDP). *Human Development Report 2014 – Sustaining Human progress: Reducing Vulnerability and Building Resilience*. New York 2014.

EINKOMMENSKONZEPTE ZUR WOHLFAHRTSMESSUNG: SOZIALE SACHLEISTUNGEN – EIN EINKOMMENSBESTANDTEIL?

Florian Schwahn, Norbert Schwarz

➤ **Schlüsselwörter:** VGR – Wohlfahrtsmessung – Einkommensverteilung – Soziale Sachleistungen – Lebensbedingungen

ZUSAMMENFASSUNG

Gerade unter Wohlfahrtsaspekten stellt sich die Frage, ob die üblicherweise dem Einkommen zugerechneten monetären Bestandteile in Form von Arbeits-, Vermögens- und Unternehmenseinkommen sowie monetärer Sozialleistungen für eine aussagefähige Betrachtung ausreichen. Unentgeltlich bereitgestellte Sachleistungen des Gesundheits- und Bildungswesens blieben dann unberücksichtigt. In Ländern mit einem umfassenden staatlich organisierten Gesundheits- und Bildungswesen reduziert die Finanzierung aus Steuermitteln oder über Sozialbeiträge einerseits das monetäre Haushaltseinkommen. Andererseits erhöht das Angebot an unentgeltlichen Leistungen das Versorgungsniveau der Haushalte. Insbesondere bei länderübergreifenden Vergleichen kann deren Nichtberücksichtigung zu Verzerrungen führen. Ob und wie diese als soziale Sachleistungen bezeichneten unentgeltlichen Leistungen auch direkt einzelnen Haushalten zugerechnet werden können, wird in dem Aufsatz kritisch erörtert.

➤ **Keywords:** *national accounts – economic well-being – income distribution – social transfers in kind – living conditions*

ABSTRACT

With regard to the measurement of economic well-being, the question arises of whether monetary income components, such as income from employment, property and entrepreneurial income or social transfers, provide a sufficient basis for meaningful analysis. Benefits in kind provided free of charge by public health and education systems are not included. In countries offering comprehensive public health and education services, the corresponding taxes and social contributions reduce monetary household incomes. On the other hand, such transfers in kind enhance the service levels enjoyed by households. In international comparisons in particular, the exclusion of such transfers can create a distorted picture. The article discusses, furthermore, whether and how such “social transfers in kind” can be allocated directly to individual households in distributional analysis.



Florian Schwahn

ist M. A. der Soziologie und Wirtschaftswissenschaften und als Referent in der Gruppe „Nationaleinkommen, Sektorkonten, Erwerbstätigkeit“ tätig. Zuvor hat er in den Bereichen Öffentliche Haushalte und Bevölkerungsstatistik gearbeitet.

Norbert Schwarz

ist Diplom-Volkswirt und leitet das Referat „Verteilungsrechnung, Kontensystem, Vermögenseinkommen“ des Statistischen Bundesamtes. In seinen bisherigen Tätigkeiten hat er sich mit verschiedenen Themen der Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnungen und mit Haushaltsbefragungen beschäftigt.

1

Einleitung

Die Darstellung und Analyse der Haushaltseinkommen und ihrer Verteilung ist nicht nur für die Armuts- und Reichtumsberichterstattung der Bundesregierung zentral, sondern auch für verschiedene Initiativen zur Aufstellung eines Indikatorensystems zur Wohlfahrtsmessung:

- › Seitens einer Enquete-Kommission des Deutschen Bundestages sind im Jahr 2013 konkrete Vorschläge für die Entwicklung eines Indikatorensystems für ein laufendes nationales Wohlfahrtsmonitoring formuliert worden. Zentraler Bestandteil dieses Indikatorensets ist unter anderem die Einkommensverteilung, abgebildet auf Basis des äquivalenzgewichteten Haushaltsnettoeinkommens. (Deutscher Bundestag, 2013, hier: Seite 242)
- › Die Europäische Kommission hat im Rahmen der Europa-2020-Strategie das Ziel formuliert, bis zum Jahr 2020 gegenüber dem Referenzjahr 2010 mindestens 20 Millionen Menschen vom Armuts- und Ausgrenzungsrisiko zu befreien. (Europäische Kommission, 2015) Das Armutsrisiko bezieht sich dabei auf die Bevölkerung mit einem Einkommen unterhalb eines Schwellenwertes von 60 % des äquivalenzgewichteten Medianeinkommens.
- › Eine Kernbotschaft der Empfehlungen der Stiglitz-Sen-Fitoussi-Kommission ist, die öffentliche Aufmerksamkeit für die materielle Wohlfahrt der privaten Haushalte und ihre Verteilung zu erhöhen. (Stiglitz/Sen/Fitoussi, 2009) Vor diesem Hintergrund wurde vom Statistischen Amt der Europäischen Union (Eurostat) und der Organisation für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung (OECD) ein Projekt zur Integration von mikroökonomischen Daten aus Haushaltsbefragungen in die VGR-Berichterstattung zur Darstellung der Einkommensverteilung initiiert. (Fesseau/Mattonetti, 2013)

Üblicherweise werden Haushaltsbefragungen für die statistische Betrachtung der personellen Einkommensverteilung zugrunde gelegt. Als Darstellungseinheit wird das äquivalenzgewichtete Haushaltsnettoeinkommen verwendet. Durch Äquivalenzgewichte wird die unter-

schiedliche Zusammensetzung der Haushalte berücksichtigt, sodass unabhängig von der Haushaltsgröße Vergleiche zwischen Haushalten möglich sind.¹ Zum Einkommen bei Befragungen zählen alle monetären Einkommensbestandteile wie die Einkommen aus unselbstständiger und selbstständiger Beschäftigung, die empfangenen Vermögenseinkommen und alle monetären Sozialleistungen. Steuern und gesetzlich abzuführende Sozialabgaben werden abgezogen. Je nach Erhebung können zudem modellmäßig ermittelte unterstellte Einkommen aus eigengenutztem Wohneigentum einbezogen werden. Auch Transfers zwischen Haushalten werden, soweit sie erfasst sind, bei Haushaltsbefragungen in das Einkommen einbezogen.

Neben den Ergebnissen aus Haushaltsbefragungen liegen makroökonomische Einkommensgrößen aus den Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnungen (VGR) vor. Allerdings können aus den Gesamtwerten der VGR nur Durchschnitte je Einwohner oder je Haushalt ermittelt werden. Zudem gibt es einige konzeptionelle Unterschiede zwischen den in Haushaltsbefragungen erfassten Einkommen und den Einkommen in den VGR (siehe hierzu Kapitel 2 sowie Schwahn/Schwarz, 2012). Für die Berechnung der Einkommen in den VGR sind die Konzepte des Europäischen Systems Volkswirtschaftlicher Gesamtrechnungen (ESVG) 2010 maßgeblich.²

Um ein vollständigeres Bild des Einkommens privater Haushalte zu zeigen, wird in den VGR auch ein um die sozialen Sachleistungen des Staates erweitertes Einkommenskonzept gezeigt. Dieses Konzept zielt auf eine umfassendere Betrachtung der materiellen Versorgung der privaten Haushalte ab und schlägt sich spiegelbildlich in einer Erweiterung des Konsums privater Haushalte in gleicher Höhe nieder. Unter den Begriff „soziale Sachleistungen“ fallen insbesondere unentgeltlich zur Verfügung gestellte Leistungen des Bildungs- und Gesundheitssystems. In den VGR werden diese Leistungen als Konsumausgaben des Staates für den Individualverbrauch klassifiziert. Bei dem erweiterten Konzept

1 Üblicherweise wird die modifizierte OECD-Skala verwendet: Der ersten Person im Haushalt wird der Faktor 1, jeder weiteren Person ab 14 Jahren der Faktor 0,5 und Personen unter 14 Jahren der Faktor 0,3 zugeteilt. Das äquivalenzgewichtete Haushaltseinkommen wird durch die Division des gesamten Haushaltseinkommens durch die aufsummierten Faktoren aller Haushaltsmitglieder errechnet.

2 Das ESVG 2010 ist aus dem internationalen System of National Accounts (SNA) 2008 abgeleitet und für alle Länder der Europäischen Union (EU) bindend.

des Konsums und des Einkommens privater Haushalte werden diese Ausgaben den Haushalten zugerechnet und beim Staat abgezogen. In Kapitel 2 wird dieses Konzept erläutert.

Im Zusammenhang mit der Wohlfahrtsmessung stellt sich die Frage, welches Einkommenskonzept am besten zur Beurteilung der materiellen Lage privater Haushalte geeignet ist. Gerade bei internationalen Vergleichen spielt das verwendete Einkommenskonzept oft eine entscheidende Rolle. Je nach Art der Finanzierung vor allem im Bildungs- und Gesundheitswesen kann es zu Ergebnisverzerrungen bei länderübergreifenden Vergleichen kommen, wenn der Wert der sozialen Sachleistungen nicht in der Analyse berücksichtigt wird. Am Beispiel des Gesundheitswesens wird dies schnell klar: Wenn die Leistungen des Gesundheitswesens über beitragsfinanzierte gesetzliche Krankenkassen bereitgestellt werden, reduzieren die zu zahlenden Sozialbeiträge einerseits das monetäre Einkommen privater Haushalte, andererseits werden die Leistungen – zumindest weitgehend – unentgeltlich bezogen. In Kapitel 2 wird dies näher betrachtet.

Neben der makroökonomischen Betrachtung mithilfe von VGR-Einkommensgrößen wird auch für die mikroökonomische Verteilungsanalyse diskutiert, ob soziale Sachleistungen einbezogen werden sollen. Dabei stehen die Einkommensunterschiede zwischen Haushaltsgruppen im Fokus und nicht der durchschnittliche materielle Lebensstandard der Bevölkerung. Eine internationale Expertengruppe zu Verteilungsfragen, die sogenannte Canberra Group, kam im Jahr 2001 zu folgender Schlussfolgerung: „Die sozialen Sachleistungen sollten grundsätzlich in einer vollständigen Definition von Einkommen enthalten sein“. (Canberra Group, 2001, hier: Seite 23) In der Zwischenzeit wurde eine Reihe experimenteller Studien zu diesem erweiterten Analyseansatz erstellt. (Verbist/Förster/Vaalavuo, 2012; Aaberge und andere, 2010; Paulus/Sutherland/Tsakoglou, 2010; Marical und andere, 2006; Steckmest, 1996; Smeeding und andere, 1993) Im Gegensatz zur makroökonomischen Berichterstattung der VGR ist aber immer noch unklar, wie der Einbezug dieser zusätzlichen Komponente bei der Analyse der mikroökonomischen Einkommensverteilung gelingen kann. So stellte die Canberra Group in ihrem zweiten Bericht im Jahr 2011 fest, dass „ein vollständiger Konsens hinsichtlich Begriffen und Methoden immer noch aussteht. [...] Die sozialen Sachleistungen

werden wegen methodisch-praktischer Gesichtspunkte aus dem angewandten Einkommensbegriff ausgeschlossen“. (Canberra Group, 2011, hier: Seite 43)

In Kapitel 3 werden Bestrebungen der OECD vorgestellt, den makroökonomischen Ansatz der VGR mit der mikroökonomischen Verteilungsanalyse zusammenzuführen. Teil dieses Vorhabens, mikroökonomische Daten aus Haushaltsbefragungen auf makroökonomische Konzepte der VGR abzustimmen, ist die Einbeziehung von sozialen Sachleistungen in die mikroökonomische Verteilungsanalyse. Dabei stellt sich die grundsätzliche Frage, inwieweit dies aus der Perspektive der Wohlfahrtsmessung eine sinnvolle Konzepterweiterung ist. Eine mögliche Alternative hierzu wird in Kapitel 4 mit dem Ansatz der Teilhabe und der Verwirklichungschancen vorgestellt.

2

Soziale Sachleistungen als Teil eines erweiterten makroökonomischen Einkommenskonzeptes

2.1 Einkommen privater Haushalte

In den VGR werden die Zusammenhänge von Entstehung, Verwendung und Verteilung des Bruttoinlandsproduktes sowie die Umverteilung und Vermögensbildung nach Sektoren auf makroökonomischer Ebene gezeigt. Der Einkommensbegriff ist dabei ein mit Produktion und Verwendung von Gütern harmonisiertes Konzept, das ein möglichst vollständiges Bild des wirtschaftlichen Geschehens in einer Periode widerspiegeln soll. Dies bedeutet, dass auch schattenwirtschaftliche Aktivitäten wie Schwarzarbeit, Geschäfte ohne Rechnung und ausgewählte illegale Aktivitäten Teil der Produktion sind und Einkommen aus ihnen entsteht. (Taschowsky, 2015) Maßgeblich für die VGR sind die im ESGV 2010 definierten Konzepte.

Zum Sektor privater Haushalte gehören alle im Inland lebenden Personen in Haushalten und in Gemeinschaftsunterkünften, wie Alten-, Pflege- und Kinderheimen. In den deutschen VGR können Konsum und Einkommen derzeit nur für private Haushalte und den Sektor priva-

ter Organisationen ohne Erwerbszweck¹³ gemeinsam ausgewiesen werden. Die Bedeutung privater Organisationen ohne Erwerbszweck für das zusammengefasste Einkommen beider Sektoren ist allerdings gering.¹⁴

In den VGR steht zunächst das verfügbare Einkommen des Sektors privater Haushalte nach dem Ausgabenkonzept im Vordergrund.¹⁵ Es umfasst Arbeitnehmer- und Unternehmereinkommen, Vermögenseinkommen, Einkommen aus Vermietung und Verpachtung sowie monetäre Sozialleistungen abzüglich direkter Steuern und Sozialbeiträge. Diese Einkommenskomponenten entsprechen weitgehend dem erfassten Einkommen in Haushaltsbefragungen, wobei in Haushaltsbefragungen keine in Gemeinschaftsunterkünften lebenden Personen befragt werden. Geleistete und empfangene Transfers von Haushalten an andere inländische Haushalte und Transfers zwischen Haushalten und privaten Organisationen ohne Erwerbszweck werden in den VGR konsolidiert dargestellt.¹⁶ An andere Sektoren geleistete Transfers wie Überweisungen privater Haushalte an das Ausland und Nettoprämien an Schadensversicherungen abzüglich erhaltener Schadensversicherungsleistungen reduzieren das verfügbare Einkommen privater Haushalte.

Darüber hinaus werden in den VGR eine Reihe weiterer Bestandteile dem Einkommen zugerechnet. Darunter fallen unterstellte Einkommen aus eigengenutztem Wohneigentum¹⁷, unterstellte Vermögenseinkommen für Erträge auf angespartes Kapital für kapitalbildende

Versicherungen und thesaurierende Investmentfonds, Erstattungen privater Krankenkassen und Beihilfezahlungen sowie unterstellte Einkommen für die Zahlung von Finanzdienstleistungen (FISIM). Diese makroökonomischen Einkommensbestandteile sind zum Teil in Haushaltsbefragungen nicht oder nur unvollständig erfasst.

Übersicht 1 zeigt den Übergang vom in Haushaltsbefragungen üblicherweise erfassten monetären Haushaltsnettoeinkommen zu den Einkommensgrößen der Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnungen. Dabei ist zu berücksichtigen, dass das unterstellte Einkommen aus eigengenutztem Wohneigentum gegenwärtig schon in der EVS und beim SOEP in die Haushaltseinkommen einbezogen ist. [↗ Übersicht 1](#)

Übersicht 1

Einkommenskonzepte

Haushaltsnettoeinkommen (monetäres Einkommen)

- + unterstellte Einkommen aus eigengenutzten Wohnungen
- + unterstellte Vermögenseinkommen
- + unterstellte Einkommen für Zahlungen von Bankdienstleistungen (FISIM)

= Verfügbares Einkommen der Bevölkerung in privaten Haushalten

- + Einkommen der Bevölkerung in Gemeinschaftsunterkünften

= Verfügbares Einkommen des Sektors privater Haushalte (Ausgabenkonzept der VGR)

- + Soziale Sachleistungen des Staates

= Verfügbares Einkommen des Sektors privater Haushalte (Verbrauchskonzept der VGR)

Außerdem ist zu beachten, dass in den nationalen Veröffentlichungen der deutschen VGR zumeist das Einkommen nach Abzug von Abschreibungen (verfügbares Einkommen netto) gezeigt wird. Bei internationalen Vergleichen werden die Abschreibungen dagegen häufig nicht abgezogen, das heißt es wird das Einkommen vor Abschreibungen betrachtet (verfügbares Einkommen brutto). Abschreibungen im Sektor privater Haushalte betreffen vor allem modellmäßig ermittelte Abschreibungen auf Wohnimmobilien und zum kleineren Teil Abschreibungen auf Anlageinvestitionen von Einzelunternehmern und anderen Selbstständigen, die im Sektor privater Haushalte auch in ihrer Funktion als Produzent enthalten sind.¹⁸

3 Hierzu zählen kirchliche und karitative Organisationen, Vereine, Gewerkschaften, Parteien und andere Organisationen, die privaten Haushalten Leistungen unentgeltlich oder zu nicht signifikanten Preisen zur Verfügung stellen.

4 Private Organisationen ohne Erwerbszweck haben einen Anteil von rund 2,5 % am verfügbaren Einkommen (Ausgabenkonzept) beider Sektoren.

5 Zum Einkommenskonzept in den VGR siehe Schwarz, 2008.

6 Im Rahmen der Erhebungen EU-SILC (europäische Haushalts-erhebung Statistics of Income and Living Conditions), EVS (Einkommens- und Verbrauchsstichprobe) und SOEP [Sozio-oekonomisches Panel des Deutschen Instituts für Wirtschaftsforschung (DIW Berlin)] werden die empfangenen Transfers von privaten Haushalten als Einnahmeposition in die Berechnung des Haushaltsnettoeinkommens einbezogen. Die geleisteten Transfers an private Haushalte werden dagegen nur bei EU-SILC vom Haushaltseinkommen abgezogen, nicht aber bei EVS und SOEP. Bei EVS und SOEP werden die geleisteten Transfers konzeptionell wie privater Konsum behandelt.

7 Unterstellte Mieten für eigengenutztes Wohneigentum werden in den VGR modellmäßig mithilfe von Vergleichsmieten von vermieteten Wohnungen berechnet. Geleistete Hypothekenzinsen und Aufwendungen für die Instandhaltung werden einkommensmindernd abgezogen.

8 Bei Selbstständigen und Einzelunternehmen kann die wirtschaftliche Tätigkeit nicht ausreichend von der allgemeinen Haushaltsführung getrennt werden. Daher sind diese auch in ihrer Tätigkeit als Produzent im Sektor privater Haushalte enthalten.

2.2 Soziale Sachleistungen

Um vom verfügbaren Einkommen nach dem Ausgabenkonzept zum erweiterten verfügbaren Einkommen nach dem Verbrauchskonzept zu gelangen, werden die sozialen Sachleistungen hinzuaddiert. Soziale Sachleistungen sind gemäß ESVG 2010 definiert als Güter und Dienstleistungen, die der Bevölkerung von staatlichen Institutionen und privaten Organisationen ohne Erwerbszweck unentgeltlich oder zu wirtschaftlich nicht signifikanten Preisen für den individuellen Konsum zur Verfügung gestellt werden. Da in Deutschland die den privaten Haushalten dienenden privaten Organisationen ohne Erwerbszweck bisher im Sektor privater Haushalte mit enthalten sind, umfassen die sozialen Sachleistungen in den VGR nur den individualisierbaren Teil des Staatskonsums. Dies sind Ausgaben des Staates einschließlich der in den VGR zum Staat zählenden gesetzlichen Sozialversicherungen für den Verbrauch einzelner Personen oder Haushalte.

Der Individualkonsum wird vom Kollektivkonsum durch das Kriterium abgegrenzt, dass individuell verbrauchte Güter und Dienstleistungen keinen oder nur einen unerheblichen Nutzen für andere Haushalte mit sich bringen und unmittelbar inländischen privaten Haushalten dienen.⁹ Das operationale Konzept für die Abgrenzung des Individualverbrauchs basiert auf der funktionalen Klassifikation der Staatsausgaben. Die aus der Finanzstatistik vorliegenden Ausgaben in funktionaler Gliederung wurden der internationalen Klassifikation der staatlichen Aufgabenbereiche (COFOG) zugeordnet. (Eurostat, 2011) Dazu sind die Haushaltspläne von Bund, Ländern, Gemeinden und Sozialversicherungen in tiefer Gliederung analysiert worden. In der Regel waren eindeutige Zuordnungen aus den Haushaltsplänen auf die COFOG möglich, teilweise wurden aber auch Verteilungsschlüssel zur Zuordnung zur COFOG herangezogen. (Stache und andere, 2007) Die Ausgaben staatlicher Einrichtungen für Gesundheit, Bildung, Sozialschutz sowie Freizeit, Sport und Kultur (jeweils ohne allgemeine Verwaltungsausgaben und Forschungsförderung) zählen zum Individualverbrauch und damit zu den sozialen Sachleistungen (siehe Übersicht 2). Die Ausgaben im Bereich allgemeine Verwaltung, Verteidigung, öffentliche Ordnung und Sicherheit, wirtschaftliche Angele-

genheiten, Umweltschutz, Wohnungswesen und kommunale Einrichtungen werden dem Kollektivverbrauch zugeordnet.¹⁰ Auch die vom Staat getätigten Anlageinvestitionen – in den für soziale Sachleistungen relevanten Bereichen sind dies vor allem Gebäude – sind in den VGR Bestandteil der sozialen Sachleistungen. Zwar werden sie beim Kauf als Investitionen und nicht als Konsum gebucht, in den folgenden Perioden werden die modellmäßig ermittelten Abschreibungen aber dem Konsum der jeweiligen Verwendungszwecke zugerechnet. ➤ Übersicht 2

Übersicht 2

Kollektiv- und Individualkonsum des Staates

01 Allgemeine öffentliche Verwaltung	} Kollektivkonsum ¹
02 Verteidigung	
03 Öffentliche Ordnung und Sicherheit	
04 Wirtschaftliche Angelegenheiten	
05 Umweltschutz	
06 Wohnungswesen und kommunale Einrichtungen	} Individualkonsum ²
07 Gesundheit	
08 Freizeit, Sport, Kultur, Religion	
09 Bildungswesen	
10 Sozialschutz	

1 Enthält alle Aufwendungen für Verwaltung und Forschung.

2 Ohne Aufwendungen für Verwaltung und Forschung.

Der überwiegende Teil der sozialen Sachleistungen konzentriert sich in Deutschland auf das Bildungs- und Gesundheitssystem (siehe Grafik 1 auf Seite 30). Im Jahr 2013 entfielen 27 % aller sozialen Sachleistungen auf Bildungsausgaben. Für den laufenden Betrieb von Einrichtungen der vorschulischen Betreuung, Grundschulen, weiterführenden Schulen, Hochschulen und sonstigen Bildungseinrichtungen wurden im Jahr 2013 vom Staat rund 95 Milliarden Euro ausgegeben. Die Ausgaben für Gesundheit machten mit 168 Milliarden Euro insgesamt 48 % der sozialen Sachleistungen aus. Darunter fallen im Wesentlichen Ausgaben der Sozialversicherung für Arzt- und Zahnarztleistungen, Krankenhausleistungen, Leistungen für Arznei- und Hilfsmittel sowie sonstige ambulante und stationäre Leistungen.

Zusammen wurden somit im Jahr 2013 rund 75 % der sozialen Sachleistungen für Aufgaben des staatlich finanzierten Gesundheits- und Bildungswesens verwendet. Die sonstigen sozialen Sachleistungen fließen in

9 SNA 2008, Ziffer 9.94, und ESVG 2010, Ziffer 3.101.

10 ESVG 2010, Ziffer 3.104.

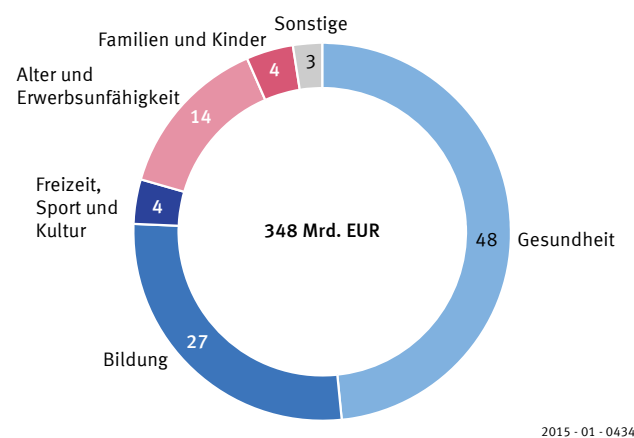
Ausgaben für soziale Sicherung im Zusammenhang mit Alter und Erwerbsunfähigkeit, Familien- und Jugendhilfen sowie in staatliche Ausgaben für Freizeit- und Kulturangebote. Die Summe aller sozialen Sachleistungen betrug im Jahr 2013 rund 348 Milliarden Euro. Die monetären Sozialleistungen des Staates einschließlich der gesetzlichen Sozialversicherungen¹¹ beliefen sich auf 433 Milliarden Euro. Damit stellen die sozialen Sachleistungen fast 45 % der gesamten staatlichen Sozialleistungen (781 Milliarden Euro) in der Abgrenzung der VGR.

↘ Grafik 1

Grafik 1

Soziale Sachleistungen des Staates nach Ausgabenarten 2013

in %



Durch die Einbeziehung dieser sozialen Sachleistungen des Staates in Konsum und Einkommen privater Haushalte erhöhen sich beide makroökonomischen Aggregate um rund 348 Milliarden Euro (für das Jahr 2013). Der Konsum privater Haushalte steigt um 22 % von 1 572 Milliarden Euro auf 1 919 Milliarden Euro und das Einkommen um fast 21 % von 1 681 Milliarden Euro (Ausgabenkonzept) auf 2 029 Milliarden Euro (Verbrauchskonzept). Bezogen auf das durchschnittliche Pro-Kopf-Einkommen kommt es zu einer Erhöhung von 20 500 Euro (Ausgabenkonzept) auf 24 700 Euro (Verbrauchskonzept).

11 Zu den monetären Sozialleistungen des Staates gehören alle Auszahlungen der Renten-, Kranken-, Arbeitslosen-, Pflege- und Unfallversicherungen, Zahlungen im Rahmen von Mindestsicherungssystemen, Pensionszahlungen und Beihilfen, Kindergeld und andere Unterstützungszahlungen.

2.3 Bedeutung sozialer Sachleistungen bei internationalen Vergleichen

Bei internationalen Vergleichen der materiellen Lage wird neben dem Bruttonationaleinkommen pro Kopf häufig auch das verfügbare Einkommen privater Haushalte nach dem Ausgabenkonzept je Einwohner aus den VGR herangezogen.¹² Das Einkommen nach dem Ausgabenkonzept aus den VGR kann aufgrund unterschiedlicher staatlicher Leistungen und sozialer Sicherungssysteme für länderübergreifende Wohlfahrtsvergleiche aber unzureichend sein. Sinnvoller für einen Pro-Kopf-Vergleich der Einkommensniveaus unter dem Aspekt der Wohlfahrtsmessung ist dann das Einkommen nach dem Verbrauchskonzept. Eurostat hat zur vollständigeren Darstellung der Entwicklung des durchschnittlichen Pro-Kopf-Einkommens in Europa daher in seinen vierteljährlichen Pressenotizen die sozialen Sachleistungen in das Einkommen der Haushalte mit einbezogen.¹³ Dass dies gerade bei internationalen Vergleichen sinnvoll ist, zeigen folgende Überlegungen:

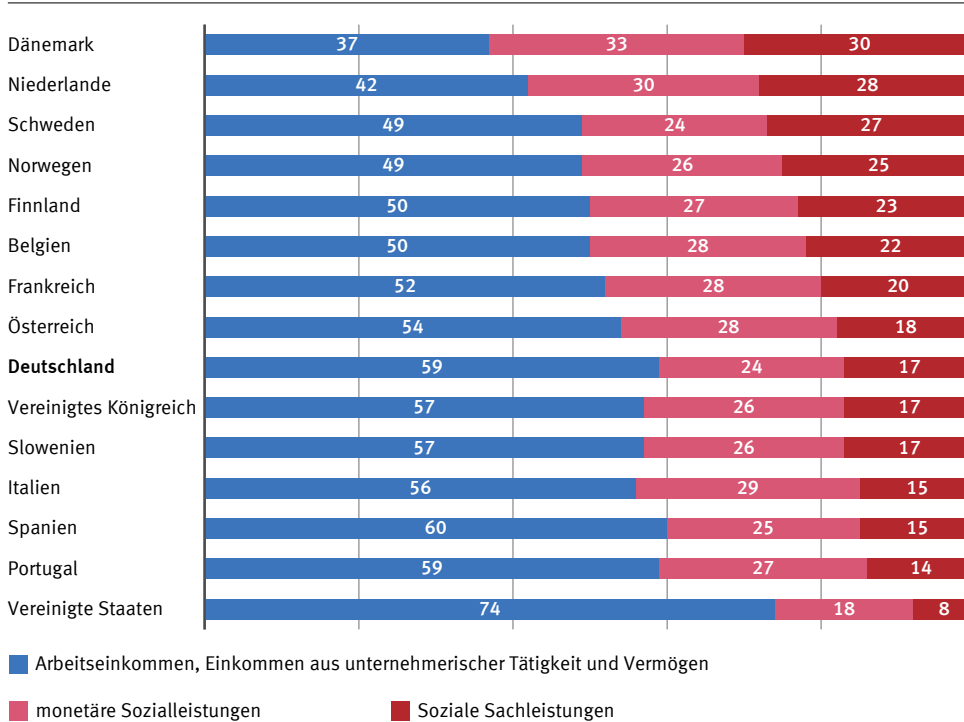
- › In einem Land mit einem vergleichsweise geringen Niveau an sozialen Sachleistungen des Staates kann das Niveau der Steuern und Sozialbeiträge auch vergleichsweise niedrig sein. Dies führt einerseits zu einem höheren durchschnittlichen verfügbaren Einkommen privater Haushalte (Ausgabenkonzept) und andererseits zu geringen sozialen Sachleistungen. Ein darüber hinausgehender Bedarf ist dann von den privaten Haushalten zu finanzieren.
- › In einem Land mit einem umfangreichen wohlfahrtsstaatlichen Regime beziehungsweise kostenfreien öffentlichen Leistungen beispielsweise im Bereich Bildung ist es umgekehrt: Ein für die Finanzierung sozialer Sachleistungen höheres Niveau an Steuern und Sozialabgaben führt zu einer Reduktion des verfügbaren Einkommens privater Haushalte (Ausgabenkonzept) bei einem hohen Niveau an sozialen Sachleistungen.

12 Um unterschiedlichen Preisniveaus in den Ländern gerecht zu werden, erfolgt häufig eine Berechnung mittels Kaufkraftparitäten. Zu methodischen Fragen von Kaufkraftparitäten haben die OECD und Eurostat ein gemeinsames Handbuch erstellt. (OECD/Eurostat, 2012)

13 Eurostat stellt zudem das Einkommen vor Abschreibungen (Bruttoeinkommen) in den Fokus.

Grafik 2

Bestandteile des Nettoeinkommens¹ des Sektors privater Haushalte (Verbrauchskonzept)² 2013
in %



¹ Einkommen (Verbrauchskonzept) nach Abschreibungen auf Anlagevermögen und nach Abzug von Steuern und Sozialbeiträgen.

² Einschließlich privater Organisationen ohne Erwerbszweck.

Quelle: OECD Datenbank "Non financial accounts by sectors"

2015 - 01 - 0435

Die Unterschiede in den Wirtschafts- und Sozialsystemen zeigen sich auch anhand der Bedeutung, die monetäre Sozialleistungen und soziale Sachleistungen in den verschiedenen Ländern haben (siehe Grafik 2). Exemplarisch können drei Länder gegenübergestellt werden, die eine viel beachtete Studie als Teil unterschiedlicher Typen von wohlfahrtsstaatlichen Systemen herausgearbeitet hat. Die Vereinigten Staaten, in der Studie von Esping-Andersen als Teil der „liberalen Wohlfahrtsregimes“ klassifiziert (Esping-Andersen, 1990, hier: Seite 26), weisen für 2013 für das Niveau der monetären Sozialleistungen und sozialen Sachleistungen zusammen einen Anteil von 26 % am verfügbaren Einkommen nach dem VGR-Verbrauchskonzept auf.¹⁴ In Schweden, in der Studie in der Gruppe der „sozialdemokratischen Wohlfahrtsregimes“ eingeordnet, machen diese beiden Positionen zusammen 51 % des verfügbaren Einkommens aus.

Deutschland wird in der Studie zur Gruppe der „korporatistischen Wohlfahrtsregimes“ gezählt. Hier beträgt der Anteil der monetären Sozialleistungen und sozialen Sachleistungen insgesamt 41 % des verfügbaren Einkommens nach dem Verbrauchskonzept. 24 Prozentpunkte entfallen auf die monetären Sozialleistungen¹⁵ und 17 Prozentpunkte auf soziale Sachleistungen. ➡ Grafik 2

Würde der Vergleich unter dem Aspekt der materiellen Versorgung nur auf das Einkommen nach dem Ausgabenkonzept abstellen, wäre die Versorgung der Bevölkerung verzerrt dargestellt. Das absolute durchschnittliche Pro-Kopf-Einkommen nach dem Verbrauchskonzept liegt 2013 in Schweden – bezogen auf das Einkommen nach dem Ausgabenkonzept – um 37 % höher als das

¹⁴ Quelle: OECD Datenbank "Annual national accounts – non financial accounts by sectors".

¹⁵ Darin sind auch betriebliche Sozialleistungen enthalten, die im Jahr 2013 in Deutschland mit 2,8 Prozentpunkten zu den monetären Sozialleistungen beitrugen, in Schweden waren es 3,6 Prozentpunkte.

Einkommen nach dem Ausgabenkonzept. In Deutschland erhöht sich der Pro-Kopf-Wert für das Einkommen nach dem Verbrauchskonzept um fast 21 % gegenüber dem Wert nach dem Ausgabenkonzept. In den Vereinigten Staaten, wo erheblich weniger soziale Sachleistungen zu Verfügung gestellt werden, liegt das Pro-Kopf-Einkommen nach dem Verbrauchskonzept dagegen nur 9 % höher als nach dem Ausgabenkonzept. Bei einer Betrachtung des verfügbaren Einkommens nach dem Ausgabenkonzept wird die materielle Versorgung in Ländern mit hohen Abgaben und sozialen Sachleistungen vergleichsweise schlechter dargestellt als in Ländern mit geringeren sozialen Sachleistungen und Abgaben. Aussagekräftiger für internationale Vergleiche zum Niveau der materiellen Versorgung ist daher das Pro-Kopf-Einkommen nach dem Verbrauchskonzept. Inwieweit dies auch für die mikroökonomische Verteilung des verfügbaren Einkommens nach Haushaltsgruppen gilt, wird im folgenden Kapitel erörtert.

3

Mikroökonomische Verteilung im Kontext der VGR

3.1 Modellrechnungen nach Konzepten der OECD

Die OECD hat in den letzten Jahren Vorschläge gemacht, die Darstellung der Einkommensverteilung konzeptionell zu erweitern. Das Ziel dabei ist, die Verteilung äquivalenzgewichteter Haushaltseinkommen im methodischen Rahmen der Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnungen zu zeigen.¹⁶ Das Konzept stellt auf eine Verwendung des VGR-Verbrauchskonzeptes ab und bezieht damit sowohl VGR-spezifische unterstellte Einkommensbestandteile als auch die sozialen Sachleistungen in das Haushaltseinkommen mit ein.

Wie zuvor erläutert gibt es eine Reihe konzeptioneller Unterschiede zwischen dem Einkommensbegriff der VGR und demjenigen in Haushaltsbefragungen. Auch bei empirischen Vergleichen zwischen VGR-Niveau und

den aufsummierten und auf die Gesamtbevölkerung hochgerechneten Einkommensgrößen aus Haushaltsbefragungen zeigen sich zum Teil deutliche quantitative Unterschiede. So liegen die hochgerechneten und aufsummierten Einkommensangaben aus Haushaltsbefragungen bei den Unternehmens- und Vermögenseinkommen in Deutschland im Niveau deutlich unter dem Wert der VGR. (Schwahn/Schwarz, 2012) Dies gilt auch für viele andere Länder. (Fesseau und andere, 2013, hier: Seite 21) Um eine Anpassung an das VGR-Niveau vorzunehmen, schlägt eine von der OECD geleitete Projektgruppe vor, mittels eines für alle Haushalte identischen Anpassungsfaktors eine quantitative Anpassung der Ergebnisse aus Befragungen auf die Makrogrößen der VGR vorzunehmen. Für jede Einkommenskomponente der Haushalte werden auf Basis dieser einheitlichen Anpassungsfaktoren dann Niveauanpassungen im Mikrodatenmaterial vorgenommen.

Diese Anpassung der Mikrodaten an die Makrogrößen der VGR ergibt eine andere Einkommensverteilung als die aus den originären Mikrodaten der Befragung ermittelte Verteilung. Bei Einkommenskomponenten mit hohen Niveauunterschieden zwischen den VGR-Eckwerten und den aufsummierten Einkommensbestandteilen aus Haushaltsbefragungen werden durch entsprechend hohe Anpassungsfaktoren erhebliche Änderungen der Stellung der Haushalte in der Einkommensverteilung bewirkt. (Schwahn/Schwarz, 2012) Durch die einheitlichen Anpassungsfaktoren wird in den Modellrechnungen implizit eine proportionale Unter- beziehungsweise Übererfassung der Einkommen in allen Haushalten unterstellt. Insbesondere bei Unternehmens- und Vermögenseinkommen ist jedoch eine Konzentration der Einkommensmasse am oberen Rand der Einkommensverteilung viel wahrscheinlicher. Eine einfache proportionale Anpassung ist daher gerade für die Unternehmens- und Vermögenseinkommen wenig geeignet. Ein modellbasiertes Konzept, wie es die OECD vorschlägt, ist daher für die laufende Berichterstattung zur Einkommensverteilung fragwürdig.

3.2 Einbezug sozialer Sachleistungen in das Haushaltseinkommen

Die Einbeziehung sozialer Sachleistungen in das Einkommen ist in der Verteilungsanalyse kein völlig neuer Gedanke, wie eine Reihe wissenschaftlicher Beiträge

¹⁶ Neben den Einkommen soll auch die Verteilung von Konsum und Sparen gezeigt werden. (Fesseau/Van de Ven, 2014)

belegen. (Verbist/Förster/Vaalavuo, 2012; Aaberge und andere, 2010; Paulus/Sutherland/Tsakoglou, 2010; Marical und andere, 2006; Smeeding und andere, 1993) Allerdings sind damit verbundene konzeptionelle und statistische Fragen bisher noch nicht geklärt.

Ziel der Überlegungen ist die Zurechnung der entsprechenden staatlichen Ausgabenarten zum Einkommen der einzelnen Haushalte. Zu den sozialen Sachleistungen zählen gemäß der Definition des ESGV 2010 die in Kapitel 2 dargestellten Leistungen des Staates. Allerdings werden in den wissenschaftlichen Beiträgen nicht immer alle Bereiche der sozialen Sachleistungen in die Betrachtung einbezogen. Die quantitativ bedeutendsten Positionen, die öffentlich finanzierte Bildung und die Leistungen des öffentlich finanzierten Gesundheitswesens, sind aber durchgängig berücksichtigt.

Die fachlichen Diskussionen konzentrieren sich bisher vor allem auf die Frage, mit welchem statistischen Verfahren die sozialen Sachleistungen den Haushalten zugerechnet werden können. Da den Haushalten der Wert der in Anspruch genommenen Leistung in der Regel nicht bekannt ist (zum Beispiel Kosten des Besuchs einer öffentlich finanzierten Schule, Kosten einer Arztleistung im Rahmen der Abrechnung der gesetzlichen Krankenversicherung), liegen auch keine Informationen aus Haushaltsbefragungen über den geldwerten Vorteil vor. Die technische Zurechnung mithilfe von Schätzverfahren und Informationen zur Haushaltsstruktur aus den Befragungen wird daher von OECD und Wissenschaft als wesentliche Aufgabe gesehen. (Verbist/Förster/Vaalavuo, 2012, hier: Seite 13)

Noch vergleichsweise einfach ist die Bestimmung eines durchschnittlichen Wertes der von einem Haushalt beziehungsweise einer Person genutzten sozialen Sachleistungen. Dieser kann anhand durchschnittlicher Kostensätze für die Erstellung der öffentlichen Leistungen bestimmt werden. Im Falle des Schulbesuchs entspricht dies beispielsweise dem durchschnittlichen Kostensatz je Schüler für die entsprechende Jahrgangsstufe und Schulform. Die Zurechnung dieses durchschnittlichen Kostensatzes auf einzelne Haushalte ist dagegen schwieriger, da im Allgemeinen keine Informationen zum tatsächlichen Schulbesuch von Kindern in einem Haushalt vorliegen. Die OECD schlägt vor, die Zurechnung anhand des Alters von zum Haushalt gehörenden Kindern vorzunehmen. Dem Haushalt wird je Kind im ent-

sprechenden Alter ein zusätzliches Einkommen in Höhe des durchschnittlichen Kostensatzes zugerechnet.¹⁷ Grundsätzlich ist ein derartiges Vorgehen überhaupt nur möglich, wenn unterstellt wird, dass alle oder zumindest nahezu alle infrage kommenden Personen die Bildungseinrichtung nutzen. Schon beim Besuch eines Gymnasiums und noch viel mehr beim Hochschulbesuch scheint dieses Verfahren nicht sinnvoll zu sein.

Für die sozialen Sachleistungen des Gesundheitswesens liegen zwar auch häufig durchschnittliche Kostensätze für bestimmte Krankheitsarten vor (Statistisches Bundesamt, 2010, hier: Seite 36 ff.), allerdings können diese für die Zurechnung auf einzelne Haushalte beziehungsweise Personen nicht herangezogen werden, da zu speziellen Erkrankungen aus Haushaltsbefragungen zum Einkommen im Allgemeinen keine Informationen vorliegen. Von der OECD und in vorliegenden wissenschaftlichen Studien (Verbist/Förster/Vaalavuo, 2012) wird daher vorgeschlagen, die sozialen Sachleistungen der gesetzlichen Krankenkassen über vorliegende altersspezifische durchschnittliche Krankheitskosten zu bestimmen und den Personen in der jeweiligen Altersklasse als unterstelltes Einkommen zuzurechnen. Dies geschieht unabhängig von der tatsächlichen Inanspruchnahme von Leistungen.¹⁸

Haushalte mit schulpflichtigen Kindern sowie Haushalte mit älteren Personen, die im Durchschnitt höhere Gesundheitskosten haben, wird auf diese Weise ein zusätzliches Einkommen zugerechnet. Durch einen derart schematischen Ansatz rücken diese Haushalte in der Einkommensverteilung nach oben. Unabhängig von den methodischen Problemen stellt sich die Frage, ob sich allein durch den Schulbesuch der Kinder oder durch den Konsum von Leistungen der gesetzlichen Krankenversicherung die materielle Lage der Betroffenen im Vergleich zu kinderlosen Haushalten oder jüngeren Personen verbessert. Dass diese Vorgehensweise problematisch ist, merkte bereits die eingangs erwähnte internationale Canberra-Expertengruppe an: „Es fällt schwer zu erkennen, warum es wünschenswert sein sollte, einen armen Haushalt in der Analyse besser zu stellen, allein weil dieser das Pech hatte, umfangreiche medizinische

17 Dieser Ansatz entspricht dem in der internationalen Diskussion so bezeichneten „actual use“-Verfahren.

18 Diese Vorgehensweise entspricht dem sogenannten „insurance value“-Verfahren.

Leistungen in Anspruch nehmen zu müssen“. (Canberra Group, 2001, hier: Seite 23)

Eine Einbeziehung sozialer Sachleistungen in das Einkommen hat erhebliche Folgen für die Einkommensverteilung, wie eine experimentelle Studie von Eurostat zeigt: Danach sinkt der Gini-Koeffizient bezogen auf die Verteilung der äquivalenzgewichteten Haushaltsnettoeinkommen in Deutschland durch den Einbezug der sozialen Sachleistungen im Bereich Bildung und Gesundheit von 0,29 auf den Wert 0,23. Die Armutsquote sinkt durch diese Konzeptänderung sogar von 15,5 % auf 8,8 %. (Eurostat, 2013, hier: Seite 27) Das Bild über das Ausmaß an Einkommensungleichheit wird durch die Einbeziehung sozialer Sachleistungen erheblich verändert. Basis dieser Analyse sind Daten aus EU-SILC.¹⁹ Gerade unter dem Aspekt der Wohlfahrtsmessung erscheint es fragwürdig, Haushalte mit Kindern oder älteren Haushaltsmitgliedern ein zusätzliches Einkommen zuzurechnen.

Theoretisch wäre es denkbar, diesen höheren Bedarf an sozialen Sachleistungen über Äquivalenzgewichte zu berücksichtigen. Eine vollständige Berücksichtigung des Mehrbedarfs würde aber im Ergebnis dem Einkommen vor Einbeziehung sozialer Sachleistungen entsprechen. Praktisch ist dies aber nicht so, wie Testrechnungen von Eurostat (Eurostat, 2013) zeigen: Der quantitative Einfluss der geänderten Gewichtung auf die Verteilungsergebnisse ist gering. Der Gini-Koeffizient für die Verteilung der äquivalenzgewichteten Haushaltsnettoeinkommen beträgt vor Einbezug sozialer Sachleistungen 0,29. Durch den Einbezug der sozialen Sachleistungen im Bereich Bildung und Gesundheit sinkt der Wert auf 0,23. Mit der geänderten Äquivalenzgewichtung ergibt sich ein Wert von 0,24. (Eurostat, 2013, hier: Seite 27 ff.) Sofern für alle einbezogenen sozialen Sachleistungen ein Bedarf unterstellt werden kann, scheint diesem durch die geänderte Gewichtung nicht ausreichend Rechnung getragen zu werden.

19 EU-SILC (deutsche Bezeichnung: LEBEN IN EUROPA) ist eine jährliche Befragung zu Einkommen und Lebensbedingungen in Europa, die auf einheitlichen methodischen Vorgaben einer EU-Verordnung beruht. In Deutschland umfasst die freiwillige Haushaltsbefragung rund 13 000 Haushalte. Eine Anpassung an Eckgrößen der VGR hat bei dieser Analyse nicht stattgefunden.

3.3 Internationaler Vergleich und nationale Verteilungsbetrachtung

Bei den Beiträgen um die Einbeziehung sozialer Sachleistungen in ein erweitertes Einkommenskonzept fällt auf, dass das Analyseziel und die Aussagefähigkeit dieses Konzeptes kaum erörtert werden. Es sollte jedoch beachtet werden, dass es sich hierbei um zwei grundlegend unterschiedliche Fragestellungen handelt:

- › Bei einer internationalen Betrachtung geht es um den Vergleich von materiellen Lebensstandards in verschiedenen Ländern. Aufgrund der unterschiedlichen Sozial- und Gesellschaftssysteme und – damit verbunden – zum Teil erheblicher Unterschiede beim Umfang sozialer Sachleistungen in verschiedenen Ländern, sollten soziale Sachleistungen bei einem länderübergreifenden Vergleich nicht unberücksichtigt bleiben. Das Einkommen ohne soziale Sachleistungen kann ein verzerrtes Bild über die materielle Lage zeigen (siehe Kapitel 2). Hierfür eignet sich das VGR-Verbrauchskonzept, bei dem soziale Sachleistungen einbezogen sind. Allerdings bleibt dies auf eine Durchschnittsbetrachtung beschränkt. Soziale Sachleistungen sind Teil eines makroökonomischen Konzeptes, mit dem der Konsum und spiegelbildlich das Einkommen der Haushalte umfassend dargestellt werden kann.
- › Bei der Darstellung der Einkommensverteilung werden vor allem die Unterschiede innerhalb eines Landes betrachtet. In der laufenden statistischen Berichterstattung wird dabei im Allgemeinen das äquivalenzgewichtete Haushaltsnettoeinkommen verwendet. Idealerweise sollten dabei auch unterstellte Einkommen aus eigengenutzten Wohnungen berücksichtigt werden. Die Erweiterung des Einkommenskonzeptes um die sozialen Sachleistungen macht in diesem Analysekontext nur dann Sinn, wenn die zusätzlich einbezogenen Bestandteile für die materielle Lage des Haushalts im Vergleich zu anderen Haushalten relevant sind.

Der Einbezug sozialer Sachleistungen in die Analyse der Einkommensverteilung basiert auf der Überlegung, dass im Hinblick auf die Wohlfahrtsmessung die materielle Lage der Haushalte ausschlaggebend ist. Dieser Ansatz ist dann sinnvoll, wenn durch den Bezug einer öffentlich finanzierten Dienstleistung einem Haushalt ein materiel-

ler Vorteil gegenüber einem anderen Haushalt entsteht, der diese Leistung nicht bezieht. Wie im vorherigen Abschnitt erläutert, ist dies für wesentliche Bestandteile der sozialen Sachleistungen aber sehr zweifelhaft. Dies hängt auch mit zwei besonderen Eigenschaften der sozialen Sachleistungen zusammen. Soziale Sachleistungen decken allgemeine Lebensrisiken (zum Beispiel Krankheitskosten) ab oder werden aus gesamtgesellschaftlichen Überlegungen (zum Beispiel Ausgaben für Bildung, Sport, Kultur) getätigt. Wenn alle Bürger im Bedarfsfall die sozialen Sachleistungen in Anspruch nehmen können, also keine weiteren Zugangskriterien bestehen, dann entsteht dem Einzelnen von vornherein dadurch kein materieller Vorteil.

Insofern stellt sich für die Analyse der nationalen Einkommensverteilung vor allem die Frage, mit welchen Arten von sozialen Sachleistungen überhaupt ein materieller Vorteil einhergeht. Wenn ein materieller Vorteil unterstellt werden kann, dann wäre der Einbezug des geldwerten Vorteils in das Haushaltseinkommen denkbar. Ist dies nicht der Fall, macht es keinen Sinn, die sozialen Sachleistungen in der Verteilungsanalyse zu berücksichtigen. Diese Frage erscheint bei einigen Arten von Leistungen vergleichsweise einfach zu beantworten. Bei anderen sozialen Sachleistungen ist es schwieriger, zu einer Einschätzung zu gelangen. Die folgenden Beispiele zeigen, welche Überlegungen relevant sind:

- › Bei Sachleistungen im Rahmen der Pflegeversicherung scheint es nicht sinnvoll zu sein, einen materiellen Vorteil zu unterstellen. Diese Leistungen gewährleisten elementare Erfordernisse im Alltag pflegebedürftiger Menschen; sie stehen sowohl in der sozialen als auch in der privaten Pflegeversicherung nach einem gesetzlichen Leistungskatalog allen Versicherten im Bedarfsfall zu. Eine Einstufung als Haushaltseinkommen in der Verteilungsanalyse ist nicht gerechtfertigt. Dies gilt in ähnlicher Form für die sozialen Sachleistungen der gesetzlichen Krankenversicherung.
- › Im Bereich Bildung ist das Bild differenzierter. Während es unter anderem aufgrund der allgemeinen Schulpflicht sehr fragwürdig wäre, die Ausgaben für schulische Bildung den Haushalten mit schulpflichtigen Kindern als zusätzliches Einkommen zuzurechnen, sieht dies bei den Ausgaben für Hochschulen anders aus. Hier liegt es nahe, diese als Bestandteile in das Einkommen einzubeziehen, da zum einen

keine Pflicht zur Nutzung besteht und zum anderen in der Regel durch die Hochschulausbildung ein höheres künftiges Arbeitseinkommen erzielt werden kann.

- › Am Beispiel der öffentlichen Leistungen im Rahmen der vorschulischen Kinderbetreuung wird die Schwierigkeit der Zuordnung offenkundig: Einerseits können öffentlich finanzierte Betreuungsdienstleistungen in Kindertagesstätten und Kindergärten als Mittel aufgefasst werden, Eltern eine Erwerbstätigkeit zu ermöglichen und Einkommen zu erzielen. Man kann argumentieren, dass daraus ein materieller Vorteil in Höhe des Wertes der öffentlich finanzierten Betreuungsleistung entsteht im Vergleich zu Eltern, die ihre Kinder selbst betreuen beziehungsweise die Betreuungskosten selbst tragen. Der öffentlich finanzierte Teil der institutionellen Kinderbetreuung könnte danach als zusätzliches Einkommen klassifiziert werden. Andererseits könnte die öffentlich finanzierte Kinderbetreuung aber auch als Leistung eingestuft werden, die einen gesellschaftlichen Nutzen bezogen auf die soziale Teilhabe beinhaltet, wie die Diskussionen der letzten Jahre beim öffentlich geförderten Ausbau der Kinderbetreuung zeigen.

Diese Überlegungen verdeutlichen die Komplexität des Vorhabens, soziale Sachleistungen bei Verteilungsanalysen zu berücksichtigen. Eine Erweiterung des Einkommenskonzeptes ist problematisch, da dies auf mikroökonomischer Ebene nur mittels vereinfachter Modellrechnungen möglich wäre und für die Festlegung der einzubeziehenden sozialen Sachleistungen subjektive Werturteile erforderlich sind.

Somit ist derzeit lediglich die aus Sicht der VGR umfassendere Darstellung von Konsum und Einkommen auf einer makroökonomischen Ebene stichhaltig. Bei länderübergreifenden Vergleichen des materiellen Lebensstandards kann – ausgehend von dem makroökonomischen Wert – das Einkommen einschließlich sozialer Sachleistungen je Einwohner ermittelt werden. Um die Verteilungswirkungen sozialer Sachleistungen zu untersuchen, sind einfache schematische Zuordnungen dagegen ungeeignet. Es erscheint vielmehr notwendig, tiefergehende Analysen vorzunehmen, die auf die tatsächliche Inanspruchnahme abstellen.

4

Nutzung sozialer Sachleistungen: Teilhabe und Verwirklichungschancen

Eine andere Möglichkeit, die Nutzung sozialer Sachleistungen zu analysieren, ist zu betrachten, wie häufig sie in Anspruch genommen werden. Dieser Ansatz geht auf den Begriff der Verwirklichungschancen von Amartya Sen zurück. Sen versteht Verwirklichungschancen als „Ausdrucksformen der Freiheit [...] unterschiedliche Lebensstile zu realisieren“. (Sen, 2002, hier: Seite 95) Die Verwirklichungschancen entsprechen somit den Möglichkeiten, ein Leben nach eigenen individuellen Plänen führen zu können. Diese Möglichkeiten können durch eine Vielzahl von Gründen eingeschränkt werden, etwa durch niedrige Bildung, durch eine schlechte individuelle Gesundheit oder durch eine benachteiligende ökologische oder soziale Umgebung. Nach Auffassung von Sen „drückt sich Armut im Mangel an fundamentalen Verwirklichungschancen aus und nicht bloß in einem niedrigen Einkommen, das gemeinhin als Kriterium für Armut gilt“. (Sen, 2002, hier: Seite 110) Wirtschaftliche Entwicklung und sozialer Fortschritt bestehen für Sen in der Überwindung dieses Mangels.

In der Armuts- und Reichtumsberichterstattung der Bundesregierung ist dieser Gedanke aufgegriffen worden in „einem umfassenden Analyseansatz, der die Risiken für Armut und soziale Ausgrenzung in verschiedenen Lebenslagen beschreibt“. „Nicht nur ungleiche Teilhabeergebnisse, etwa auf dem Arbeitsmarkt oder bei der Verteilung von Einkommen und Vermögen“ werden betrachtet. Auch die Frage, „inwiefern diese Unterschiede auf ungleiche Teilhabe- und Verwirklichungschancen zurückzuführen sind“, ist ein wesentlicher Aspekt der Berichterstattung. (Bundesregierung, 2009) Damit erstreckt sich der Umfang der Analyse auch auf öffentliche Leistungen und deren Inanspruchnahme durch soziale Gruppen.

Verdeutlicht werden kann dies am Beispiel der allgemeinbildenden Schulen. Die Kosten des öffentlich finanzierten Schulwesens machen einen erheblichen Anteil der sozialen Sachleistungen des Staates aus. Exemplarisch für soziale Unterschiede bei der Teilhabe werden im Armuts- und Reichtumsbericht hierfür die soziale Selektivität im Bildungssystem und die Schulabbrecher-

quote bei Personen mit und ohne Migrationshintergrund herangezogen. Diese Ergebnisse zeigen unterschiedliche Teilhabe- und Verwirklichungschancen von Bevölkerungsgruppen auf.

- › Je höher das Bildungsniveau der Eltern, desto höher die Wahrscheinlichkeit des Besuchs eines Gymnasiums bei den Kindern: Im Bereich der weiterführenden Schulen besaßen im Jahr 2013 bei Schülern auf einem Gymnasium 62 % der Eltern die Fachhochschul- oder Hochschulreife und lediglich 8 % einen Hauptschulabschluss. (Bundesregierung, 2013, hier: Seite 96) Dagegen hatten 45 % der Eltern von Schülern auf einer Hauptschule ebenfalls einen Hauptschulabschluss und lediglich 13 % die Fachhochschul- oder Hochschulreife. (Statistisches Bundesamt, 2014, hier: Seite 31)
- › Während der Anteil der Schulabbrecher bei ausländischen Schülerinnen und Schülern im Jahr 2010 bei rund 13 % lag, waren es bei Schülerinnen und Schülern mit deutscher Staatsangehörigkeit lediglich 5 %. (Bundesregierung, 2013, hier: Seite 100)

Insbesondere im Bereich Bildung gibt es eine Vielzahl von Informationen zur Nutzung öffentlich finanzierter Einrichtungen, die Rückschlüsse auf Teilhabe und Verwirklichungschancen ermöglichen. So wird im Armuts- und Reichtumsbericht die Nutzung von Kindertagesstätten aufgezeigt. (Bundesregierung, 2013, hier: Seite 77) Für den Bereich der Hochschulbildung zeigen Ergebnisse einer Studie im Auftrag des Deutschen Studentenwerks (Middendorff und andere, 2013) eine erkennbare soziale Differenzierung: Während von den Kindern von Akademikern 77 % ein Hochschulstudium beginnen, sind es bei den Kindern von Nicht-Akademikern 23 %. (Middendorff und andere, 2013, hier: Seite 111) Auch die Nutzung von Einrichtungen und Leistungen des Gesundheitswesens sollte anhand differenzierter Analysen betrachtet werden. Erste Ansätze hierzu gibt es. (Hoebel/Richter/Lampert, 2013; Holler/Kistler/Wiegel, 2015)

5

Fazit und Ausblick

Für die Wohlfahrtsmessung ist die Einkommensverteilung eine zentrale Größe bei der Darstellung der sozio-ökonomischen Lage und ihrer Entwicklung. Weitgehend unstrittig ist, dass das äquivalenzgewichtete Haushaltseinkommen zugrunde gelegt werden soll. Auch sollten neben den verschiedenen monetären Einkommensbestandteilen zumindest unterstellte Einkommen aus eigengenutztem Wohneigentum einbezogen werden. Daneben wird derzeit diskutiert, welche weiteren Bestandteile in das Einkommen einzubeziehen sind.


Strittig ist, ob auch unentgeltlich zur Verfügung gestellte soziale Sachleistungen einzubeziehen sind. Hierzu zählen vor allem die öffentlich finanzierten Bildungsleistungen und die Sachleistungen des Gesundheitswesens. Daten zu sozialen Sachleistungen liegen auf makroökonomischer Ebene vor. Aus Haushaltsbefragungen können unmittelbar keine Informationen zur tatsächlichen Inanspruchnahme sozialer Sachleistungen einzelner Haushalte gewonnen werden. Ausgehend von den makroökonomischen Größen kann daher nur eine modellmäßige Zurechnung sozialer Sachleistungen auf Haushalte erfolgen.

Wie experimentelle Studien zeigen, führt eine Einbeziehung sozialer Sachleistungen in das Haushaltseinkommen zu erheblichen Änderungen in der Einkommensverteilung. Insbesondere Haushalte mit schulpflichtigen Kindern und Haushalte mit älteren Haushaltsmitgliedern bekommen ein zusätzliches Einkommen unterstellt. Haushalte mit Kindern erhalten das unterstellte Einkommen aufgrund der Inanspruchnahme von öffentlichen Bildungsangeboten, ältere Personen aufgrund durchschnittlich höherer in Anspruch genommener Sachleistungen des Gesundheitssystems.

Eine modellmäßige schematische Zurechnung öffentlicher oder über Sozialversicherungen finanzierter Ausgaben für soziale Sachleistungen in das Einkommen einzelner Haushalte ist jedoch fragwürdig. Besser erscheint es, die tatsächliche Nutzung sozialer Sachleistungen durch verschiedene Haushaltstypen zu analysieren. Gerade der Bereich Bildung zeigt, dass es erhebliche Unterschiede beim Zugang zu weiterführenden Bildungsangeboten gibt. Die Inanspruchnahme ist in hohem Maße

abhängig von der sozialen Herkunft. Pauschale Zurechnungen von Bildungsausgaben, abhängig nur vom Alter der Kinder, führen hier in die falsche Richtung.

Die Analyse von sozialen Unterschieden bei der Inanspruchnahme sozialer Sachleistungen ist sinnvoller als ein Einbezug der Kosten sozialer Sachleistungen in das Haushaltseinkommen. Mit den Ansätzen zur Bestimmung der Teilhabe und der Verwirklichungschancen liegen Konzepte vor, die sozialen Sachleistungen im Rahmen einer umfassenderen Sozialberichterstattung darzustellen. Diese geht über Einkommen und Vermögen als Bestandteile materieller Wohlfahrt hinaus.

Anders sieht es bei internationalen Vergleichen aus. Abhängig vom Wirtschafts- und Sozialsystem gibt es große Unterschiede in der Bedeutung sozialer Sachleistungen. Beispielsweise haben in den Vereinigten Staaten soziale Sachleistungen pro Kopf eine erheblich geringere Bedeutung als in den meisten europäischen Ländern. Bei einem länderübergreifenden Vergleich der durchschnittlichen Einkommen erscheint es sinnvoll, soziale Sachleistungen bei der Analyse der materiellen Lage zu berücksichtigen. Die aus den VGR vorliegenden Angaben zum Einkommen nach dem Verbrauchskonzept, das heißt einschließlich sozialer Sachleistungen, können hierfür genutzt werden. 

LITERATURVERZEICHNIS

Aaberge, Rolf/Bhuller, Manudeep/Langørgen, Audun/Mogstad, Magne. *The Distributional Impact of Public Services. When Needs Differ*. IZA discussion paper series, No. 4826. Bonn 2010. [Zugriff am 20. Mai 2015]. Verfügbar unter: <http://ftp.iza.org/dp4826.pdf>

Braakmann, Albert/Schwahn, Florian. *Income Distribution Results in National Accounts – perspectives and restrictions of the OECD basic approach in micro-macro integration*. Paper zur 32. IARIW-Generalkonferenz 2012. [Zugriff am 11. Mai 2015]. Verfügbar unter: www.iariw.org

Bundesministerium für Arbeit und Soziales (Herausgeber). *Lebenslagen in Deutschland – Der 3. Armuts- und Reichtumsbericht der Bundesregierung*. Bonn 2008.

Bundesministerium für Arbeit und Soziales (Herausgeber). *Lebenslagen in Deutschland – Der Vierte Armuts- und Reichtumsbericht der Bundesregierung*. Bonn 2013.

Canberra Group. *Handbook on Household Income Statistics. Second Edition*. 2011.

Deutscher Bundestag. *Schlussbericht der Enquete-Kommission „Wachstum, Wohlstand, Lebensqualität – Wege zu nachhaltigem Wirtschaften und gesellschaftlichem Fortschritt in der Sozialen Marktwirtschaft“*. Bundestagsdrucksache 17/13300.

Esping-Andersen, Gøsta. *The three worlds of welfare capitalism*. Princeton 1990.

Europäische Kommission. *Europa-2020-Ziele*. [Zugriff am 13. Mai 2015]. Verfügbar unter: <http://ec.europa.eu>

Eurostat. *Manual on sources and methods for the compilation of COFOG Statistics – Classification of the Functions of Government (COFOG) – 2011 edition*. Methodologies and Working papers. Luxemburg 2011.

Eurostat. *The distributional impact of public services in European countries. 2013 edition*. [Zugriff am 21. Mai 2015]. Verfügbar unter: <http://ec.europa.eu>

Eurostat. *Household saving rate nearly stable at 13.1 % in the euro area and down to 10.3 % in the EU28*. [Zugriff am 11. Mai 2015]. Verfügbar unter: <http://ec.europa.eu>

Fesseau, Maryse/Wolff, Florence/Mattonetti, Maria Liviana. *A cross-country comparison of household income, consumption and wealth between micro sources and national accounts aggregates*. OECD working paper No. 52. Paris 2013.

Fesseau, Maryse/Mattonetti, Maria Liviana. *Distributional Measures across household groups in a national accounts framework. Results from an experimental cross-country exercise on household income, consumption and saving*. OECD working paper No. 53. Paris 2013.

Fesseau, Maryse/Van de Ven, Peter. *Measuring inequality in income and consumption in a national accounts framework*. OECD statistics brief, No. 19/2014. [Zugriff am 21. Mai 2015]. Verfügbar unter: www.oecd.org

LITERATURVERZEICHNIS

Hoebel, Jens/Richter, Matthias/Lampert, Thomas. *Sozialer Status und Teilnahme am Gesundheits-Check-up von Männern und Frauen in Deutschland: Ergebnisse der GEDA-Studie 2009 und 2010*. In: Deutsches Ärzteblatt 2013. Jahrgang 110. Ausgabe 41, Seite 679 ff.

Holler, Markus/Kistler, Ernst/Wiegel, Constantin. *Inanspruchnahme und Verteilungseffekte gesellschaftlich notwendiger Dienstleistungen*. Abschlussbericht an die Hans-Böckler-Stiftung (Nr. 2012-007-4). Düsseldorf 2015 (in Vorbereitung).

Marical, François/d'Ercole, Marco Mira/Vaalavuo, Maria/Verbist, Gerlinde. *Publicly-provided Services and the Distribution of Resources*. OECD social, employment and migration working papers No. 45. Paris 2006.

Middendorff, Elke/Apolinarski, Beate/Poskowsky, Jonas/Kandulla, Maren/Netz, Nicolai. *Die wirtschaftliche und soziale Lage der Studierenden in Deutschland 2012*. 20. Sozialerhebung des Deutschen Studentenwerks durchgeführt durch das HIS-Institut für Hochschulforschung. Bundesministerium für Bildung und Forschung (Herausgeber). Berlin 2013.

OECD/Eurostat. *Eurostat-OECD Methodological Manual on Purchasing Power Parities*. Luxemburg 2012.

Paulus, Alari/Sutherland, Holly/Tsakoglou, Panos. *The distributional impact of in-kind public benefits in European countries*. In: Journal of Policy Analysis and Management. Jahrgang 29. Ausgabe 2/2010, Seite 243 ff.

Schwahn, Florian/Schwarz, Norbert. *Die Einkommensverteilung als Baustein zur Wohlfahrtsmessung*. In: Wirtschaft und Statistik. Ausgabe 10/2012, Seite 829 ff.

Schwarz, Norbert. *Einkommensentwicklung in Deutschland – Konzepte und Ergebnisse der Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnungen*. In: Wirtschaft und Statistik. Ausgabe 3/2008, Seite 197 ff.

Sen, Amartya. *Ökonomie für den Menschen*. München 2002, Seite 95.

Smeeding, Timothy M./Saunders, Peter/Coder, John/Jenkins, Stephen/Fritzell, Johan/Hagenaars, Aldi J. M./Hauser, Richard/Wolfson, Michael. *Poverty, inequality, and family living standards. Impacts across seven nations: The effect of noncash subsidies for health, education and housing*. In: Review of Income and Wealth. Jahrgang 39. Ausgabe 3/1993, Seite 229 ff.

Stache, Dietrich/Forster, Thomas/Kuschel, Marion/Meißner, Christian/Schmidt, Pascal. *Ausgaben des Staates nach Aufgabenbereichen – Datenbasis zur Beurteilung der Qualität der Staatsausgaben?* In: Wirtschaft und Statistik. Ausgabe 12/2007, Seite 1180 ff.

Statistisches Bundesamt (Herausgeber). *Fachserie 12 Gesundheit, Reihe 7.2 Krankheitskosten*. Wiesbaden 2010. Verfügbar unter: www.destatis.de

LITERATURVERZEICHNIS

Statistisches Bundesamt (Herausgeber). *Bildungsstand der Bevölkerung, 2014*. Wiesbaden 2014. Verfügbar unter: www.destatis.de

Steckmest, Elisabeth. *Noncash benefits and income distribution*. Luxembourg Income Study Working Paper Series, Working Paper No. 150. Bergen 1996.

Stiglitz, Joseph E./Sen, Amartya/Fitoussi, Jean-Paul. *Report by the Commission on the Measurement of Economic Performance and Social Progress*. 2009.

Taschowsky, Peter. *Illegale Aktivitäten in den Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnungen*. In: WISTA Wirtschaft und Statistik. Ausgabe 2/2015, Seite 28 ff.

The Canberra Group. *Expert Group on Household Income Statistics – Final Report and Recommendations*. Ottawa 2001.

Verbist, Gerlinde/Förster, Michael F./Vaalavuo, Maria. *The Impact of Publicly Provided Services on the Distribution of Resources: Review of New Results and Methods*. OECD Social, Employment and Migration Working Papers No. 130. Paris 2012. [Zugriff am: 21. Mai 2015]. Verfügbar unter: <http://dx.doi.org>

LOHNEN SICH UMWELTFREUND- LICHERE PERSONENKRAFTWAGEN?

Eine Analyse der Kosten und Umweltwirkungen

Benjamin Held, Dr. Christian Haubach

➤ **Schlüsselwörter:** Nachhaltige Mobilität – Pkw – Verkehr – Kostenvergleich – Umweltwirkungen

ZUSAMMENFASSUNG

Mobilität umweltverträglich gestalten ist eine der zentralen Herausforderungen nachhaltigen Konsums. Eine herausragende Rolle innerhalb dieser Debatte werden auch in Zukunft Personenkraftwagen (Pkw) einnehmen. Dieser Beitrag untersucht, welche Auswirkungen der Kauf eines umweltfreundlicheren Pkw hat. Dazu werden modell-segmentspezifische Kosten- und Umweltwirkungsvergleiche zwischen den jeweils meistverkauften und umweltfreundlichsten Pkw durchgeführt. Es werden dabei zwei Methoden vorgestellt, die sich bezüglich der „Gleichwertigkeit“ der jeweils verglichenen Modelle unterscheiden. Über das Wägungsschema des Verbraucherpreisindex werden die Kostenvergleiche auf die durchschnittliche Ausgabenstruktur übertragen. Bei beiden Methoden zeigen sich sowohl geringere Umweltwirkungen als auch Kosteneinsparungen.

➤ **Keywords:** sustainable mobility – passenger cars – transportation – comparison of costs – environmental effects

ABSTRACT

Making mobility environmentally compatible is one of the key challenges in achieving sustainable consumption. Cars will continue to play a central role in this debate. The article examines the effects of buying an environment-friendlier car. Model segment-specific cost and environmental impact comparisons are drawn between the best-selling and the environment-friendliest cars. Two methods are presented which yield different assessments of the “equivalence” of the models being compared. The weighting pattern of the consumer price index is used to transfer the cost comparisons to the average expenditure structure. Both methods reveal less environmental impact and also cost savings.



Benjamin Held

ist studierter Diplom-Volkswirt und seit 2012 als wissenschaftlicher Mitarbeiter an der Hochschule Pforzheim am Institut für Industrial Ecology (INEC) tätig. Sein aktueller Arbeitsschwerpunkt liegt in der Untersuchung der Kosten, Umweltwirkungen und externen Effekten von konventionellem und nachhaltigem Konsum.



Dr. Christian Haubach

studierte Volkswirtschaftslehre und Umweltwissenschaften an der Universität Heidelberg und promovierte über das Umweltmanagement in globalen Wertschöpfungsketten. Er arbeitet derzeit als wissenschaftlicher Mitarbeiter am Institut für Industrial Ecology (INEC) der Hochschule Pforzheim.

1

Einleitung

Mobilität ist ein zentrales Element und Merkmal der heutigen modernen Industrie- und Dienstleistungsgesellschaft. Allerdings trägt das wachsende Verkehrsaufkommen maßgeblich zu den durch private Haushalte ausgelösten Umweltwirkungen bei. Nach Berechnungen des European Topic Centre on Sustainable Consumption and Production (ETC/SCP) lag der Anteil des Verkehrs an den gesamten direkten und indirekten durch den privaten Konsum verursachten Treibhausgas-Emissionen in der Europäischen Union (EU) im Jahr 2007 bei knapp 26 %. (EEA, 2012) Diese werden hauptsächlich vom Auto- (etwa 46 %) und Luftverkehr (etwa 45 %) verursacht. (Aamaas und andere, 2013) Daneben stellen auch die Belastungen durch andere Luftschadstoffe (beispielsweise durch Feinstaub) und Lärm weitere negative externe Effekte des Verkehrs dar. Ein nachhaltigeres Mobilitätsverhalten ist deswegen von essenzieller Bedeutung für einen insgesamt nachhaltigen Konsum.

Welche Kosten durch den Umstieg von einem konventionellen auf ein nachhaltig(er)es Konsummuster entstehen und welche Umweltwirkungen dadurch vermieden werden können, wird in dem vom Bundesministerium für Bildung und Forschung geförderten Forschungsprojekt „Warenkorbbasierter Preis- und Umweltwirkungsvergleich von ökologischem und konventionellem Konsum“ (WaPrUmKo) für den gesamten privaten Konsum untersucht.¹ Nachdem in der Ausgabe 1/2015 dieser Zeitschrift bereits ausführlich auf die grundlegende Methodik und den Lebensmittelbereich eingegangen wurde, wird in diesem Beitrag nun der Verkehrsbereich betrachtet. (Haubach/Held, 2015) Dazu werden zunächst die Ausgaben im Verkehrsbereich dargestellt und anschließend zwei Methoden des Kosten- und Umweltwirkungsvergleichs. Es folgen die Ergebnisse, eine Diskussion und ein abschließendes Fazit.

1 Informationen zum Forschungsprojekt: WaPrUmKo – Warenkorbbasierter Preis- und Umweltwirkungsvergleich von ökologischem und konventionellem Konsum; FKZ 03FH011PX2; durchgeführt vom Institut für Industrial Ecology (INEC) der Hochschule Pforzheim in Kooperation mit: Forschungsstätte der Evangelischen Studiengemeinschaft e. V. (FEST), bioVista GmbH, Statistisches Bundesamt.

2

Ausgaben im Verkehrsbereich

Der Anteil des Verkehrsbereichs (COICOP 07)² an den privaten Konsumausgaben lag in Deutschland im Jahr 2010 nach dem Wägungsschema des Verbraucherpreisindex (VPI) des Statistischen Bundesamtes bei 14,1 %. (Statistisches Bundesamt, 2013) Für die vorliegende Analyse wurde die Position „Beitrag zur Kraftfahrzeugversicherung“ (CC1254000100) entgegen der offiziellen COICOP-Einordnung und der Praxis im VPI dem Verkehrsbereich zugeordnet, da diese direkt von der Wahl des Pkw abhängt. Eine Übersicht der Ausgabenpositionen des so abgegrenzten Verkehrsbereichs enthält Tabelle 1. Etwa drei Viertel der Verkehrsausgaben stehen direkt in Verbindung mit dem Kauf und Betrieb von privaten Pkw. Die restlichen Ausgaben dieses Bereichs entfallen hauptsächlich auf öffentliche Verkehrsmittel. Für diese lassen sich jedoch ohne Verhaltensänderungen (also zum Beispiel den Umstieg auf ein anderes Verkehrsmittel) keine ökologischen Alternativen finden, zumindest nicht solche, die kurzfristig direkt durch die Kaufentscheidung des Konsumenten beeinflusst werden können. Im Gegensatz dazu gibt es beim Pkw-Kauf die Auswahl zwischen mehr oder weniger umweltverträglichen Modellen. Da für den ersten Teil des Forschungsprojektes die Prämisse aufgestellt wurde, zunächst allein die Auswirkungen des Ersatzes von konventionellen durch ökologischere Produkte zu untersuchen, beschränkt sich dieser Beitrag auf die direkt durch den Pkw-Kauf beeinflussbaren Kosten und Umweltwirkungen (oberer Teil der Tabelle 1). Deren Anteil an den gesamten privaten Konsumausgaben beträgt 101,7 Promille. Darüber hinausgehende Verhaltensänderungen sind jedoch zweifellos notwendig und werden im weiteren Verlauf des Projektes untersucht. Hier wären im Sinne eines nachhaltigen Verkehrsbereichs insbesondere Veränderungen des Modal Split, also der Verteilung des Transportaufkommens auf verschiedene Verkehrsmittel, von Bedeutung, wobei der Anteil des motorisierten Individualverkehrs sinken müsste. (Zachariadis, 2005) ➔ Tabelle 1

2 COICOP: Classification of Individual Consumption by Purpose – (internationale) Klassifikation der Verwendungszwecke des Individualverbrauchs.

Tabelle 1

Verkehrsausgaben entsprechend dem VPI-Wägungsschema 2010

COICOP-VPI-Position		Anteil in ‰
berücksichtigte Positionen – beeinflusst durch Pkw-Kauf		101,7
CC0711110100	Neuer Pkw	23,9
CC0711210100	Gebrauchter Pkw	5,2
CC0721039200	Zubehör oder Ersatzteile für Kfz	2,1
CC0721011100	Pkw-Reifen	2,8
CC0721031000	Autobatterie oder Zündkerzen	0,8
CC0722013100	Superbenzin, 95 Oktan	26,5
CC0722013300	Superbenzin, 98 und mehr Oktan	1,9
CC0722015100	Diesel, unter 60 Cetan	8,2
CC0722015300	Diesel, 60 und mehr Cetan	1,0
CC0722017100	Autogas	0,8
CC0723015100	Pkw-Inspektion	8,4
CC0723017000	Pkw-Reparatur	8,2
CC0724090100	Kraftfahrzeugsteuer	5,7
CC1254000100	Beitrag zur Kraftfahrzeugversicherung	6,3
nicht berücksichtigte Positionen – unabhängig von Pkw-Kauf		39,4
CC0711130100	Kleintransporter	0,5
CC0712000000	Krafträder	1,2
CC0713000100	Fahrrad	1,9
CC0721051100	Pkw-Anhänger	0,2
CC0721060100	Autowachs, Lackpflegemittel oder Ähnliches	0,4
CC0721071100	Reifen oder Schlauch für Fahrräder	0,4
CC0721079100	Zubehör oder Ersatzteile für Fahrräder	0,5
CC0722051100	Motorenöl	0,4
CC0723	Restliche Wartung und Reparatur von Fahrzeugen	2,1
CC0724	Restliche Andere Dienstleistungen für Fahrzeuge	9,2
CC0731	Personenbeförderung im Schienenverkehr	7,0
CC0732	Personenbeförderung im Straßenverkehr	1,2
CC0733	Personenbeförderung im Luftverkehr	2,9
CC0734	Personenbeförderung im Schiffsverkehr	0,7
CC0735	Kombinierte Personenbeförderungsdienstleistungen	10,6
CC0736	Andere Ausgaben für Verkehrsdienstleistungen	0,5
COICOP07	Verkehrsbereich insgesamt	141,1

3

Kriterien der ökologischen Bewertung

Als Kriterium zur Bewertung der ökologischen Qualität der Personenkraftwagen wird das der Auto-Umweltliste des Verkehrsclub Deutschland e. V. (VCD) und der Auto-Umweltliste des Verkehrsclub der Schweiz (VCS) gemeinsam zugrunde liegende Ratingsystem eingesetzt. Dieses wurde 1997 vom Institut für Energie- und Umweltforschung (IFEU) in Heidelberg in Zusammenarbeit mit dem deutschen Umweltbundesamt entwickelt und seitdem mehrfach aktualisiert. (VCS, 2013) Es unterscheidet vier Umweltfaktoren, die jeweils mit einer Punktzahl zwischen 0 und 10 bewertet werden. Anschließend werden diese gewichtet und zur Endpunktzahl, auch EcoRating genannt, addiert: Den wichtigsten Umweltfaktor bildet die „Belastung durch den CO₂-Treibhauseffekt“ mit einem Gewicht von 60 %. Der Umweltfaktor „Belastung durch Lärm“ geht mit 20 %, der Umweltfaktor „Belastung des Menschen durch Schadstoffe“ mit 15 % und der Umweltfaktor „Belastung der Natur“ mit 5 % in das EcoRating ein.

4

Zusammensetzung des Warenkorbs

Zur Auswahl der im Warenkorb enthaltenen Pkw wird der Pkw-Markt in Segmente eingeteilt. Diese Marktsegmentierung entspricht der Klassifizierung des Kraftfahrt-Bundesamtes (KBA). Es wird zwischen den Segmenten „Minis“, „Kleinwagen“, „Kompaktklasse“, „Mittelklasse“, „Obere Mittelklasse“, „Oberklasse“, „Sportwagen“, „SUVs“, „Geländewagen“, „Mini-Vans“, „Großraum-Vans“ und „Utilities“ unterschieden. In jedem Segment wurden, beruhend auf den Zulassungszahlen des KBA, die drei meistverkauften Modelle des Jahres 2013 ausgewählt. (KBA, 2014) Die Segmente „Oberklasse“, „Sportwagen“ und „Utilities“ wurden ausgeschlossen, da zu diesen Segmenten keine Daten über die Auto-Umweltliste vorliegen. Durch deren Nichtberücksichtigung wird angenommen, dass der Kosten- und Umweltwirkungsunterschied in diesen drei Segmenten entsprechend dem gewichteten Durchschnitt der anderen Segmente ausfällt. Da deren Anteil an den

Gesamtzulassungen gering ist (Utilities: 4,0%; Sportwagen: 1,4%; Oberklasse: 0,8%), dürfte der dadurch entstehende Fehler voraussichtlich gering sein.

Als ökologische Alternativen werden die drei bestplatzierten Pkw der interaktiven Auto-Umweltliste des VCS im jeweiligen Segment in den Warenkorb aufgenommen. (VCS, 2014) Alternative Antriebe, wie zum Beispiel rein mit Erdgas oder Strom betriebene Fahrzeuge, werden bislang nicht einbezogen, da der Umstieg auf diese alternativen Antriebsarten aufgrund geringerer Reichweiten und fehlender Infrastruktur mit größeren Verhaltensbarrieren verbunden ist. (Potoglou/Kanaroglou, 2007) Strom- und erdgasbetriebene Fahrzeuge werden, im Gegensatz zu Hybridfahrzeugen, erst dann berücksichtigt, wenn auch Verhaltensänderungen in die Analyse mit einbezogen werden.

5

Datenquellen des Vergleichs

Die wichtigste Datenquelle stellt die Autodatenbank des Allgemeinen Deutschen Automobil-Clubs (ADAC) dar. Die ADAC-Autodatenbank enthält umfangreiche Informationen zu mehreren tausend Modellen. Enthalten sind unter anderem Angaben zu den ökologisch relevanten Kriterien Kraftstoffverbrauch, CO₂-Ausstoß und EU-Schadstoffklasse. Außerdem lassen sich über die ADAC-Autodatenbank die Kosten verschiedener Pkw-Modelle berechnen. Dabei werden Informationen zum Grundpreis, zum Aufpreis für die klassenübliche Ausstattung nach ADAC-Vorgabe, zum Wertverlust, zu den Betriebskosten, zu Werkstattkosten und zu sonstigen Fixkosten bereitgestellt. (ADAC, 2013) Angaben zum Lärmpegel

wurden der interaktiven Auto-Umweltliste des VCS entnommen, da diese nicht in der ADAC-Autodatenbank enthalten sind.

6

Methoden des Vergleichs

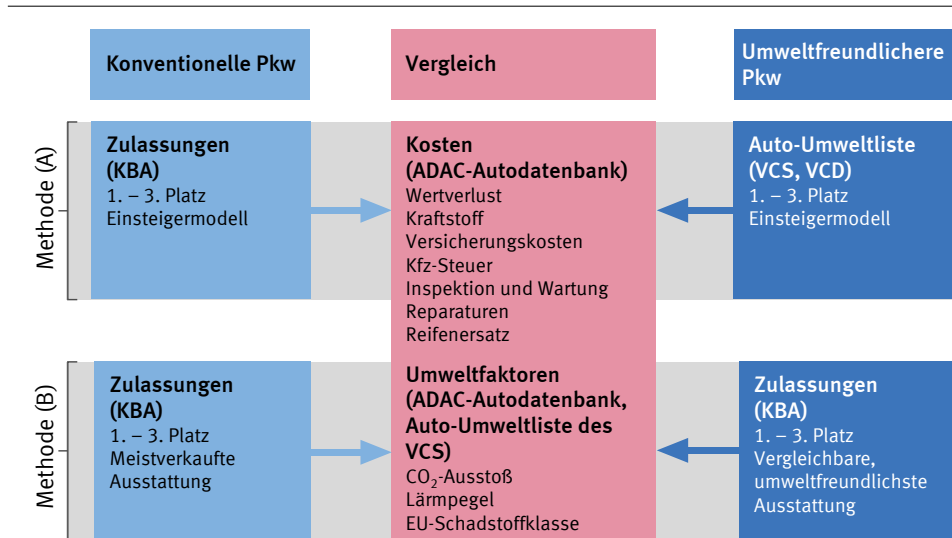
Es wurden zwei Methoden des Kosten- und Umweltwirkungsvergleichs entwickelt und erprobt. Methode (A) stellt die Reduzierung der Umweltwirkung in den Vordergrund, was jedoch zulasten der Vergleichbarkeit der Produkte geht. Methode (B) versucht hingegen eine möglichst große Vergleichbarkeit herzustellen, was jedoch zu geringeren Möglichkeiten bezüglich einer Verbesserung der Umweltwirkungen führt. ➡ Grafik 1

Methode A: Vergleich meistverkaufter Pkw-Modelle mit bestbewerteten Pkw

Beim Kostenvergleich mit der Methode (A) dienen die laut Kraftfahrt-Bundesamt meistzugelassenen Pkw-Modelle des Jahres 2013 als Repräsentanten des konventionellen Segments. Die ökologischen Alternativen stellen die drei bestplatzierten Pkw der Auto-Umweltliste im jeweiligen Fahrzeugsegment dar. Bezüglich der

Grafik 1

Übersicht der Methoden des Kosten- und Umweltwirkungsvergleichs im Pkw-Bereich



KBA: Kraftfahrt-Bundesamt
 ADAC: Allgemeiner Deutscher Automobil-Club e.V.

VCS: Verkehrs-Club der Schweiz
 VCD: Verkehrsclub Deutschland e.V.

2015 - 01 - 0420

Ausstattung der Modelle wurde jeweils das Einsteigermodell gewählt, wobei mögliche Ausstattungsunterschiede über eine Anpassung an die „klassenübliche Ausstattung nach ADAC-Vorgabe“ ausgeglichen werden. Zur Berechnung der Kosten werden die Grundeinstellungen des ADAC übernommen. Dies entspricht einer durchschnittlichen Haltedauer der Fahrzeuge von vier Jahren und einer Jahresfahrleistung von 15 000 km.

Die Ergebnisse der jeweils drei konventionellen und umweltfreundlicheren Pkw werden für jedes Segment gemittelt und anschließend verglichen. Um zu Ergebnissen für den gesamten Pkw-Bereich zu gelangen, werden die segmentspezifischen Ergebnisse mithilfe ihres Anteils an den Neuzulassungen des Jahres 2013 gewichtet zusammengerechnet. (Kraftfahrt-Bundesamt, 2014)

Methode B: Vergleich meistverkaufter Pkw-Modelle in meistverkaufter Ausstattung mit gleichen Pkw-Modellen mit vergleichbarer, umweltfreundlichster Ausstattung

Im Unterschied zu Methode (A) werden bei der Methode (B) sowohl für die konventionellen Produkte als auch für die ökologischen Alternativen die über das Kraftfahrt-Bundesamt festgestellten Pkw-Modelle mit den meisten Zulassungen (aufgeteilt nach Segmenten) des Jahres 2013 ausgewählt. Das Ziel bei der Methode (B) ist – abgesehen von der ökologischen Qualität – eine möglichst große Übereinstimmung zwischen dem konventionellen und ökologischen Produkt herzustellen (zum Beispiel einen gleichen Markenwert). Die ökologische Qualität wird über die Ausstattung bestimmt, zum Beispiel über spezielle treibstoffsparende Technologien oder die Motorenart (Benzin, Diesel, Hybrid). Schließlich werden in jedem Segment die drei meistverkauften Pkw-Modelle verglichen, einmal mit der meistverkauften Ausstattung und einmal mit der ökologisch vorteilhaftesten Ausstattung. Dabei wurde darauf geachtet, dass die Fahrleistung und Komfortausstattung trotzdem möglichst identisch sind.

Um die meistverkaufte Ausstattung für die jeweiligen Modelle festzustellen, wurde aufbauend auf der Internetsuchplattform autoscout24.de eine eigene Methodik entwickelt. Dazu wurde die Suchfunktion für die im Jahr 2013 erstmals zugelassenen Pkw schrittweise durch zusätzliche Suchkriterien (zum Beispiel Kraftstoff, Hub-

raum, Ausstattungslinie, Getriebe, Leistung) verfeinert, bis schließlich die häufigste Ausstattungsvariante des Modells feststand.

Über Recherchen in der interaktiven Auto-Umweltliste des VCS und der Autodatenbank des ADAC wurde anschließend überprüft, ob umweltfreundlichere Ausstattungen innerhalb der gleichen Modellreihe vorhanden sind. Um eine möglichst identische Komfortausstattung zu gewährleisten, wurde die Ausstattungslinie (zum Beispiel Comfortline bei VW) beibehalten. Zudem wurde bei der Auswahl der Motorleistung auf eine hohe Vergleichbarkeit der Modelle geachtet. Soweit keine Umstellung der Kraftstoffart (zum Beispiel von Benzin auf Diesel) vorlag, gelang dies, indem der Hubraum möglichst konstant gehalten wurde. Ansonsten wurden die Leistungsdaten „Kilowatt“, „Höchstgeschwindigkeit“ und „Beschleunigung von 0 auf 100 km/h“ betrachtet und die ökologischen Alternativen so ausgewählt, dass die Werte der „konventionellen“ und „ökologischen“ Pkw möglichst nah beieinander lagen. Die so ausgewählten Modelle werden entsprechend der Methode (A) in Kosten und Umweltwirkung verglichen.

7

Ergebnisse des Pkw-Vergleichs

Die Ergebnisse der Vergleiche der Methoden (A) und (B) sind in Tabelle 2 dargestellt. Die folgende Analyse geht nicht auf die absoluten Werte, sondern auf deren Verhältnis zueinander ein. Dieses gibt den Quotienten aus den Werten der ökologischen Alternativen und der konventionellen Pkw multipliziert mit 100 wieder. Zunächst soll auf die Kosten eingegangen werden. In diesem Bereich kann der Vergleichswert als Kostenindex verstanden werden. Die Ergebnisse beruhen auf den Grundeinstellungen des ADAC, das heißt einer Haltedauer des neu gekauften Pkw von vier Jahren und einer jährlichen Fahrleistung von 15 000 km. Beim Wertverlust zeigt Methode (A) mit einem Kostenindex von 93 um 7 % niedrigere und Methode (B) mit einem Kostenindex von 101 um 1 % höhere Kosten an. Bei den Kraftstoffkosten zeigen beide Methoden deutliche Einsparungen. So ergibt der Vergleich bei Methode (A) einen Kostenindex von 79 und bei Methode (B) einen Kostenindex von 78, was einer Minderung der Kosten um 21 % beziehungsweise 22 % entspricht. Bei den Versicherungskosten ergeben sich

hingegen bei beiden Methoden leicht höhere Kosten [Methode (A): +6 %, Methode (B): +4 %]. Bei der Pkw-Steuer zeigen sich entgegengesetzte Entwicklungen: Bei Methode (A) beträgt der Kostenindex 68, zeigt also Einsparungen in Höhe von 32 % an. Erklärt werden können diese Einsparungen durch die niedrigeren CO₂-Emissionen der ökologischen Alternativen. Diese sind Teil der Bemessungsgrundlage der Pkw-Steuer und gehen mit einem Zuschlag von 2 Euro je Gramm CO₂ je Kilometer in die Pkw-Steuer ein. Bei Methode (B) liegt der Kostenindex der Pkw-Steuer hingegen bei 113. Der Umstieg führt zu Mehrkosten, weil im Zuge der „Ökologisierung“ bei vielen Modellen ein Umstieg auf Diesel stattfand. Für Dieselfahrzeuge gilt jedoch bei der Pkw-Steuer ein mehr als doppelt so hoher Satz je 100 cm³ Hubraum als für Fahrzeuge mit Ottomotor. In der Summe werden diese Mehrkosten von den Einsparungen, die durch den geringeren Kraftstoffverbrauch und damit den niedrigeren CO₂-Emissionen entstehen, mehr als kompensiert. Bei den Kosten für Inspektion und Wartung führt der

Umstieg auf die ökologischen Alternativen bei Methode (A) zu 12 % höheren und bei Methode (B) zu 3 % höheren Kosten. Bei den Reparaturkosten fallen bei Methode (A) um 7 % geringere, bei Methode (B) um 5 % höhere Kosten an. Beim Reifenersatz liegen die Kosten eng beieinander, wobei Methode (A) um 2 % höhere Kosten und Methode (B) um 1 % geringere Kosten ausweist.

➤ Tabelle 2

Beim Vergleich der Leistungsdaten zeigen sich keine größeren Unterschiede. Bei Methode (B) ist dies auf die selbst durchgeführte möglichst vergleichbare Auswahl der Motorisierung von ökologischen Alternativen zurückzuführen. Für Methode (A) lässt es darauf schließen, dass die Leistung der meistverkauften Modelle, zumindest im Bereich der Einsteigermodelle, kaum von der der umweltfreundlichsten Modelle abweicht. Dies zeigt, dass der Umstieg auf ein umweltschonenderes Modell nicht zwangsläufig mit einem Verzicht auf Leistung verbunden ist.

Tabelle 2

Ergebnisse der Kosten- und Umweltwirkungsvergleiche im Pkw-Bereich

	Methode A ¹			Methode B ¹		
	Zulassungen (Einsteigermodell)	EcoRating (Einsteigermodell)	Vergleich ²	Zulassungen (meistverkaufte)	Zulassungen (umweltfreundlichste)	Vergleich ²
Kosten je Jahr in EUR ³						
Wertverlust	3 855	3 594	93	4 087	4 132	101
Kraftstoff	1 160	913	79	1 178	914	78
Versicherungskosten	876	928	106	889	925	104
Kfz-Steuer	137	93	68	152	171	113
Inspektion/Wartung	189	211	112	209	216	103
Reparaturen	235	219	93	247	258	105
Reifenersatz	164	168	102	231	229	99
Leistungsdaten						
Leistung in kW	80	85	105	92	90	98
Höchstgeschwindigkeit in km/h	188	181	96	195	194	100
Beschleunigung von 0 auf 100 km/h in Sekunden	11,5	11,7	101	10,6	10,9	103
Umweltdaten						
CO ₂ -Ausstoß in g/km	123	99	80	126	110	87
Lärm in db(A)	71,5	69,4	97	71,6	71,1	99
Umweltfaktoren/EcoRating						
CO ₂ (60 %)	4,7	6,8	143	4,5	5,9	131
Lärm (20 %)	3,5	5,6	159	3,4	3,9	114
Mensch/Natur (20 %)	7,1	7,7	109	7,1	6,4	90
EcoRating	5,0	6,7	136	4,8	5,6	116

¹ Es wurden jeweils die Top 3 verglichen.

² Quotient aus den Werten der ökologischen Alternativen und der konventionellen Pkw multipliziert mit 100.

³ Bei einer jährlichen Fahrleistung von 15 000 km und einer Haltedauer des neu gekauften Pkw von 4 Jahren.

Bei den Umweltdaten zeigen sich die Vorteile des Umstiegs auf die ökologischen Alternativen. Der CO₂-Ausstoß fällt bei Methode (A) von 123 g/km auf 99 g/km um 20 %, bei Methode (B) von 126 g/km auf 110 g/km um 13 %. Beim Faktor Lärm führt der Umstieg bei Methode (A) zu einer Minderung von 71,5 db(A) auf 69,4 db(A) und bei Methode (B) zu einer Reduktion von 71,6 db(A) auf 71,1 db(A). Das auf Basis dieser Werte und der EU-Schadstoffklassen berechnete EcoRating zeigt deutliche Verbesserungen durch einen Umstieg. Bei Methode (A) steigt das EcoRating insgesamt von 5,0 Punkten auf 6,7 Punkte, bei Methode B immerhin noch von 4,8 Punkten auf 5,6 Punkte. Diese Verbesserungen werden hauptsächlich durch die niedrigeren CO₂-Emissionen verursacht. Vor allem bei Methode (A) trägt auch die geringere Lärmbelastung zur Steigerung des EcoRatings bei. Bei den Auswirkungen auf Mensch und Natur (hier zusammengefasst, da beide auf der EU-Schadstoffklasse beruhen) zeigen sich bei Methode (A) ebenfalls leichte Verbesserungen. Bei Methode (B) ist hingegen eine Verschlechterung zu beobachten, die dem bereits erwähnten Umstieg auf Dieselfahrzeuge geschuldet ist.

8

Zuordnung der ADAC-Autokosten auf das VPI-Wägungsschema

Um die vorgenommenen Vergleiche für den warenkorb-basierten Kostenvergleich zu aggregieren, werden die Kostenpositionen der ADAC-Autodatenbank den VPI-Positionen des VPI-Wägungsschemas zugeordnet (siehe Tabelle 3). Durch diese Zuordnung werden die zuvor festgestellten Kostenunterschiede auf das durchschnittliche private Konsummuster übertragen. Die erste Spalte der Tabelle 3 enthält die ADAC-Autokostenpositionen, die folgenden Spalten die zugeordneten VPI-Unterkategorien des VPI-Wägungsschemas einschließlich ihres Anteils am gesamten privaten Konsum. In den letzten beiden Spalten sind die Kostenindizes der Methoden (A) und (B) eingetragen. Diese entsprechen den in Tabelle 2 als Vergleich ausgewiesenen Werten. Es ist darauf hinzuweisen, dass entgegen der Vorgehensweise beim VPI hier nicht allein Preise, sondern Kosten miteinander verglichen werden, da der Kauf eines Pkw direkte Auswirkungen auf andere Ausgabenpositionen hat. So bedeutet beispielsweise ein Kostenindex kleiner als 100 bei

der Position „Kraftstoff“ nicht, dass der Kraftstoffpreis im Vergleich gesunken ist, sondern dass der Kraftstoffverbrauch des umweltfreundlicheren Modells geringer ist. Es fand keine Preis-, sondern eine Mengenänderung statt.¹³ Im hier berechneten Kostenindex werden also auch Auswirkungen anderer Konsumententscheidungen auf die jeweilige Preisindexposition als sachlogische Querbezüge berücksichtigt und damit auf das Wägungsschema, das eigentlich das Mengengerüst abbildet, übertragen. Es kann insofern nicht von einem reinen Preisvergleich gesprochen werden, sondern vielmehr von einem Vergleich der konventionellen und ökologischen Lebenshaltungskosten bei konstantem Nutzenniveau. Trotz der methodischen Abweichungen wird das VPI-Wägungsschema als Ausgangspunkt der weiteren Untersuchungen verwendet, da es die beste verwertbare Quelle zur warenkorbbasierten Analyse der Preis- und Kostenwirkungen darstellt. ➤ **Tabelle 3**

Der Bereich der Anschaffungskosten wird bei den ADAC-Kostendaten durch den Wertverlust abgebildet. Dieser ist für einen Vergleich der durch verschiedene Pkw-Modelle für Haushalte entstehenden Kosten besser geeignet als der Kaufpreis. Allerdings ergibt sich dadurch eine weitere Abweichung von der VPI-Methodik, bei der die hier für Aggregationszwecke genutzten Wägungsanteile aus Ausgaben und nicht aus Kosten abgeleitet werden.¹⁴ Die VPI-Unterkategorie „Gebrauchter Pkw“ wird ebenfalls dieser Ausgabenposition zugeordnet, da angenommen wird, dass der Kostenunterschied bei Gebrauchtwagen dem der Neuwagen gleicht. Beide Bereiche zusammen besitzen ein Gewicht von 29,1 Promille. Den Kraftstoffkosten nach der ADAC-Autokostenposition werden die fünf passenden VPI-Unterkategorien zugeordnet, die insgesamt zusammen ein Gewicht von 38,4 Promille besitzen. Der ADAC-Kostenposition Versicherungskosten wird die Position „Pkw-Versicherung“ im VPI zugeordnet. Diese hat ein Gewicht von 6,3 Promille. Ebenfalls jeweils eine VPI-Position kann den Positionen „Pkw-Steuer“ (5,7 Promille), „Reparaturen“ (8,2 Promille) und „Reifenersatz“ (2,8 Promille) zugeordnet werden. Der ADAC-Kostenposition „Inspektion/Wartung“ werden drei VPI-Positionen zugeordnet, die insgesamt ein Gewicht von 11,2 Promille besitzen.

3 Zumindest nicht zum größten Teil. Ein Teil beruht tatsächlich auf einem niedrigeren Preis durch den Umstieg von Benzin auf Diesel.

4 Entsprechend liegen den VPI-Wägungsanteilen die Ausgaben für neue Pkw in einem Jahr und nicht die Wertverluste aller in einem Jahr gefahrenen Pkw zugrunde. Ergebnisse, die statt auf dem Wertverlust auf dem Kaufwert beruhen, werden in Kapitel 9 vorgestellt.

Tabelle 3**Zuordnung der Ergebnisse des Pkw-Bereichs auf das VPI-Wägungsschema und Berechnung des Kostenindex**

ADAC-Autokostenposition	Verbraucherpreisindex-Position			Kostenindex	
	COICOP-Code	COICOP-Bezeichnung	Gewicht in ‰	Methode A	Methode B
	Anschaffungskosten				
Wertverlust	CC0711110100	Neuer Pkw	23,9	93	101
	CC0711210100	Gebrauchter Pkw	5,2		
	Betriebskosten				
Kraftstoff	CC0722013100	Superbenzin, 95 Oktan	26,5	79	78
	CC0722013300	Superbenzin, 98 und mehr Oktan	1,9		
	CC0722015100	Diesel, unter 60 Cetan	8,2		
	CC0722015300	Diesel, 60 und mehr Cetan	1,0		
	CC0722017100	Autogas	0,8		
	Fixkosten				
Versicherungskosten	CC1254000100	Kfz-Versicherung	6,3	106	104
Kfz-Steuer	CC0724090100	Kfz-Steuer	5,7	68	113
	Werkstattkosten				
Inspektion/Wartung	CC0721039200	Kfz-Zubehör/Ersatzteile	2,0	112	103
	CC0723015100	Pkw-Inspektion	8,4		
	CC0721031000	Autobatterie/Zündkerzen	0,8		
Reparaturen	CC0723017000	Pkw-Reparatur	8,2	93	105
Reifenersatz	CC0721011100	Pkw-Reifen	2,8	102	99
Insgesamt	101,7			89	93

Insgesamt wird über die ADAC-Autokosten ein Anteil von 101,7 Promille, also rund 10 %, der privaten Konsumausgaben in der Abgrenzung des Verbraucherpreisindex abgedeckt. Rechnet man die Kostenindizes gewichtet zusammen, so ergibt sich bei Methode (A) ein ökologischer Kostenindex des Konsumbereichs Pkw in Höhe von 89 und bei Methode (B) in Höhe von 93. Beide Methoden zeigen also bei einem Umstieg auf umweltfreundlichere Modelle Einsparpotenziale an. Diese beruhen hauptsächlich auf geringeren Kosten für Kraftstoffe. Mehrkosten bei der Anschaffung lassen sich in relevanter Höhe nicht feststellen. Bei Methode (A) können sogar dabei Einsparungen erreicht werden, die teilweise mit besseren Wiederkaufsmöglichkeiten und teilweise durch geringere Markenwerte erklärt werden können. Bei Methode (B) liegen die Mehrkosten mit 1 % auf einem sehr niedrigen Niveau.

9

Diskussion der Methodik und Ergebnisse

Zur Einordnung der Ergebnisse wird im Folgenden auf einige Aspekte der Methodik etwas näher eingegangen. Die Kraftstoffverbrauchsangaben der Pkw stammen aus den offiziellen Angaben der Hersteller, die wiederum auf dem „Neuen europäischen Test-Fahrzyklus“ (NEFZ) beruhen. Dieser wird oft als realitätsfern bezeichnet und Tests des ADAC mit – nach eigenen Angaben – praxis-näheren Fahrzyklen ergaben deutliche Abweichungen, die je nach Fahrzeug und Antriebsart unterschiedlich hoch ausfallen. (ADAC, 2014) Da solche Angaben jedoch nicht zu jedem Pkw vorliegen, konnten nur die Werte des NEFZ verwendet werden. Die Problematik wird potenziell dadurch entschärft, dass für den Kostenvergleich nicht die Absolutwerte der Kraftstoffverbräuche, sondern deren Verhältnisse (konventionell/ökologisch) zueinander verwendet werden. Sollten nämlich durchschnittlich prozentual gleich große Fehler auftreten, heben sich diese bei Betrachtung des Verhältnisses insgesamt wieder auf.

Eine methodische Abweichung im Vergleich zum VPI ergibt sich durch die Verwendung des Wertverlusts statt des Kaufpreises der in einem Jahr gekauften Pkw. Letzterer wird bei der Erstellung des VPI-Wägungsschemas und bei der Ermittlung gesamtwirtschaftlicher Konsumausgaben nach international vorgegebenen Konzepten berücksichtigt. Damit wird einem möglichst aussagekräftigen Vergleich der für die Haushalte auftretenden Kosten eine höhere Priorität zugeordnet als der methodischen Konsistenz mit dem VPI. Allerdings entsteht dadurch das Problem, dass der entsprechende Ausgabenanteil des VPI-Wägungsschemas nicht mit der verwendeten Methodik übereinstimmt. Inwiefern hier noch eine Anpassung des Wägungsschemas für die vorliegenden Untersuchungen sinnvoll wäre, muss noch untersucht werden. Eine alternative Berechnung, bei der statt der Wertverluste die Kaufpreise (einschließlich laut ADAC klassenüblicher Ausstattung) verwendet wurden, zeigt im Ergebnis relativ geringe Unterschiede: Bei Methode (A) liegt der Kostenindex des Kaufpreises mit 94 leicht höher als der des Wertverlustes, der 93 betrug (siehe Tabelle 3). Bei Methode (B) steigt der Kostenindex von 101 (Wertverlust) auf 104 (Kaufpreis). Für den Pkw-Bereich insgesamt führt die geänderte Berechnungsmethode über den Kaufpreis statt über den Wertverlust bei Methode (A) zu einer Erhöhung des Kostenindex von 89 auf 90 und bei Methode (B) von 93 auf 94. Die Abweichungen in der vorliegenden Untersuchung vom Ausgabenkonzept des VPI beeinflussen damit die Ergebnisse nach den bisher vorliegenden Erkenntnissen nicht entscheidend.

Zudem stellt sich die Frage, ob die jeweils drei je Segment verglichenen Pkw den diversifizierten Pkw-Markt repräsentativ abbilden. Dem kann entgegengehalten werden, dass die ausgewählten 27 meistzugelassenen, konventionellen Pkw-Modelle laut den Daten des Kraftfahrt-Bundesamtes im Jahr 2013 gut 40 % der gesamten Neuzulassungen abdecken. (KBA, 2014) Allerdings werden bei den Pkw-Modellen jeweils nur die Einstiegermodelle [Methode (A)] beziehungsweise die meistverkauften Modelle [Methode (B)] betrachtet, was die Repräsentativität wieder einschränkt. Diesbezüglich wird die Hypothese aufgestellt, dass die relativen Unterschiede auch bei der Wahl anderer, jeweils vergleichbarer, Ausstattungen nicht substantiell von den Unterschieden bei den Einstiegermodellen beziehungsweise meistverkauften und umweltfreundlichsten Ausstattungen abweichen.

Als weitere Einschränkung ist hinzuzufügen, dass die Ergebnisse unter den Standardeinstellungen der ADAC-Autodatenbank erstellt wurden und somit im engeren Sinne nur für diese gelten. Diese sehen eine Haltedauer des neugekauften Pkw von vier Jahren und eine jährliche Fahrleistung von 15 000 km vor. Die Entscheidungen, ob ein Neu- oder Gebrauchtwagen gekauft wird und die Länge der Haltedauer, haben Auswirkungen auf den Wertverlust. Auch in diesem Fall wird die Einschränkung durch die Tatsache relativiert, dass die Verhältnisse und nicht die Absolutwerte das Ergebnis des Kostenvergleiches darstellen. Die jährliche Fahrleistung von 15 000 km entspricht etwa der durchschnittlichen jährlichen Fahrleistung in Deutschland, die bei Pkw im Jahr 2012 bei 14 000 km lag. (Kunert/Radke, 2013) Geringe Fahrleistungen führen zu einer Erhöhung der Relevanz der Fixkosten und zu einer Verminderung der Relevanz der variablen Kosten, die hauptsächlich aus den Kraftstoffkosten bestehen. Da die ökologischen Alternativen kraftstoffsparender sind, verschiebt sich der Kostenvergleich bei geringeren Fahrleistungen zulasten der ökologischen Alternativen; dagegen fällt er bei höheren Fahrleistungen positiver aus. Zudem wird von der Fahrleistung beeinflusst, wie stark der im Vergleich zu Benzin geringere Kraftstoffpreis von Diesel ins Gewicht fällt: Je höher die Fahrleistung, desto mehr lohnt sich ein Umstieg auf Dieselfahrzeuge. Da hier jedoch zunächst nur ein durchschnittliches Konsummuster betrachtet wird, wurden fahrleistungsspezifische Analysen noch nicht durchgeführt. Unterschiede sind aber auf jeden Fall zu erwarten.

10

Fazit


Die Auswertungen ergaben für den durchschnittlichen Pkw-Fahrer, dass durch den Kauf umweltfreundlicherer Pkw im Vergleich zu den meistverkauften Pkw eine deutliche Reduzierung der Umweltwirkungen möglich ist. Bei Methode (B) konnten die CO₂-Emissionen um 13 % reduziert und das EcoRating um 16 % erhöht werden. Bei Methode (A) lagen die CO₂-Einsparungen sogar bei 20 % und die Erhöhung des EcoRatings bei 36 %. Gleichzeitig ist dieser Umstieg nicht etwa mit höheren Kosten, sondern sogar mit Einsparungen verbunden. Die deutlich geringeren Betriebskosten führen bei Methode (B)

zu Kosteneinsparungen in Höhe von 7 %. Bei Methode (A) können, ausgelöst durch geringere Markenwerte, sogar 11 % eingespart werden. Dies deckt sich mit dem bereits im Lebensmittelbereich festgestellten Ergebnis, dass durch eine Akzeptanz niedrigerer Markenwerte deutliche Einsparungen möglich sind. (Haubach/Held, 2015)

Allerdings gelten diese Berechnungen nur unter den für durchschnittliche Pkw-Fahrer getroffenen Annahmen. Im Pkw-Bereich sind jedoch sowohl das Fahr- als auch das Einkaufsverhalten äußerst heterogen. Eine nach weiteren (zum Beispiel sozioökonomischen) Variablen differenzierte Analyse könnte deswegen zu deutlich abweichenden Ergebnissen führen und wertvolle zusätzliche Informationen liefern. Ausgangspunkt dafür können zum Beispiel einkommensspezifische Wägungsschemata sein, die bereits zur Berechnung einkommensspezifischer Inflationsraten eingesetzt wurden. (Held, 2014) Außerdem müssen die durch die Steigerung der Kraftstoffverbrauchseffizienz induzierten Reboundeffekte berücksichtigt werden. Durch Reboundeffekte, wie zum Beispiel die Zunahme der gefahrenen Kilometer bei gesunkenen spezifischen Kraftstoffkosten, geht ein Teil des Effizienzgewinns wieder verloren. So wird der durchschnittliche Reboundeffekt des privaten Pkw-Verkehrs in Deutschland mit 57 % bis 62 % angegeben. (Frondele und andere, 2012)

In diesem Beitrag werden außerdem ausschließlich die Unterschiede bei Kosten und Umweltwirkungen zwischen möglichst gleichwertigen (bezüglich Segment und Motorisierung) umweltfreundlicheren und konventionellen Pkw betrachtet. Die Reduktion der Umweltwirkungen bei der Wahl des umweltfreundlicheren Pkw sind zwar bereits unter diesen Prämissen durchaus beachtlich (– 20 % CO₂, + 36 % beim Eco-Rating). Dies allein reicht allerdings nicht aus, um von einem nachhaltigen Mobilitätsverhalten sprechen zu können. Dafür sind weitere Verhaltensänderungen nötig, wie beispielsweise die Akzeptanz eines anderen Pkw-Segments (zum Beispiel ein Wechsel von „SUV“ zu „Kompaktklasse“) oder eine niedrigere Motorisierung. Des Weiteren führt eine erhöhte Fahrzeugauslastung zu einer deutlichen Reduktion der spezifischen CO₂-Emission je Personenkilometer. (Borken-Kleefeld, 2013) Hier besteht ein großes Verbesserungspotenzial: Nach Ergebnissen der Befragung „Mobilität in Deutschland 2008“ lag der Besetzungsgrad auf allen mit dem Pkw zurückgeleg-

ten Wegen durchschnittlich bei 1,5 Personen, auf dem Weg zur Arbeit sogar nur bei 1,1 Personen. (Follmer und andere, 2010) Weiterhin könnte die Nutzung von Carsharing-Angeboten Einsparungen durch höhere Auslastungsquoten vor allem auf der Produktionsseite und beim Parkraum ermöglichen.

Über diese Verhaltensänderungen innerhalb des Bereichs des motorisierten Individualverkehrs hinaus wird sich der Modal Split insgesamt ändern müssen, um den Anforderungen einer nachhaltigen Mobilität gerecht zu werden. Dies schließt eine Verschiebung weg vom motorisierten Individualverkehr hin zu öffentlichen Verkehrsmitteln und zum nicht motorisierten Individualverkehr mit Fahrrädern oder zu Fuß mit ein. Welche Kosten- und Umweltwirkungen solche Verhaltensänderungen mit sich bringen, soll im weiteren Verlauf des Projekts untersucht werden. Modellberechnungen bezüglich der Umweltwirkungen zeigen dabei beispielsweise, dass sich mit einer Kombination aus verschiedenen Verhaltensänderungen global 50 % der CO₂-Emissionen des Verkehrsbereichs reduzieren ließen. (Girod und andere, 2013) 

LITERATURVERZEICHNIS

Aamaas, Borgar/Borken-Kleefeld, Jens/Peters, Glen P. *The climate impact of travel behavior: A German case study with illustrative mitigation options*. In: Environmental Science & Policy. Ausgabe 33. Oslo/Laxenburg 2013, Seite 273 ff.

Allgemeiner Deutscher Automobilclub e. V. (ADAC) (Herausgeber). *ADAC-Autokosten 2013 – Kostenübersicht für über 1.800 aktuelle Neuwagenmodelle*. München 2013 [Zugriff am 20. Januar 2014]. Verfügbar unter: www.adac.de, Suchbegriff: Autodaten.

Allgemeiner Deutscher Automobilclub e. V. (ADAC) (Herausgeber). *Zu optimistische Herstellerangaben ans Licht gebracht*. München 2014 [Zugriff am 12. November 2014]. Verfügbar unter: www.adac.de

Borken-Kleefeld, Jens/Fuglestad, Jan/Berntsen, Terje. *Mode, Load, And Specific Climate Impact from Passenger Trips*. In: Environmental Science & Technology. Jahrgang 47. Ausgabe 14. Oslo/Laxenburg 2013, Seite 7608 ff.

European Environment Agency (EEA) (Herausgeber). *Consumption and the environment (SOER 2010)*. Update 2012. Kopenhagen 2012. Seite 15.

Follmer, Robert/Gruschwitz, Dana/Jesske, Birgit/Quandt, Sylvia. *Mobilität in Deutschland 2008: Ergebnisbericht: Struktur – Aufkommen – Emissionen – Trends*. Infas (Institut für angewandte Sozialwissenschaft GmbH)/DLR (Deutsches Zentrum für Luft- und Raumfahrt e. V., Institut für Verkehrsforschung). Bonn/Berlin 2010, Seite 91.

Fronzel, Manuel/Ritter, Nolan/Vance, Colin. *Heterogeneity in the rebound effect: Further evidence for Germany*. In: Energy Economics. Jahrgang 34. Ausgabe 2/2012, Seite 461 ff.

Girod, Bastien/van Vuuren, Detlef P./de Vries, Bert. *Influence of travel behavior on global CO₂ emissions*. In: Transportation Research Part A: Policy and Practice. Jahrgang 50. 2013, Seite 183 ff.

Haubach, Christian/Held, Benjamin. *Ist ökologischer Konsum teurer? Ein warenkorb-basierter Vergleich*. In: WISTA Wirtschaft und Statistik. Ausgabe 1/2015, Seite 41 ff.

Held, Benjamin. *Sind ärmere Haushalte stärker von Inflation betroffen? Eine äquivalenzeinkommensspezifische Analyse*. In: Wirtschaft und Statistik. Ausgabe 11/2014, Seite 680 ff.

Kraftfahrt-Bundesamt (KBA) (Herausgeber). *Neuzulassungen von Personenkraftwagen im Dezember 2013 nach Segmenten und Modellreihen (FZ11)*. Flensburg 2014.

Kunert, Uwe/Radke, Sabine. *Nachfrageentwicklung und Kraftstoffeinsatz im Straßenverkehr: alternative Antriebe kommen nur schwer in Fahrt*. In: DIW Wochenbericht. Berlin 2013. Nr. 50, Seite 13 ff.

Potoglou, Dimitris/Kanaroglou, Pavlos S. *Household demand and willingness to pay for clean vehicles*. In: Transportation Research Part D: Transport and Environment. Jahrgang 12. Ausgabe 4/2007, Seite 264 ff.

LITERATURVERZEICHNIS

Statistisches Bundesamt (Herausgeber). *Wägungsschema für das Basisjahr 2010*. Fachserie 17 „Preise“, Reihe 7 „Verbraucherpreisindex für Deutschland“. Wiesbaden 2013.

Verkehrsclub der Schweiz (VCS) (Herausgeber). *Umweltbewertungssystem Auto-Umweltliste*. Bern 2013.

Verkehrsclub der Schweiz (VCS) (Herausgeber). *Interaktive Auto-Umweltliste. Personenwagendatenbank*. Stand: 29. Oktober 2013. Bern 2014. [Zugriff am 8. Mai 2015]. Verfügbar unter: www.verkehrsclub.ch

Zachariadis, Theodoros. *Assessing policies towards sustainable transport in Europe: an integrated model*. In: Energy Policy. Jahrgang 33. Ausgabe 12/2005, Seite 1509 ff.

DEMOGRAFISCHER WANDEL UND VERTIKALISIERUNG VON VERWANDTSCHAFTSBEZIEHUNGEN

Dr. Christian Dudel

➤ **Schlüsselwörter:** Verwandtschaft – Demografie – Vertikalisierung –
demografischer Wandel – geteilte Lebenszeit

ZUSAMMENFASSUNG

Aufgrund des demografischen Wandels wird in der Fachliteratur häufig eine Vertikalisierung von Verwandtschaftsstrukturen erwartet: Das heißt, dass infolge steigender Lebenserwartung aufeinander folgende Generationen länger zeitgleich miteinander leben, während die Zahl an Verwandten insgesamt wegen niedriger Geburtenzahlen abnimmt. Das Phänomen der Vertikalisierung ist allerdings nicht unumstritten. Der vorliegende Beitrag geht der Frage nach, inwieweit für Deutschland mit einer Vertikalisierung zu rechnen ist. Es wird ein Modell vorgestellt, über das sich Größen wie die geteilte Lebenszeit von Generationen herleiten lassen. Dieses Modell wird mit einem Vorausberechnungsansatz verknüpft, der die Unsicherheit der künftigen demografischen Entwicklung berücksichtigt. Daneben wird die Fertilität von Männern beleuchtet. Insgesamt zeigt sich, dass nicht von einer künftigen Vertikalisierung auszugehen ist.

➤ **Keywords:** *family relationships – demography – verticalization – demographic change – joint lifetimes*

ABSTRACT

According to scientific literature, demographic change is expected to lead to increasingly vertical family structures. As a result of growing life expectancy, the joint lifetime of multigenerational families is on the increase, while the total number of relatives decreases due to low birth rates. However, that phenomenon which is called verticalization is not without controversy. This article explores to what degree Germany has to expect such a verticalization. A model to be used for deriving measures such as joint lifetime of family generations is presented. This model will be linked with a forecasting approach which takes the uncertainty of future demographic trends into account. In addition, male fertility is investigated. Overall, it becomes evident that we cannot expect a future verticalization of family structures.



Dr. Christian Dudel

ist wissenschaftlicher Mitarbeiter an der Ruhr-Universität Bochum. Für seine Dissertation zum Thema „Vorausberechnung von Verwandtschaft. Nichtparametrisch-stochastische Vorausberechnung linearer Verwandtschaft“ wurde er mit dem Gerhard-Fürst-Preis 2014 in der Kategorie „Dissertationen“ ausgezeichnet.

1

Einleitung

Seit den 1950er-Jahren ist die Lebenserwartung in Deutschland kontinuierlich gestiegen. Eine Folge davon ist, dass die geteilte Lebenszeit von Generationen zunimmt: Eltern und Kinder und Großeltern und Enkelkinder leben länger zeitgleich miteinander. In Kombination mit geringen Geburtenzahlen führt dies zu einem Phänomen, das in der soziologischen Forschung Vertikalisierung genannt wird: Durch die geringen Geburtenzahlen nimmt die Zahl der Nachfahren und der Verwandtschaft in Seitenarmen (Geschwister, Onkel, Tanten und so weiter) ab, während die Zahl zeitgleich lebender Vorfahren zunimmt. Für die Zukunft wird oft davon ausgegangen, dass sich dieser Trend fortsetzt und damit einhergehend Beziehungen zwischen den Generationen an Bedeutung gewinnen werden. (Bengtson, 2001)

Das Phänomen der Vertikalisierung ist allerdings nicht unumstritten. Es gibt kaum wissenschaftliche Untersuchungen zur bisherigen Entwicklung von Verwandtschaftsstrukturen. Zwar kann der Anstieg der geteilten Lebenszeit für Deutschland als belegt gelten (Lauterbach 1995, 2002), allerdings lässt sich die in der Literatur zu findende Vermutung, dass Vier- und Fünf-Generationen-Familien an Bedeutung gewonnen haben, nicht durch empirische Daten bestätigen. (Puur und andere, 2011) Ferner zeigt sich in Untersuchungen für andere Länder, dass es nicht eine klare, lineare Entwicklung hin zur Vertikalisierung gibt, sondern vielmehr ein Auf und Ab. (Post und andere, 1997)

Auch für die künftige Entwicklung ist der Einfluss des demografischen Wandels nicht leicht abzuschätzen. Beispielsweise wird zwar allgemein von einem weiteren Anstieg der Lebenserwartung ausgegangen, der mit einer Zunahme der geteilten Lebenszeit von Generationen einhergehen könnte. Würde aber zugleich das Alter von Eltern bei der Geburt ihrer Kinder zunehmen, könnte dies einen gegenläufigen Effekt haben. Großeltern würden so aufgrund der steigenden Lebenserwartung zwar länger leben, die Geburt ihrer Enkelkinder würde zugleich aber zu einem späteren Zeitpunkt in ihrem Leben stattfinden. Wie sich diese entgegengesetzten Effekte auf die geteilte Lebenszeit insgesamt auswirken und welcher Effekt überwiegt, lässt sich nicht ohne Weiteres bestimmen. (Uhlenberg, 2005)

Bisher gibt es kaum demografische Vorausberechnungen, die sich mit diesem Thema befassen. Berechnungen von Grünheid und Scharein (2011) deuten allerdings darauf hin, dass sich bei der geteilten Lebenszeit die oben genannten Effekte gegenseitig aufheben werden. Im vorliegenden Artikel werden Vorausberechnungen bis zum Jahr 2060 vorgestellt, die eine Einschätzung erlauben, ob es in Zukunft zu einer weitergehenden Vertikalisierung kommt. Insbesondere werden auch Ergebnisse präsentiert, für die Informationen zur Fertilität von Männern benötigt werden. Diese konnten aus Auswertungen amtlicher Daten am Forschungsdatenzentrum der Statistischen Landesämter gewonnen werden.

Das folgende zweite Kapitel skizziert den Modellierungsansatz, auf dem die Vorausberechnungen basieren. Das dritte Kapitel beschreibt, wie die Auswertungen zur Fertilität von Männern durchgeführt wurden. Das vierte Kapitel schildert weitere Methoden. Ergebnisse der Auswertungen werden im fünften Kapitel vorgestellt. Genauer werden zuerst Resultate zur Zahl der Nachfahren präsentiert und anschließend Auswertungen zur geteilten Lebenszeit mit Großeltern. Eine vollständige Darstellung aller Methoden, Daten und Ergebnisse findet sich bei Dudel (2014).

2

Modellierungsansatz

Der zur Modellierung von Verwandtschaft verwendete Ansatz basiert auf einem speziellen mathematischen Modell, dem sogenannten diskreten Multityp-Galton-Watson-Prozess. (Harris, 1963) Aus diesem lassen sich Gleichungen zur Ermittlung der Zahl lebender Verwandter herleiten, die von Geburten- und Sterberaten ausgehen und einer einfachen Buchführungslogik folgen. Es wurden Gleichungen für Kinder, Enkelkinder, Eltern und Großeltern hergeleitet. Es kann jeweils noch nach Geschlecht differenziert werden und beispielsweise weibliche Enkelkinder von Männern oder die Großmutter väterlicherseits betrachtet werden.

Als Beispiel sei zunächst die durchschnittliche Anzahl lebender Töchter betrachtet, die Frauen im Alter haben. Diese kann berechnet werden als

$$(1) T(A) = \sum_{i=A}^{A-1} F_i^w P_{A-i-1}^w.$$

Dabei ist α das erste Alter der sogenannten reproduktiven Phase und erfasst das jüngste Alter, ab dem Geburten auftreten. F_i^w ist etwas verkürzt dargestellt die Geburtenrate von Frauen im Alter i und P_{A-i-1}^w erfasst die Wahrscheinlichkeit, dass Frauen von der Geburt bis zum Alter $A-i-1$ überleben.

Dadurch, dass die Summenbildung über die Alter von α bis $A-i$ erfolgt, werden die bisherigen Alter der Frauen durchgegangen und für jedes Alter geschaut, wie hoch die Zahl der zu erwartenden Geburten ist. Gleichzeitig wird berücksichtigt, dass die Töchter überleben müssen, bis die Frauen im Alter A sind; etwaige Sterbefälle werden durch die Verwendung der Überlebenswahrscheinlichkeit herausgerechnet. Es werden im Wesentlichen also der angesprochenen Buchführungslogik folgend Zu- und Abgänge betrachtet.

Für andere Verwandte lassen sich ähnliche Gleichungen herleiten, so auch für lebende Vorfahren. Beispielsweise ergibt sich die Wahrscheinlichkeit dafür, dass die Mutter einer Person im Alter A noch lebt, über

$$(2) M(A) = \sum_{i=\alpha}^{\beta} W_i^w \frac{P_{i+A+1}^w}{P_i^w}.$$

W_i^w erfasst die Wahrscheinlichkeit, dass die Mutter bei der Geburt der betrachteten Person im Alter i war. Durch den Bruch wird berücksichtigt, dass die Mutter überleben muss, bis die Person im Alter A ist. β ist das letzte Alter der reproduktiven Phase. Die zugrunde liegende Logik ist somit auch hier wieder relativ einfach: Es wird betrachtet, wie alt die Mutter der Person bei der Geburt wahrscheinlich war und in Abhängigkeit davon ermittelt, ob sie bereits gestorben ist.

Die Wahrscheinlichkeiten für lebende Großeltern lassen sich auf ähnliche Weise herleiten. Diese Wahrscheinlichkeiten können anschließend genutzt werden, um die geteilte Lebenszeit von Generationen zu ermitteln. Entsprechende Ergebnisse sowie Ergebnisse zur durchschnittlichen Kinderzahl werden im Folgenden vorgestellt. Die für die Berechnungen benötigten Geburten- und Sterberaten werden überwiegend fertig aufbereitet von der amtlichen Statistik zur Verfügung gestellt. Allerdings liegen keine Informationen über die Altersverteilung von Männern bei der Geburt ihrer Kinder vor.

3

Fertilität von Männern

Um die Altersverteilung von Vätern bei der Geburt ihrer Kinder zu ermitteln, wurde auf die Statistik der Geburten zurückgegriffen. Hierbei handelt es sich um eine jährliche Vollerhebung aller standesamtlich registrierten Geburten in Deutschland. Diese Daten weisen eine hohe Zuverlässigkeit auf. (Statistisches Bundesamt, 2010; Sebald, 2008) Für die Auswertungen standen die Daten der Jahre 1995, 2000, 2006, 2007 und 2008 zur Verfügung.

Für jede Geburt liegen Informationen zum Alter der Mutter vor. Angaben zum Alter des Vaters sind nur bei ehelichen Geburten verpflichtend. Bei nichtehelichen Geburten wurde das Alter des Vaters vor dem Jahr 2000 grundsätzlich nicht erhoben. Seit dem Jahr 2000 sind entsprechende Angaben freiwillig möglich. Hierdurch fehlen bei manchen nichtehelichen Geburten Angaben zum Vater.

Bei der Auswertung der Daten wurde zunächst drei Fragen nachgegangen, um zu entscheiden, wie die Altersverteilung am besten ermittelt werden kann. Als Erstes wurde untersucht, inwieweit das Vorliegen fehlender Werte kompensiert werden muss. Des Weiteren wurde analysiert, ob die Daten der oben genannten Jahre einen Trend aufweisen oder die Altersverteilung konstant ist. Schließlich erfolgten Auswertungen der Daten getrennt nach West- und Ostdeutschland, um mögliche regionale Differenzen aufdecken zu können. Aus Datenschutzgründen wurden zunächst alle Altersangaben für unter 16-Jährige in einer Kategorie von 15 und weniger Lebensjahren zusammengefasst. Bei Frauen wurden zudem Geburten ab einem Alter von 50 und mehr Jahren in einer Kategorie zusammengefasst, bei Männern wurde zunächst eine höchste Kategorie von 80 und mehr Jahren verwendet.

Bei den Analysen zu fehlenden Werten zeigte sich, dass diese unproblematisch sind. Für einen Großteil der Geburten liegen Angaben zum Alter des Vaters vor. Lediglich bei Geburten, bei denen die Mutter vergleichsweise jung war (beispielsweise 15 Jahre), fehlt ein relativ großer Anteil der Angaben. Diese Geburten fallen allerdings quantitativ kaum ins Gewicht. Werden fehlende Werte imputiert, ändern sich die Ergebnisse zum Alter der Männer bei der Geburt ihrer Kinder kaum.

Vergleicht man die Daten der einzelnen Jahre, so zeigt sich beim durchschnittlichen Alter der Väter bei der Geburt eines Kindes ein Anstieg. Im selben Zeitraum ist zugleich auch das Alter der Mütter gestiegen und der bei Männern festzustellende Anstieg verläuft relativ analog. Im gesamten Zeitraum sind Männer bei der Geburt eines Kindes durchschnittlich drei bis vier Jahre älter als Frauen. Zumindest diese Altersdifferenz ist somit relativ stabil. Beim Vergleich zwischen West und Ost zeigen sich ähnliche Ergebnisse. Väter in den neuen Bundesländern sind zwar tendenziell jünger als Väter im früheren Bundesgebiet, allerdings sind die Altersdifferenzen zwischen Vätern und Müttern im Westen etwa genauso hoch wie im Osten und betragen wieder drei bis vier Jahre.

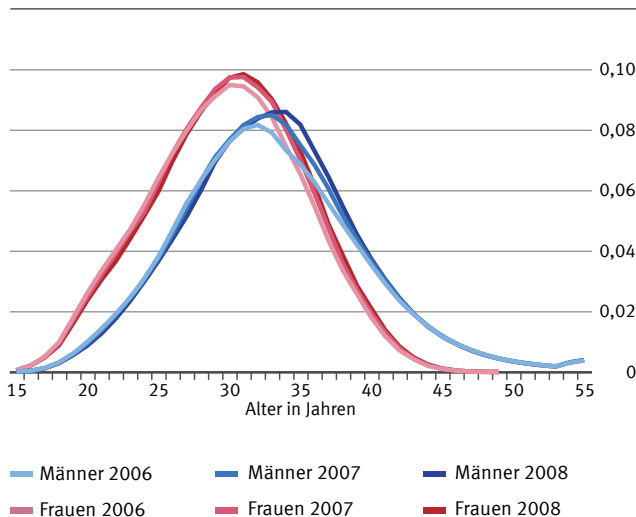
Insgesamt können also die für Frauen aus der Literatur bekannten Ergebnisse zur Entwicklung des Alters bei der Geburt eines Kindes und zu Unterschieden zwischen West und Ost einfach auf Männer übertragen und um die Altersdifferenz korrigiert werden. Dies entspricht im Wesentlichen auch dem letztlich gewählten Vorgehen zur Ermittlung der Altersverteilung von Vätern: Es wird immer von der Altersverteilung von Müttern ausgegangen und die aus der Statistik der Geburten ermittelten Altersdifferenzen werden mit dieser kombiniert, um die Altersverteilung der Väter zu erhalten.

Zur Weiterverwendung wurden die Daten abschließend nochmals stärker zusammengefasst und geglättet. Da Geburten in vergleichsweise hohen Altersjahren eher selten sind, wurden Geburten, bei denen die Väter 55 Jahre oder älter sind, in einer Kategorie zusammengefasst. Die Glättung erfolgte, da an den Rändern des resultierenden Altersbereiches von 15 bis 55 Jahren nur relativ wenige Geburten auftreten und die Fallzahlen von Jahr zu Jahr stark schwanken.

Als ein Beispiel für Ergebnisse, die sich aus den so gewonnenen Altersverteilungen der Väter ableiten lassen, enthält Grafik 1 altersspezifische Geburtenraten für Männer für die Jahre 2006 bis 2008. Ebenfalls dargestellt sind die entsprechenden altersspezifischen Geburtenraten für Frauen, sodass ein einfacher Vergleich möglich ist. ➤ Grafik 1

Im Wesentlichen ist zu erkennen, dass die Geburtenraten der Männer ähnlich regelmäßig verlaufen wie die der Frauen. Ferner lässt sich erkennen, dass die Fertilität von Männern insgesamt geringer ist als die der Frauen: Die zusammengefasste Geburtenziffer (berechnet als die

Grafik 1
Altersspezifische Geburtenraten



Quelle: Statistik der Geburten; eigene Berechnung/Darstellung

2015 - 01 - 0421

Summe über alle altersspezifischen Geburtenraten) ist für Männer in allen betrachteten Jahren niedriger. Ursache hierfür ist, dass die männliche Bevölkerung in der reproduktiven Phase größer ist als die weibliche Bevölkerung. Hierdurch wird die gleiche Zahl an Geburten auf mehr Personen verteilt. Ansonsten erstreckt sich die Fertilität über einen längeren Zeitraum und das Maximum der Geburtenraten wird drei bis vier Jahre später erreicht als bei Frauen. Nach dem Maximum fallen die Geburtenraten ähnlich schnell ab wie bei Frauen und etwa ab dem Alter 45 sind die Geburtenraten relativ niedrig.

4

Vorausberechnungsmethodik

Mit den Resultaten aus der Statistik der Geburten liegen alle Angaben vor, um über das im zweiten Kapitel beschriebene Modell Ergebnisse für die Gegenwart zu berechnen. Um Ergebnisse für in der Zukunft liegende Jahre zu ermitteln, werden für diese zunächst Vorausberechnungen der Modellbestandteile benötigt. Diese Vorausberechnungen wurden über einen sogenannten Resampling-Ansatz durchgeführt, der von Keyfitz (1985, 1989) vorgeschlagen und von Denton und anderen (2005) weiterentwickelt wurde. Dabei handelt es sich um einen probabilistischen Vorausberechnungsansatz,

der eine Einschätzung darüber erlaubt, wie wahrscheinlich bestimmte demografische Entwicklungen auftreten werden. (Lee, 1998)

Die Grundidee des Ansatzes lässt sich am Beispiel der Lebenserwartung wie folgt skizzieren: Für die Entwicklung der Lebenserwartung liegen seit den 1950er-Jahren Daten für Männer und Frauen und West- und Ostdeutschland vor. Vorausberechnet werden soll nun die Lebenserwartung westdeutscher Frauen. Hierfür werden zunächst für die historisch beobachtete Zeitreihe Differenzen zwischen den einzelnen Jahren gebildet – beispielsweise die Differenz zwischen den Lebenserwartungen der Jahre 1960 und 1961, die Differenz zwischen den Jahren 1961 und 1962 und so fort. Aus der resultierenden Reihe der Differenzen wird zufällig ein Wert gezogen. Dieser wird zum letzten beobachteten Wert des Jahres 2008 hinzuaddiert, um den Wert des Jahres 2009 zu erhalten. Im Anschluss wird nun abermals zufällig aus den historischen Differenzen ausgewählt und die gezogene Differenz an den Wert des Jahres 2009 angelegt, um den Wert des Jahres 2010 zu erhalten. Dieses Vorgehen wird so lange wiederholt, bis das letzte Jahr der Vorausberechnung erreicht ist.

Am Ende dieses Prozesses steht somit ein simulierter Entwicklungsverlauf der künftigen Entwicklung der Lebenserwartung westdeutscher Frauen. Das Vorgehen kann erneut angewendet werden, um eine Vielzahl weiterer Entwicklungsverläufe zufällig zu erzeugen. Im Anschluss können die Entwicklungsverläufe zusammengefasst ausgewertet werden und ermöglichen einen Eindruck, wie wahrscheinlich bestimmte künftige Entwicklungen sind. Beispielsweise können die durchschnittliche Entwicklung und die Schwankungsbreite der Ergebnisse um die durchschnittliche Entwicklung betrachtet werden. Ist letztere eher gering, so ist die durchschnittliche Entwicklung als sehr wahrscheinlich anzusehen. Ist die Schwankungsbreite hingegen hoch, so liegt große Unsicherheit bezüglich der künftigen Entwicklung vor.

Das beschriebene Vorgehen wurde getrennt nach Geschlecht und West- und Ostdeutschland für Fertilität und Mortalität angewendet und jeweils 1 000 Entwicklungspfade simuliert. Für jeden Entwicklungspfad kann dann anschließend die Entwicklung von interessierenden Größen, wie beispielsweise die geteilte Lebenszeit, hergeleitet werden.

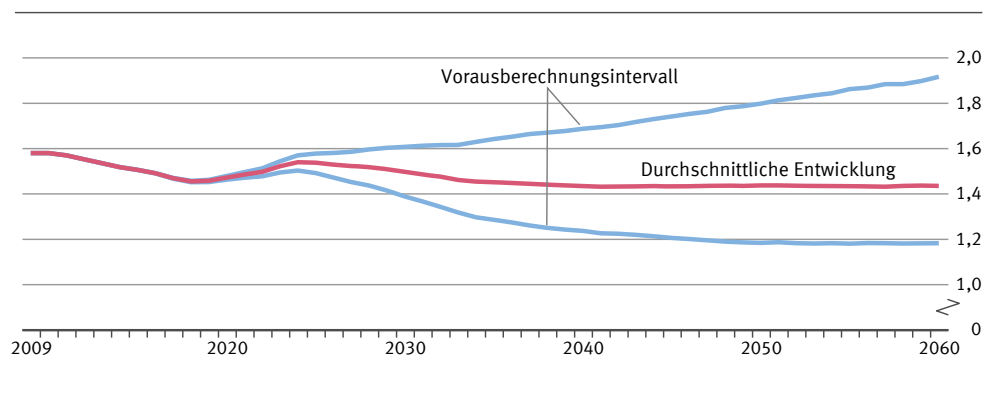
5

Ergebnisse

Um aufzuzeigen, ob in Zukunft von einer (weitergehenden) Vertikalisierung auszugehen ist, werden im Weiteren zwei Resultate der Vorausberechnungen exemplarisch aufgegriffen, die sich jeweils auf einen Teil der Vertikalisierungshypothese beziehen.

Ergebnisse, die sich auf die Zahl der Nachfahren beziehen, enthält Grafik 2. Diese zeigt für den Zeitraum von 2009 bis 2060 die durchschnittliche Kinderzahl westdeutscher Frauen im Alter von 50 Jahren, also von Frauen am Ende der reproduktiven Phase. Die rote Linie gibt die durchschnittliche Entwicklungstendenz wieder. Der Bereich, der zwischen den blauen Linien liegt, deckt 90 % der simulierten künftigen Entwicklungspfade ab. In diesem Bereich, der im Weiteren als Vorausberechnungsintervall bezeichnet wird, wird die künftige Entwicklung also mit großer Wahrscheinlichkeit liegen. [↗ Grafik 2](#)

Grafik 2
Durchschnittliche Kinderzahl von 50-jährigen Frauen
Früheres Bundesgebiet



Eigene Berechnung/Darstellung

2015 - 01 - 0422

Für das Jahr 2009 liegt die durchschnittliche Kinderzahl bei etwas unter 1,6 und die durchschnittliche Entwicklung und das Vorausberechnungsintervall sind quasi identisch. Dies gilt auch für die folgenden Jahre bis etwa 2020. Erst ab diesem Jahr gehen durchschnittliche Entwicklung und Vorausberechnungsintervall merklich auseinander. Ursache hierfür ist, dass Frauen, die in diesen Jahren 50 Jahre alt sind, bereits heute nur noch wenige Kinder bekommen. Beispielsweise sind Frauen, die im Jahr 2020 50 Jahre alt sind, im Jahr 2009 39 Jahre alt. In den noch folgenden Jahren und Altern treten nur vergleichsweise wenige Geburten auf, sodass die Zahl ihrer Kinder insgesamt bereits relativ genau bekannt ist.

Für den Beginn des Vorausberechnungszeitraums zeigt sich ansonsten eine Abnahme der durchschnittlichen Kinderzahl bis zum Jahr 2018. Hierauf steigt die durchschnittliche Kinderzahl allerdings bis zum Jahr 2024 wieder an. Spätestens ab dem Jahr 2030 wird das Vorausberechnungsintervall so breit, dass keine sicheren Aussagen mehr über die künftige Entwicklung möglich scheinen. Insgesamt ist für die Zukunft also nicht unbedingt von einer weiteren linearen Abnahme der Fertilität auszugehen und zumindest mittel- bis langfristig lässt sich Fertilität kaum vorhersagen.

Ergebnisse zur geteilten Lebenszeit von Generationen finden sich in Tabelle 1. Eingetragen ist die durchschnittliche geteilte Lebenszeit mit der Großmutter mütterlicherseits in den ersten 20 Lebensjahren, zum einen für das frühere Bundesgebiet und zum anderen für die neuen Länder. Die geteilte Lebenszeit bezieht sich einmal auf den Zeitraum von 2009 bis 2029 und damit auf die Gegenwart beziehungsweise die nähere Zukunft. Zudem sind Resultate für den Zeitraum von 2040 bis

2060 eingetragen, die sich somit auf einen weiter in der Zukunft liegenden Zeitraum beziehen. Die Länge der Zeiträume ergibt sich daraus, dass die ersten 20 Lebensjahre betrachtet werden sollen. Die Jahre 2009 und 2040 beziehen sich auf das Alter von 0 Jahren, die Jahre 2010 und 2041 auf das Alter 1, 2011 und 2042 auf das Alter 2 und so fort. [Tabelle 1](#)

Neben der durchschnittlichen Entwicklungstendenz ist zudem die Breite des Vorausberechnungsintervalls angegeben sowie die Differenz der durchschnittlichen Entwicklungstendenzen für den ersten und den zweiten Zeitraum. Der Zeitraum von 2009 bis 2029 umfasst zwar auch in der Zukunft liegende Jahre, allerdings ist die Breite des Vorausberechnungsintervalls recht gering. Der für den Westen resultierende Wert von 0,03 gibt beispielsweise wieder, dass mit einer Wahrscheinlichkeit von 90% die tatsächliche Entwicklung bei 16,83 Jahren plus/minus 0,03 Jahren liegt. Ähnlich verhält es sich für den Osten. Für den Zeitraum von 2040 bis 2060 ist das Vorausberechnungsintervall zwar breiter, allerdings ist die hierdurch ausgedrückte Unsicherheit immer noch sehr gering. Für Westdeutschland wird die geteilte Lebenszeit mit der Großmutter mütterlicherseits während dieses Zeitraums bei 17,19 Jahren liegen, plus/minus 0,16 Jahren.

Die Differenz der durchschnittlichen Entwicklung für die beiden Zeiträume beträgt für Westdeutschland 0,36 Jahre und ergibt sich aus 17,19 minus 16,83. Im Wesentlichen kann für Westdeutschland also erwartet werden, dass die geteilte Lebenszeit um etwa vier Monate zunimmt. Diese zu erwartende Zunahme ist somit sehr gering. Für den Osten zeigt sich sogar eine Abnahme der geteilten Lebenszeit um wenige Monate. Insgesamt kann also nicht von einem starken Anstieg der geteilten Lebenszeit ausgegangen werden.

Tabelle 1

Durchschnittliche geteilte Lebenszeit mit der Großmutter mütterlicherseits in den ersten 20 Lebensjahren

	Früheres Bundesgebiet	Neue Länder und Berlin-Ost
Jahre		
2009 bis 2029 (1)	16,83	17,87
Intervallbreite	0,06	0,04
2040 bis 2060 (2)	17,19	17,65
Intervallbreite	0,32	0,26
Differenz (2) – (1)	0,36	– 0,22


Eigene Berechnung.

6

Fazit

Es lässt sich festhalten, dass die Ergebnisse der Vorausberechnung nicht darauf hindeuten, dass es zu einer weitergehenden Vertikalisierung kommt. Die exemplarisch vorgestellten Resultate zeigen, dass die geteilte Lebenszeit von Generationen in Zukunft nicht oder nur geringfügig zunehmen wird, während die Zahl der

Nachfahren mittelfristig keine klare Entwicklungstendenz erkennen lässt, langfristig mit großer Unsicherheit behaftet ist und kaum abgeschätzt werden kann. Der in der Literatur vermutete Bedeutungszuwachs von Beziehungen zwischen den Generationen kann hierdurch zwar nicht ausgeschlossen werden, allerdings kann die demografische Entwicklung kaum als Begründung angeführt werden.

Die Ergebnisse zeigen somit zweierlei: Zum einen ist die explizite Modellierung demografischer Prozesse von großer Bedeutung, wenn es um die konkrete Abschätzung des Einflusses des demografischen Wandels auf einzelne Lebensbereiche geht. Argumentationen, die ohne solche konkreten Berechnungen auskommen, mögen zwar plausibel wirken, können aber in die Irre führen. Zum anderen kann je nach Fragestellung die Berücksichtigung der Unsicherheit der künftigen demografischen Entwicklung unabdingbar sein, wie sich am Beispiel der Zahl der Kinder zeigte. Wird lediglich eine durchschnittliche Entwicklungstendenz aufgezeigt, ohne auf die Unsicherheit einzugehen, können die Ergebnisse eine falsche Sicherheit der Resultate suggerieren. Zu vergleichbaren Einschätzungen führen auch Vorausberechnungen zum Bereich der Pflege, die ähnlich wie die im vorliegenden Text durchgeführten Vorausberechnungen vorgenommen wurden. (Dudel 2015) 

LITERATURVERZEICHNIS

Bengtson, Vern L. *Beyond the Nuclear Family: The Increasing Importance of Multi-generational Bonds*. In: Journal of Marriage and Family. Jahrgang 63. Ausgabe 1/2001, Seite 1 ff.

Denton, Frank T./Feaver, Christine H./Spencer, Byron G. *Time series analysis and stochastic forecasting: An econometric study of mortality and life expectancy*. In: Journal of Population Economics. Jahrgang 18. Ausgabe 2/2005, Seite 203 ff.

Dudel, Christian. *Vorausberechnung von Verwandtschaft. Wie sich die gemeinsame Lebenszeit von Kindern, Eltern und Großeltern zukünftig entwickelt*. Beiträge zur Bevölkerungswissenschaft, Band 45. Opladen, Berlin, Toronto 2014.

Dudel, Christian. *Vorausberechnung des Pflegepotentials von erwachsenen Kindern für ihre pflegebedürftigen Eltern*. In: Sozialer Fortschritt. Jahrgang 64. Ausgabe 1/2015, Seite 14 ff.

Grünheid, Evelyn/Scharein, Manfred G. *On Developments in the Mean Joint Lifetimes of Three- and Four-Generation Families in Western and Eastern Germany – A model Calculation*. In: Comparative Population Studies – Zeitschrift für Bevölkerungswissenschaft. Jahrgang 36. Ausgabe 1/2011, Seite 41 ff.

Harris, Theodore E. *The Theory of Branching Processes*. Berlin 1963.

Keyfitz, Nathan. *A probability representation of future population*. In: Zeitschrift für Bevölkerungswissenschaft. Jahrgang 11. Ausgabe 2/1985, Seite 179 ff.

Keyfitz, Nathan. *Measuring in Advance the Accuracy of Population Forecasts*. IIASA Working Paper WP-89-072. Laxenburg 1989.

Lauterbach, Wolfgang. *Die gemeinsame Lebenszeit von Familiengenerationen*. In: Zeitschrift für Soziologie. Jahrgang 24. Ausgabe 1/1995, Seite 22 ff.

Lauterbach, Wolfgang. *Großelternschaft und Mehrgenerationenfamilien – soziale Realität oder demographischer Mythos?* In: Zeitschrift für Gerontologie und Geriatrie. Jahrgang 35. Ausgabe 12/2002, Seite 540 ff.

Lee, Ronald D. *Probabilistic Approaches to Population Forecasting*. In: Population and Development Review. Jahrgang 24. Ergänzung: Frontiers of Population Forecasting. 1998, Seite 156 ff.

Post, Wendy/Poppel, Frans van/Imhoff, Evert van/Kruse, Ellen. *Reconstructing the extended kin-network in the Netherlands with genealogical data: Methods, problems, and results*. In: Population Studies. Jahrgang 51. Ausgabe 3/1997, Seite 263 ff.

Puur, Allan/Sakkeus, Luule/Pöldma, Asta/Herm, Anne. *Intergenerational family constellations in contemporary Europe: Evidence from the Generations and Gender Survey*. In: Demographic Research. Jahrgang 25. Artikel 4/2011, Seite 135 ff.

LITERATURVERZEICHNIS

Sebald, Esther. *Das Zwei-Geschlechter-Problem bei Bevölkerungsprojektionen*. Dissertation. Ruhr-Universität Bochum 2008.

Statistisches Bundesamt (Herausgeber). *Qualitätsbericht: Statistik der Geburten*. Wiesbaden 2010.

Uhlenberg, Peter. *Historical Forces Shaping Grandparent-Grandchild Relationships: Demography and beyond*. In: Silverstein, Merrill (Herausgeber). *Focus on Intergenerational Relations Across Time and Place*. Annual Review of Gerontology and Geriatrics. New York 2005, Seite 77 ff.



Günther Elbel

ist Diplom-Kaufmann und seit 1976 im Statistischen Bundesamt tätig.

Derzeit leitet er das Referat „Verbraucherpreise“ und ist dort insbesondere mit der Weiterentwicklung des Harmonisierten Verbraucherpreisindex befasst.

HARMONISierter VERBRAUCHER- PREISINDEX: JÄHRLICHE AKTUALISIERUNG DER GEWICHTUNG

Günther Elbel

➤ **Schlüsselwörter:** Verbraucherpreise – Verbraucherpreisindex – Harmonisierter Verbraucherpreisindex – Wägungsschema – Inflation

ZUSAMMENFASSUNG

In der deutschen Verbraucherpreisstatistik wird der Einfluss methodischer Änderungen und neuer Wägungsschemata auf die Ergebnisse der Indexberechnung ermittelt. Diese Analysen beziehen sich auf den nationalen Verbraucherpreisindex (VPI). Da die methodischen Änderungen für die Berechnung des Harmonisierten Verbraucherpreisindex (HVPI) in der Regel auf den nationalen Verbraucherpreisindex übertragen werden und umgekehrt, können die für den VPI ermittelten Ergebnisse im Grundsatz auf den HVPI übertragen werden. Das gilt jedoch nicht für die jährliche Neuberechnung des Wägungsschemas für Waren und Dienstleistungen: Diese ist seit 2012 für den HVPI verbindlich vorgeschrieben, wurde für den VPI wegen dessen Bedeutung als Kompensationsmaßstab jedoch nicht übernommen. Im vorliegenden Aufsatz wird deshalb für den HVPI überprüft, wie sich in den letzten fünf Jahren die Vorschrift einer jährlichen Neugewichtung auf die Ergebnisse ausgewirkt hat.

➤ **Keywords:** consumer prices – consumer price index – harmonised index of consumer prices – weighting scheme – inflation

ABSTRACT

In German consumer price statistics the effects of methodological changes and new weighting schemes on the results of index calculation are determined. Such analyses refer to the national Consumer Price Index (CPI). As methodological changes in the calculation of the Harmonised Index of Consumer Prices (HICP) are usually applied also to the national Consumer Price Index, and vice versa, the results of the CPI can basically be transferred to the HICP. This does not apply for the annual recalculation of the weighting scheme for goods and services which has been obligatory for the HICP since 2012. However it has not been applied to the CPI as a result of its importance as a compensation measure. This article therefore examines the effects of the annual recalculation of the weighting scheme on the HICP results over a period of five years.

1

Einleitung

Für Deutschland werden, wie in den anderen Mitgliedstaaten der Europäischen Union (EU) auch, zwei Verbraucherpreisindizes berechnet. Der nationale Verbraucherpreisindex (VPI) und der Harmonisierte Verbraucherpreisindex (HVPI) werden aus der gleichen Datenbasis berechnet, dennoch unterscheiden sich deren Ergebnisse wegen der teilweise unterschiedlichen Verwendungszwecke.

Der HVPI dient primär der Inflationsmessung und damit der Unterstützung der Politik der Europäischen Zentralbank und legt besonderen Wert auf eine internationale (insbesondere europäische) Vergleichbarkeit und eine Aggregierbarkeit zu Verbraucherpreisindizes der Europäischen Union (EU) beziehungsweise der Währungsunion. Auch der VPI wird als Maßstab für die allgemeine Teuerung genutzt, darüber hinaus wird er aber für eine Vielzahl von Preisgleitklauseln (Wertsicherungsklauseln) vor allem in privatrechtlichen Verträgen verwendet.

Die wesentlichen Unterschiede in der Berechnung von VPI und HVPI liegen in deren Erfassungsbereichen, der Periodizität der Neugewichtung und der Einführung neuer, besserer Berechnungsmethoden. (Elbel/Preißmann, 2008) Der Erfassungsbereich des VPI ist aktuell etwas größer als der Erfassungsbereich des HVPI, dort werden die Ausgaben für das selbst genutzte Wohneigentum und für Glücksspiele nicht berücksichtigt. Für den VPI wird im Abstand von jeweils fünf Jahren ein neues, sehr detailliertes Wägungsschema berechnet, für den HVPI ist eine jährliche Aktualisierung zumindest grober Strukturen des Wägungsschemas vorgeschrieben. Größere methodische Änderungen werden für den VPI immer zusammen mit der Umstellung auf ein neues Basisjahr vorgenommen, zusätzlich erfolgt im Rahmen einer Revision eine Neuberechnung von Ergebnissen der Vergangenheit (für drei Jahre) nach den neuen Methoden. Der HVPI setzt methodische Änderungen kurz nach der Beschlussfassung um und verzichtet in aller Regel auf eine Neuberechnung von Vergangenheitsdaten.

Seit Beginn des Jahres 2012 schreibt eine Verordnung zum Harmonisierten Verbraucherpreisindex¹ eine jährliche Aktualisierung der Gewichte vor. Zuvor durften sich die HVPI-Gewichte auf einen bis zu sieben Jahre alten Bezugszeitraum stützen. Eine jährliche Überprüfung dieser Gewichte war zwar vorgeschrieben, eine Aktualisierung der Gewichte musste jedoch nur erfolgen, wenn daraus „eine Änderung des HVPI im Jahresdurchschnitt gegenüber dem vergangenen Jahr um mehr als 0,1 Prozentpunkt“² zu erwarten gewesen wäre. Für den deutschen HVPI war ein solcher Fall nie eingetreten.

Nach der seit 2012 gültigen Verordnung sollte der Bezugszeitraum der Gewichtung im Idealfall das der jeweiligen Berichtsperiode vorangegangene Kalenderjahr ($t-1$) sein. Da die Konsumstrukturen des Vorjahres zu Beginn des Berichtsjahres aus arbeitstechnischen Gründen noch nicht vorliegen, sieht die Verordnung eine Verwendung von Strukturen des Jahres $t-2$ vor. Diese müssen nur dann angepasst werden, wenn „grundlegende und anhaltende Marktentwicklungen aufgetreten sind, die sich auf die Mengen in den Untergliederungen der COICOP/HVPI auswirken.“³ Besonders verwiesen wird in diesem Zusammenhang auf die Folgen administrativer Entscheidungen und auf Waren und Dienstleistungen in sich schnell entwickelnden Märkten. Als Quelle für die Konsumstrukturen des Jahres $t-2$ wird in der Verordnung auf die Ergebnisse der Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnungen (VGR) Bezug genommen, die Verwendung vorläufiger Daten der VGR wird in der Verordnung ausdrücklich zugelassen. Wie die deutsche Verbraucherpreisstatistik diese Verordnung umgesetzt hat, wurde im August 2012 in dieser Zeitschrift beschrieben. (Elbel/Preißmann, 2012) Im Wesentlichen werden dabei die detaillierten Wägungsinformationen des nationalen Verbraucherpreisindex mithilfe von – nicht so tief gegliederten – vorläufigen Ergebnissen der VGR auf das Jahr $t-2$ fortgeschrieben.

1 Verordnung (EU) Nr. 1114/2010 der Kommission vom 1. Dezember 2010 mit Durchführungsbestimmungen zur Verordnung (EG) Nr. 2494/95 des Rates in Bezug auf Mindeststandards für die Qualität der HVPI-Gewichtung und zur Aufhebung der Verordnung (EG) Nr. 2454/97 der Kommission (Amtsblatt der EU Nr. L 316, Seite 4).

2 Verordnung (EG) Nr. 2454/97 der Kommission vom 10. Dezember 1997 mit Durchführungsbestimmungen für die Verordnung (EG) Nr. 2494/95 in Bezug auf Mindeststandards für die Qualität der HVPI-Gewichtung (Amtsblatt der EG Nr. L 340, Seite 24), hier: Artikel 3, Absatz 4.

3 Verordnung (EU) Nr. 1114/2010 (Fußnote 1), hier: Artikel 3, Absatz 4.

2

Unterschiede bei der Berechnung des VPI gegenüber dem HVPI

In der deutschen Verbraucherpreisstatistik ist es seit vielen Jahren bewährte Praxis, größere methodische Änderungen immer zusammen mit der Umstellung auf ein neues Basisjahr durchzuführen. Passend dazu werden dann auch die Einflüsse methodischer Änderungen beziehungsweise die Auswirkungen der Einführung einer neuen Wägbasis auf die Ergebnisse des VPI analysiert, quantifiziert und dokumentiert. (Egner, 2013) Die Basisumstellung beinhaltet stets eine Neuberechnung der Ausgabengewichte, für die die aktuellsten verfügbaren Ergebnisse der Einkommens- und Verbrauchsstichprobe sowie der Statistik der laufenden Wirtschaftsrechnungen genutzt werden. Auch eine Vielzahl anderer Quellen wird für diese grundlegende Neuberechnung des Wägungsschemas verwendet. (Elbel, 1999) Weitere erforderliche methodische Änderungen beziehungsweise Verbesserungen werden immer zu diesem Zeitpunkt in die Berechnungen implementiert. Diese Bündelung aller methodischen Änderungen zu fest vorgegebenen Terminen im Abstand von jeweils fünf Jahren und die frühzeitige Entscheidung über die geplanten methodischen Änderungen ermöglichen es, die Ergebnisse des VPI jeweils ab Beginn des neuen Basisjahres neu zu berechnen. Der Vergleich der bisher veröffentlichten mit den neu berechneten Ergebnissen erlaubt die oben erwähnte Analyse des Einflusses methodischer Änderungen auf die Ergebnisse.

Für den HVPI sind solche Analysen nicht so leicht durchführbar: Die Beschlüsse über die durchzuführenden methodischen Änderungen erfolgen häufig erst kurz vor deren Inkrafttreten. Dadurch ist eine Berechnung nach den neuen Methoden für Zeiträume der Vergangenheit nicht immer möglich. Das gilt insbesondere dann, wenn die neue Methode eine von der bisherigen Praxis abweichende Preiserhebung erforderlich macht. Der Einfluss auf die aktuellen Indexergebnisse kann nur abgeschätzt werden, indem in einer Parallelrechnung auf die methodische Verbesserung zunächst verzichtet wird und die Ergebnisse dieser Parallelrechnung mit den aktuellen – offiziellen – Ergebnissen verglichen werden. Diese Ergebnisse werden insbesondere von professionellen

Nutzern, zum Beispiel der Europäischen Zentralbank, nachgefragt. Ergebnisse für die Vergangenheit können mit einem solchen Vorgehen allerdings nicht immer erzeugt werden, sodass die Einflüsse anstehender methodischer Änderungen vorab oft nur grob geschätzt werden können. Da in Deutschland sowohl der VPI als auch der HVPI aus dem gleichen Datenbestand abgeleitet werden, werden methodische Änderungen meist auch – gegebenenfalls zu unterschiedlichen Zeitpunkten – für beide Indizes in gleicher Weise umgesetzt. Verzichtet wird darauf nur dann, wenn die neue Methode der Zielsetzung eines Index zuwiderläuft. Die Ergebnisse der Analysen, wie sich neue Methoden auf die Ergebnisse des VPI auswirken, lassen sich damit in ihrer Tendenz auch auf den HVPI übertragen.

Die Verordnung für die HVPI-Gewichtung aus dem Jahr 1997 entsprach der Praxis für den nationalen VPI in Deutschland: Im Prinzip wurde ein Festbasisindex mit einer Umbasierung und Verkettung in fünfjährigem Abstand formal als Kettenindex mit jährlicher Neugewichtung dargestellt. Einen Einfluss auf die Ergebnisse hatte das nicht. Die neue EU-Verordnung fordert für den HVPI aber die Berechnung eines „echten“ Kettenindex mit jährlicher Neugewichtung. Deutschland hat sich dazu entschlossen, diese Praxis für den VPI nicht zu übernehmen. Zentraler Grund dafür ist die weit verbreitete Verwendung des VPI als Kompensationsmaßstab, zum Beispiel in wertgesicherten Mietverträgen. Die Umstellung auf eine neue Berechnungsmethode innerhalb des VPI soll sich auf wertgesicherte Zahlungen nicht auswirken. Das kann aber nur durch eine Neuberechnung von Vergangenheitswerten vermieden werden; in einem jährlichen Neugewichtungsrhythmus sind solche „Revisionen“ nur schwer vorstellbar und von den Nutzern praktisch nicht mehr handhabbar.

Da die neue HVPI-Verordnung für den nationalen VPI nicht übernommen wurde, gab es bislang keine Analyse dazu, wie sich eine jährliche Neugewichtung des HVPI auf die Ergebnisse auswirkt. Dieser Beitrag schließt diese Lücke. Im Einzelnen wird geprüft, ob die Verwendung vorläufiger Ergebnisse der VGR die Indexberechnung für den HVPI verbessert hat. Da die Verordnung auch zulässt, dass statt der VGR-Ergebnisse aus dem Jahr $t-2$ gegebenenfalls auch Ergebnisse aus dem

Jahr $t-3$ verwendet werden könnten,¹⁴ wird zusätzlich geprüft, ob damit gegebenenfalls eine weitere Verbesserung der Ergebnisse erreicht werden könnte.

3

Analyse der Auswirkungen neuer Methoden auf die Ergebnisse des HVPI für Deutschland

Die Verordnung mit den neuen Mindeststandards für die Qualität der HVPI-Gewichtung musste, wie erwähnt, zu Beginn des Jahres 2012 umgesetzt werden. Die bis zum Jahr 2011 gültige Praxis kann mit vertretbarem Aufwand bis in die Gegenwart zum Vergleich weitergeführt werden. Andererseits kann die neu vorgeschriebene Praxis auch rückwirkend für die Vergangenheit auf den Datenbestand der Berechnungen für den Verbraucherpreisindex angewandt werden. Aus der Differenz der nach alter und neuer Praxis berechneten Ergebnisse könnte der Einfluss der neuen Verordnung zur HVPI-Gewichtung abgeleitet werden. In der Praxis wird eine solche Analyse dadurch gestört, dass in den letzten Jahren verschiedene methodische Änderungen umgesetzt wurden, die möglicherweise sehr viel größeren Einfluss auf die Ergebnisse der Indexberechnung hatten als die Vorschrift der jährlichen Neugewichtung. Dazu kommt, dass aus der Differenz der Ergebnisse verschie-

4 Artikel 3 der Verordnung (EU) Nr. 1114/2010 (Fußnote 1): „... und berücksichtigen dabei die vorläufigen VGR-Daten über das Konsumverhalten des Jahres $t-2$ (außer in hinreichend begründeten Ausnahmefällen) sowie ...“.

dener Berechnungswege allein nicht auf die Qualität der unterschiedlichen Methoden geschlossen werden kann.

➤ Übersicht 1

Übersicht 1 enthält eine Zusammenstellung aller methodischen Änderungen, die für den VPI und/oder den HVPI seit dem Jahr 2010 durchgeführt wurden. Neben den durch Verordnungen zum HVPI ausgelösten Änderungen bezüglich der Behandlung saisonaler Erzeugnisse¹⁵ (Elbel, 2010) und der jährlichen Neuberechnung des Wägungsschemas für den HVPI finden sich hier neue Methoden für die Berechnung der Teilindizes für Pauschalreisen und Ferienwohnungen. (Egner, 2013) Diese sollen dem veränderten Konsumverhalten Rechnung tragen (zum Beispiel der verstärkten Nutzung des Internets bei der Anmietung von Ferienwohnungen) und gleichzeitig das Konzept der Konsumsegmente aus der EU-Verordnung Nr. 1334/2007¹⁶ besser abbilden. Da für den VPI eine Rückrechnung der Ergebnisse nach den neuen Methoden bis zum Beginn des Jahres 2010 erfolgt war, bot es sich an, für die vorliegenden Analysen auf diese „revidierten“ Ergebnisse auf Basis 2010 = 100 abzustellen. Das bedeutet, dass die in Übersicht 1 genannten methodischen Änderungen zur Behandlung saisonaler Erzeugnisse, zur Behandlung der Pauschalreisen und Ferienwohnungen und zur Wägung für Geschäftstypen und Bundesländer bereits ab Januar 2010 in der

5 Verordnung (EG) Nr. 330/2009 der Kommission mit Mindeststandards für die Behandlung saisonaler Erzeugnisse im Harmonisierten Verbraucherpreisindex (Amtsblatt der EU Nr. L 103, Seite 6).

6 Verordnung (EG) Nr. 1334/2007 der Kommission vom 14. November 2007 zur Änderung der Verordnung (EG) Nr. 1749/96 über anfängliche Maßnahmen zur Umsetzung der Verordnung (EG) Nr. 2494/95 des Rates über harmonisierte Verbraucherpreisindizes (Amtsblatt der EG Nr. L 296, Seite 22).

Übersicht 1

Wichtige Änderungen in der deutschen Verbraucherpreisstatistik ab 2010

		Betroffener Index	Rückrechnung
2011	Umsetzung der Verordnung (EG) Nr. 330/2009 mit neuen Mindeststandards für die Behandlung saisonaler Erzeugnisse	HVPI	nein
2012	Umsetzung der Verordnung (EU) Nr. 1114/2010 mit neuen Mindeststandards für die Qualität der HVPI-Gewichtung	HVPI	nein
2013	Einführung einer neuen Methode für die Behandlung der Pauschalreisen in der deutschen Verbraucherpreisstatistik	HVPI VPI	nein ab 2010
2013	Einführung einer neuen Stichprobe für die Preiserhebung bei Ferienwohnungen in der deutschen Verbraucherpreisstatistik	HVPI VPI	nein ab 2010
2013	Umsetzung der Verordnung (EG) Nr. 330/2009 mit neuen Mindeststandards für die Behandlung saisonaler Erzeugnisse	VPI	ab 2010
2013	Originäre Neuberechnung der Wägungsschemata auf Basis 2010 (Waren und Dienstleistungen, Geschäftstypen, Bundesländer)	HVPI VPI	nein ab 2010

Berechnung eines „HVPI nach methodischen Änderungen“ enthalten sind. Wie sich die Ergebnisse des HVPI – gemessen an der Preisveränderung gegenüber dem entsprechenden Vorjahreszeitraum – geändert hätten, wäre für den HVPI eine Rückrechnung bis zum Jahr 2010 erfolgt, zeigt die Tabelle 1. Für das Jahr 2014 wurden keine Ergebnisse ausgewiesen, weil im Jahr 2014 keine neuen methodischen Änderungen umgesetzt wurden und sich damit auch keine Differenzen in den Teuerungs-raten ergeben können. ➤ **Tabelle 1**

Für die Monatsergebnisse ergibt sich eine durchschnittliche Abweichung von 0,152 Prozentpunkten über den Zeitraum von drei Jahren (2011 bis 2013), mit Extremwerten von +0,6 und –0,1 Prozentpunkten. Selbst im Jahresdurchschnitt ergeben sich Differenzen von bis zu +0,260 Prozentpunkten (2013). Dies ist eine Größenordnung, die weit über den Genauigkeitsansprüchen an den HVPI liegt. Allerdings ist das Ergebnis stark abhängig vom Inhalt der umgesetzten methodischen Änderungen, sodass dieses Ergebnis nicht auf künftige methodische Änderungen übertragen werden kann. Wie notwendig eine Abschätzung des Einflusses methodischer Änderungen auf die Ergebnisse für den HVPI ist, wird daraus aber sehr deutlich.

Für die weiteren Analysen wird ausschließlich auf Datenbestände abgestellt, die bereits ab dem Jahr 2010 alle methodischen Änderungen der Jahre 2011 bis 2013 berücksichtigen. Dies ermöglicht einen aussagefähigen Vergleich der unterschiedlichen Vorgaben für die Gewichtung aus den HVPI-Verordnungen. Sowohl die neue als auch die vorher gültige Verordnung stellen aber kein theoretisches Ideal dar, sondern sie beschreiben Näherungslösungen für eine „ideale“ HVPI-Berechnung, die zeitnah umsetzbar sind. An dieser Stelle sollen jedoch nicht die Vor- und Nachteile von Kettenindizes oder von alternativen Indexformeln (zum Beispiel „superlative“ Indizes) dargestellt werden. Es wird von der Grundidee des HVPI ausgegangen, berechnet als Preisindex vom „Laspeyres-Typ“⁷ unter Verwendung möglichst aktueller Wägungsinformationen. Ein in diesem Sinne idealer HVPI lässt sich nur mit deutlichem zeitlichen Abstand ermitteln – und auch dann kann nur auf vielfach endgültige, aber nicht vollständige Informationen zurück-

Tabelle 1

**Harmonisierter Verbraucherpreisindex:
Vergleich der veröffentlichten Ergebnisse
mit Ergebnissen nach methodischen Änderungen**

	Offizieller HVPI	HVPI nach methodischen Änderungen	Differenz
	Veränderung gegenüber dem entsprechenden Vorjahreszeitraum in %		in Prozentpunkten
Januar 2011	+ 2,0	+ 1,9	+ 0,1
Februar 2011	+ 2,2	+ 2,1	+ 0,1
März 2011	+ 2,3	+ 2,2	+ 0,1
April 2011	+ 2,7	+ 2,2	+ 0,5
Mai 2011	+ 2,4	+ 2,2	+ 0,2
Juni 2011	+ 2,4	+ 2,3	+ 0,2
Juli 2011	+ 2,6	+ 2,4	+ 0,2
August 2011	+ 2,5	+ 2,4	+ 0,1
September 2011	+ 2,8	+ 2,7	+ 0,1
Oktober 2011	+ 2,8	+ 2,6	+ 0,2
November 2011	+ 2,7	+ 2,6	+ 0,1
Dezember 2011	+ 2,3	+ 2,2	+ 0,1
Jahr 2011	+ 2,5	+ 2,3	+ 0,164
Januar 2012	+ 2,3	+ 2,3	+ 0,0
Februar 2012	+ 2,6	+ 2,4	+ 0,2
März 2012	+ 2,4	+ 2,3	+ 0,1
April 2012	+ 2,2	+ 2,1	+ 0,1
Mai 2012	+ 2,1	+ 2,0	+ 0,1
Juni 2012	+ 1,9	+ 1,8	+ 0,1
Juli 2012	+ 1,9	+ 1,9	– 0,0
August 2012	+ 2,2	+ 2,2	+ 0,1
September 2012	+ 2,1	+ 2,1	+ 0,0
Oktober 2012	+ 2,0	+ 2,1	– 0,1
November 2012	+ 1,9	+ 2,0	– 0,1
Dezember 2012	+ 2,0	+ 2,1	– 0,0
Jahr 2012	+ 2,1	+ 2,1	+ 0,033
Januar 2013	+ 1,9	+ 1,6	+ 0,3
Februar 2013	+ 1,8	+ 1,6	+ 0,2
März 2013	+ 1,8	+ 1,5	+ 0,4
April 2013	+ 1,1	+ 1,0	+ 0,0
Mai 2013	+ 1,6	+ 1,4	+ 0,2
Juni 2013	+ 1,9	+ 1,6	+ 0,2
Juli 2013	+ 2,0	+ 1,8	+ 0,2
August 2013	+ 1,6	+ 1,4	+ 0,2
September 2013	+ 1,5	+ 1,2	+ 0,4
Oktober 2013	+ 1,2	+ 0,9	+ 0,4
November 2013	+ 1,6	+ 1,0	+ 0,6
Dezember 2013	+ 1,3	+ 1,3	+ 0,0
Jahr 2013	+ 1,6	+ 1,3	+ 0,260
2011 bis 2013			
Durchschnitt	X	X	+ 0,152
Maximum	X	X	+ 0,6
Minimum	X	X	– 0,1

⁷ Verordnung (EG) Nr. 2494/95 des Rates vom 23. Oktober 1995 über harmonisierte Verbraucherpreisindizes (Amtsblatt der EG Nr. L 257, Seite 1), Artikel 9.

gegriffen werden.¹⁸ In der Folge wird ein solches Ideal formuliert und für die Jahre 2010 bis 2014 berechnet.

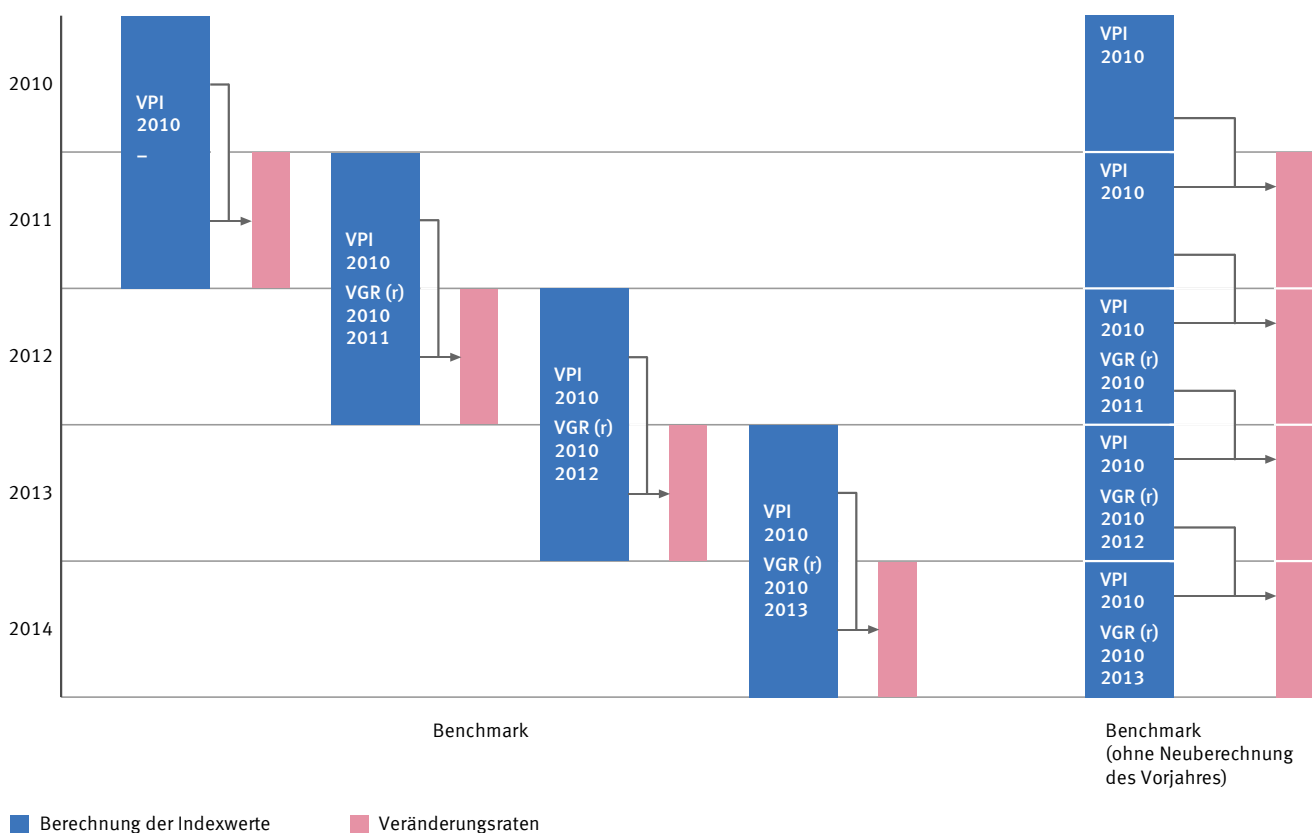
Zunächst wird davon ausgegangen, dass die Wägungsschemata für jedes Kettenglied möglichst aktuell sein sollen. In der Praxis für diese Auswertungen bedeutet das, dass als Benchmark für die Untersuchungen zur Gewichtung ein Index berechnet wird, der für die Jahre 2010 und 2011 auf ein Wägungsschema des Jahres 2010 abstellt, für das Jahr 2012 auf ein Wägungsschema des Jahres 2011, für das Jahr 2013 auf ein Wägungsschema des Jahres 2012 und für das Jahr 2014 auf ein Wägungsschema für das Jahr 2013. Für deren Berechnung wird auf alle aktuell verfügbaren Informationen zugegriffen, auch auf jene, die zum Zeitpunkt der ursprünglichen HVPI-Berechnung nicht zur Verfügung standen. Im Einzelnen sind das die Ergebnisse der Berechnung des Wägungs-

schemas des VPI für das Jahr 2010, die ursprünglich erst für die Berechnung des HVPI ab 2013 zur Verfügung standen, und die Ergebnisse der VGR zum Rechenstand Herbst 2014, die erst für die HVPI-Berechnung ab 2015 verwendet werden können. Für die VGR bedeutet das, dass die Ergebnisse für die Konsumausgaben der privaten Haushalte im Inland nach Verwendungszwecken aus der Generalrevision 2014 (Statistisches Bundesamt, 2013) für diese Analyse verwendet wurden.

Da trotz seiner Konstruktion als Kettenindex auch der HVPI der Idee eines „reinen Preisvergleichs“ folgt, also Reaktionen der Konsumenten auf relative Preisverschiebungen nicht indexwirksam abbilden soll, wird für die Berechnung der Preisveränderungsraten des Benchmark auch das jeweilige Vorjahr nach dem Wägungsschema für das jeweilige Berichtsjahr neu berechnet. Dieses Vorgehen wird in Grafik 1 verdeutlicht. [➤ Grafik 1](#)

⁸ Insbesondere für die Jahre 2013 und 2014 liegen aus den VGR auch nach der erfolgten Generalrevision noch nicht alle für endgültige Berechnungen erforderlichen Informationen vor.

Grafik 1
Berechnung eines "idealen" HVPI



Die blauen Felder in dieser Grafik sollen die Berechnung der Indexwerte darstellen, der Text in diesen Feldern verweist auf die für die Gewichte verwendeten Informationen. VPI 2010 steht dabei für die originäre Berechnung des Wägungsschemas für Waren und Dienstleistungen aus dem nationalen Verbraucherpreisindex in voller Berechnungstiefe unter Verwendung aller im Jahr 2012 verfügbaren Informationen. VGR (r) steht für die Ergebnisse der Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnungen nach der Generalrevision des Jahres 2014. Die Jahreszahlen dahinter (zum Beispiel 2010 und 2011 für die Berechnung der Indexwerte 2011 und 2012) sollen verdeutlichen, dass aus den VGR-Ergebnissen der Jahre 2010 und 2011 für SEA-2- bis SEA-4-Steller Fortschreibungsfaktoren berechnet wurden, die an die detaillierten Strukturen des VPI-Wägungsschemas für das Jahr 2010 angelegt wurden.⁹ Die roten Felder stehen für die daraus berechneten Veränderungsdaten gegenüber den entsprechenden Vorjahreszeiträumen. Da der offizielle HVPI keine Neuberechnung der Vorjahresergebnisse für die Vorjahresveränderungsdaten vorsieht, wurde zusätzlich eine entsprechende Berechnung des Benchmark durchgeführt (in der Grafik rechts dargestellt). Aus den Differenzen dieser beiden Berechnungen kann abgeleitet werden, wie groß der „Fehler“ aus der unterbliebenen Neuberechnung der Vorjahresindizes unter Verwendung der neuesten Wägungsinformationen ist. Die Ergebnisse enthält Tabelle 2. Im Durchschnitt der Jahre 2012 bis 2014 ergibt sich eine durchschnittliche Unterzeichnung der monatlichen Teuerungsrate im Vorjahresvergleich von 0,025 Prozentpunkten infolge der nicht durchgeführten Neuberechnung des Vorjahres. Sieht man das im Vergleich zu den Genauigkeitsansprüchen an die HVPI-Teuerungsdaten – die erste Nachkommastelle soll zutreffend abgebildet werden –, so scheint diese Unterzeichnung gering zu sein. Allerdings liegt die Spanne der Differenzen zwischen –0,130 und +0,057 Prozentpunkten, was bei einer ungünstigen Rundung der Ergebnisse zu einer Abweichung von 0,2 Prozentpunkten führen kann. Die im Durchschnitt leichte Unterzeichnung der Teuerungsdaten durch den Verzicht auf eine Neuberechnung der Vorjahres-Vergleichswerte mit den neuen Gewichtungsinformationen kommt allerdings

nicht unerwartet: Durch den Vergleich von Ergebnissen, die aufgrund unterschiedlicher Verbrauchsgewohnheiten berechnet wurden, gehen die theoretisch zu erwartenden Reaktionen der Konsumenten auf relative Preisverschiebungen zwischen unterschiedlichen Waren und Dienstleistungen der Konsumausgaben in die Indexberechnung ein. [Tabelle 2](#)

Für den Vergleich mit den alternativen Berechnungen aufgrund unterschiedlicher Vorgaben zur Wägung wird auf die „Benchmark“-Reihe, also die Reihe einschließlich der Neuberechnung der Vorjahresergebnisse, abgestellt. Die Differenz in Prozentpunkten wird hier und in der Folge mit drei Nachkommastellen ausgewiesen, um Unterschiede überhaupt erst sichtbar zu machen. Besondere Genauigkeitsansprüche an die HVPI-Berechnung sollten daraus nicht abgeleitet werden, mögliche Unschärfen in den Ergebnissen entstehen bereits bei der Auswahl der einzelnen Erhebungspositionen, bei der Preiserhebung und der Qualitätsbereinigung sowie durch den Stichprobenfehler. Für die hier vorgelegten Analysen ist das aber ohne Bedeutung, weil mögliche Fehler sich auf alle alternativen Berechnungsmethoden in gleicher Weise auswirken. Die Auswahl des Analysezeitraums – die Jahre 2010 bis 2014 für die Indexwerte, die Jahre 2011 bis 2014 für die Teuerungsdaten – ist damit begründet, dass für diesen Zeitraum eine Datenbasis ohne jede methodische Änderung bereitgestellt werden kann. Der Zeitraum ist aber auch aus anderen Gründen zweckmäßig: Es wird ein voller Zyklus von fünf Jahren abgebildet, das entspricht dem Zeitabstand der Durchführung von Neuberechnungen des Wägungsschemas für den VPI in Deutschland und dem Abstand zwischen zwei Einkommens- und Verbrauchsstichproben, die hierfür als zentrale Quelle dienen. Den zum jeweiligen Zeitraum veröffentlichten HVPI – die im Folgenden mit dem Benchmark verglichen werden – liegen für die Jahre 2010 bis 2012 demnach relativ „veraltete“ Ausgangsdaten für die Konsumstrukturen (aus der Wägungsbasis 2005 des VPI) zugrunde, für die Jahre 2013 und 2014 sind die Ausgangsdaten (Wägungsbasis 2010 des VPI) deutlich aktueller. Allerdings muss man auch berücksichtigen, dass für die Berechnungen der VGR-Ergebnisse der Jahre 2013 und 2014 noch keine vollständigen Informationen vorliegen und daher noch mit Änderungen in den Ergebnissen zu rechnen ist.

⁹ Die Einzelheiten der Berechnung, zum Beispiel die Umrechnung des VPI-Erfassungsbereiches auf den HVPI-Erfassungsbereich, die Inflationierung auf Preise jeweils des Dezembers des Vorjahres (für die Berechnung der Kettenglieder) oder die erneute Abstimmung auf 1 000 Promille sollen an dieser Stelle nicht vertieft werden.

Tabelle 2

Berechnung eines Benchmark

	Benchmark	Ohne Neuberechnung des Vorjahres	Differenz
	Veränderung gegenüber dem entsprechenden Vorjahreszeitraum in %		in Prozentpunkten
Jahr 2011	+ 2,2	+ 2,2	X
Januar 2012	+ 2,1	+ 2,2	+ 0,057
Februar 2012	+ 2,4	+ 2,3	- 0,051
März 2012	+ 2,3	+ 2,3	- 0,074
April 2012	+ 2,1	+ 2,0	- 0,092
Mai 2012	+ 2,1	+ 2,0	- 0,083
Juni 2012	+ 1,9	+ 1,8	- 0,079
Juli 2012	+ 2,0	+ 1,9	- 0,074
August 2012	+ 2,3	+ 2,2	- 0,066
September 2012	+ 2,2	+ 2,1	- 0,095
Oktober 2012	+ 2,2	+ 2,1	- 0,115
November 2012	+ 2,2	+ 2,0	- 0,130
Dezember 2012	+ 2,2	+ 2,1	- 0,108
Jahr 2012	+ 2,2	+ 2,1	- 0,076
Januar 2013	+ 1,7	+ 1,6	- 0,016
Februar 2013	+ 1,6	+ 1,6	- 0,003
März 2013	+ 1,5	+ 1,5	- 0,003
April 2013	+ 1,1	+ 1,1	- 0,020
Mai 2013	+ 1,4	+ 1,4	- 0,016
Juni 2013	+ 1,7	+ 1,7	- 0,016
Juli 2013	+ 1,7	+ 1,7	+ 0,004
August 2013	+ 1,3	+ 1,3	+ 0,003
September 2013	+ 1,2	+ 1,2	- 0,007
Oktober 2013	+ 0,9	+ 0,9	- 0,011
November 2013	+ 1,1	+ 1,0	- 0,010
Dezember 2013	+ 1,2	+ 1,2	+ 0,000
Jahr 2013	+ 1,4	+ 1,3	- 0,008
Januar 2014	+ 1,1	+ 1,2	+ 0,018
Februar 2014	+ 1,0	+ 1,0	+ 0,015
März 2014	+ 0,8	+ 0,8	+ 0,014
April 2014	+ 1,1	+ 1,2	+ 0,017
Mai 2014	+ 0,7	+ 0,7	+ 0,014
Juni 2014	+ 0,9	+ 0,9	+ 0,012
Juli 2014	+ 0,7	+ 0,7	+ 0,006
August 2014	+ 0,8	+ 0,8	+ 0,005
September 2014	+ 0,8	+ 0,8	+ 0,009
Oktober 2014	+ 0,7	+ 0,7	+ 0,007
November 2014	+ 0,5	+ 0,5	+ 0,002
Dezember 2014	+ 0,0	+ 0,0	+ 0,000
Jahr 2014	+ 0,8	+ 0,8	+ 0,010
2012 bis 2014			
Durchschnitt	X	X	- 0,025
Maximum	X	X	+ 0,057
Minimum	X	X	- 0,130

4

Berechnung und Analyse des HVPI mit unterschiedlichen Gewichtungsinformationen

Im Folgenden wird untersucht, wie sich unterschiedliche – in der Praxis realisierbare – Vorgehensweisen bei der Bestimmung der Gewichte für die einzelnen Kettenglieder des HVPI auf die Ergebnisse auswirken und wie gut diese sich dem oben formulierten Ideal annähern. Geprüft werden drei unterschiedliche Vorgehensweisen:

1. Berechnung entsprechend der Vorgaben der alten HVPI-Verordnung Nr. 2454/97 zur Qualität der HVPI-Gewichtung:
Basis der Berechnung der Wägungsschemata ist das jeweils verfügbare aktuelle Wägungsschema des VPI (also für die Jahre 2010 bis 2012 das Wägungsschema des Jahres 2005 sowie für die Jahre 2013 und 2014 das Wägungsschema des Jahres 2010). Für die Berechnung des HVPI als Kettenindex werden diese Strukturen nur jeweils auf die Preise vom Dezember des Vorjahres hochgerechnet. Im Grundsatz handelt es sich dabei um einen Festbasisindex, der nur formal in die Struktur eines Kettenindex überführt wird.
2. Berechnung entsprechend der Vorgaben der neuen HVPI-Verordnung Nr. 1114/2010 zur Qualität der HVPI-Gewichtung:
Basis der Berechnung der Wägungsschemata ist auch hier das jeweils verfügbare aktuelle Wägungsschema des VPI (für die Jahre 2010 bis 2012 das Wägungsschema des Jahres 2005 sowie für die Jahre 2013 und 2014 das Wägungsschema des Jahres 2010). Allerdings werden die Ausgabestrukturen mit den zu den jeweiligen Zeitpunkten verfügbaren – vorläufigen – Ergebnissen der VGR auf die Strukturen des Vorvorjahres ($t-2$) und dann mit der Preisentwicklung auf die Preise vom Dezember des Vorjahres fortgeschrieben. Das entspricht der Praxis der deutschen HVPI-Berechnung ab dem Jahr 2012 und erfüllt die Vorgaben der neuen HVPI-Verordnung zur Qualität der HVPI-Gewichtung aus dem Jahr 2010.
3. Berechnung entsprechend der Vorgaben der neuen HVPI-Verordnung Nr. 1114/2010, aber unter Verwen-

dung von VGR-Ergebnissen aus dem Jahr $t-3$: Diese Vorgehensweise entspricht dem unter Punkt 2 beschriebenen Verfahren. Allerdings werden die Ergebnisse der VGR genutzt, um die VPI-Wägungsstrukturen auf die Strukturen des Jahres $t-3$ fortzuschreiben. Dies könnte gegenüber dem unter Punkt 2 beschriebenen Vorgehen den Vorteil haben, dass die VGR für ihre Berechnungen auf zusätzliche Informationen zugreifen konnte und deren Ergebnisse zwar immer noch vorläufig, aber bereits besser abgesichert sind.

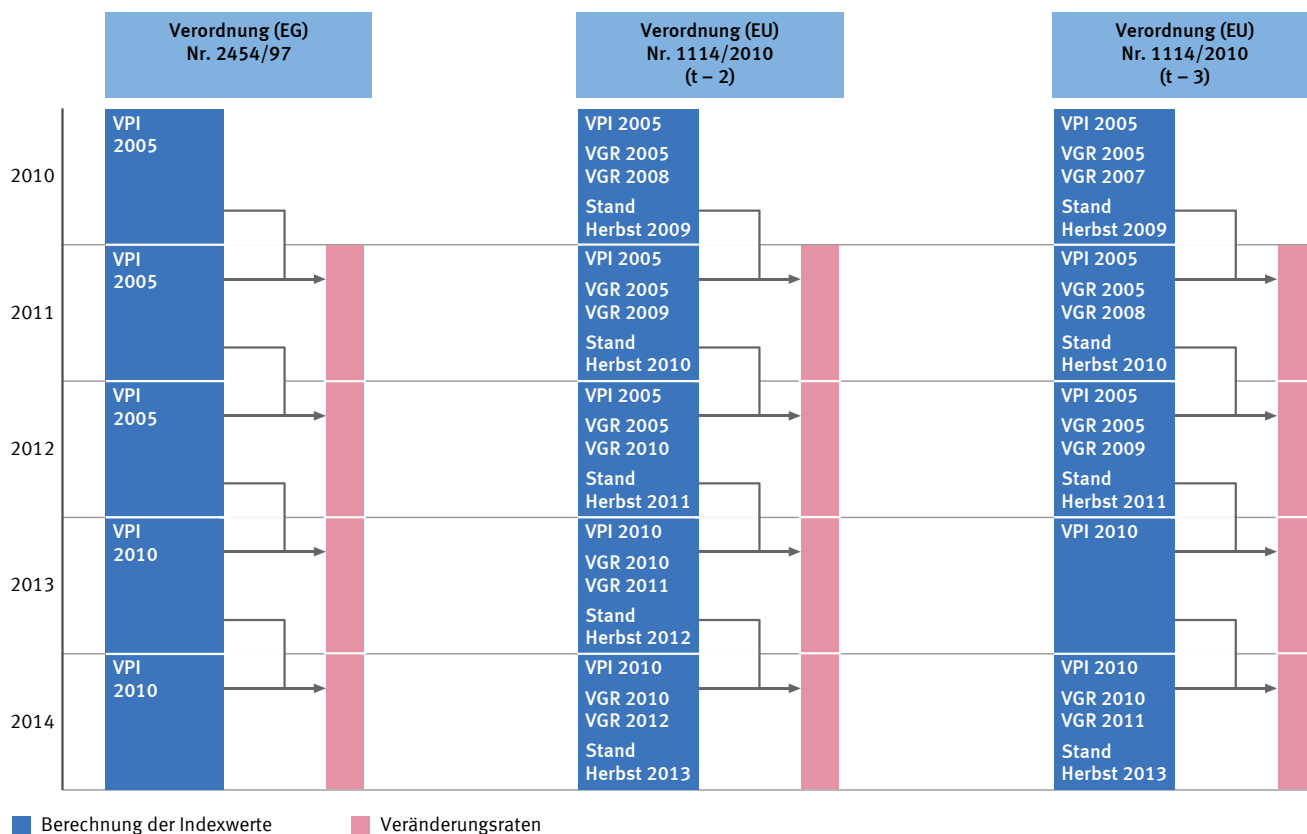
Die entsprechenden Rechenwege sind in Grafik 2 schematisch dargestellt. Wie in Grafik 1 sollen die blauen Felder die Indexberechnung und die roten Felder die daraus abgeleiteten Teuerungsraten darstellen. Die Texte in den Feldern weisen auf die für die Berechnung verwendeten Informationen hin. VPI 2005 bedeutet demnach, dass für die Berechnung des Wägungsschemas auf das Wägungsschema des VPI mit der Wägunsbasis 2005

zurückgegriffen wird. Die Angabe VGR 2005, VGR 2009 und Stand Herbst 2010 in einem Feld besagt zum Beispiel, dass aus den VGR-Ergebnissen für die Jahre 2005 und 2009 zum Rechenstand Herbst 2010 Fortschreibungsfaktoren für diese Feinstrukturen berechnet wurden. [↗ Grafik 2](#)

Tabelle 3 stellt die Ergebnisse dieser Berechnungen dar. Die Ergebnisse der Berechnung nach der bis zum Jahr 2011 gültigen Verordnung (EG) Nr. 2454/97 liegen im Durchschnitt geringfügig um 0,017 Prozentpunkte über dem Benchmark des „idealen HVPI“. Die Spanne der Abweichungen liegt zwischen +0,163 und -0,114 Prozentpunkten. Nach einer Rundung auf eine Nachkommastelle ergab sich in einem Fall eine Abweichung von +0,2 Prozentpunkten, Abweichungen von +/- 0,1 Prozentpunkten treten häufig auf. Legt man die Genauigkeitsansprüche des HVPI (die Abweichung der nachgewiesenen Teuerungsrate soll unter 0,1 Prozentpunkten liegen) zugrunde, so lässt sich damit der Bedarf für eine

Grafik 2

Alternative HVPI-Berechnungen



2015 - 01 - 0462

Harmonisierter Verbraucherpreisindex: Jährliche Aktualisierung der Gewichtung

Verschärfung der alten Verordnung zur Qualität der HVPI-Gewichtung begründen, obwohl sich die Differenzen im Zeitablauf weitgehend ausgleichen.

Nach der ab dem Jahr 2012 gültigen Verordnung (EU) Nr. 1114/2010 ergibt sich unter Verwendung der Strukturen des Vorvorjahres ($t-2$) eine Abweichung zum Vergleichsmaßstab von $-0,052$ Prozentpunkten, die Ergebnisse liegen also im Durchschnitt unter dem Vergleichsmaß-

Tabelle 3.1

Ergebnisse der Berechnung mit alternativer Ermittlung der Gewichte

	Verordnung (EG) Nr. 2454/97 (alt)		Verordnung (EU) Nr. 1114/2010 (neu) ($t-2$)		Verordnung (EU) Nr. 1114/2010 (neu) ($t-3$)	
	Veränderung gegenüber dem entsprechenden Vorjahreszeitraum in %	Differenz zu Benchmark in Prozentpunkten	Veränderung gegenüber dem entsprechenden Vorjahreszeitraum in %	Differenz zu Benchmark in Prozentpunkten	Veränderung gegenüber dem entsprechenden Vorjahreszeitraum in %	Differenz zu Benchmark in Prozentpunkten
Januar 2011	+ 1,9	+ 0,090	+ 1,8	+ 0,013	+ 1,7	- 0,050
Februar 2011	+ 2,1	+ 0,088	+ 2,0	- 0,061	+ 1,9	- 0,100
März 2011	+ 2,2	+ 0,079	+ 2,0	- 0,090	+ 2,0	- 0,095
April 2011	+ 2,2	+ 0,074	+ 2,1	- 0,043	+ 2,1	- 0,056
Mai 2011	+ 2,2	+ 0,091	+ 2,1	- 0,014	+ 2,1	- 0,037
Juni 2011	+ 2,3	+ 0,096	+ 2,1	- 0,053	+ 2,1	- 0,049
Juli 2011	+ 2,4	+ 0,090	+ 2,2	- 0,153	+ 2,2	- 0,120
August 2011	+ 2,4	+ 0,109	+ 2,2	- 0,146	+ 2,2	- 0,107
September 2011	+ 2,7	+ 0,096	+ 2,5	- 0,102	+ 2,5	- 0,082
Oktober 2011	+ 2,6	+ 0,080	+ 2,4	- 0,105	+ 2,5	- 0,087
November 2011	+ 2,6	+ 0,065	+ 2,4	- 0,121	+ 2,4	- 0,089
Dezember 2011	+ 2,2	+ 0,068	+ 2,0	- 0,127	+ 2,0	- 0,060
Jahr 2011	+ 2,3	+ 0,086	+ 2,1	- 0,083	+ 2,1	- 0,078
Januar 2012	+ 2,3	+ 0,163	+ 2,1	- 0,030	+ 2,2	+ 0,126
Februar 2012	+ 2,4	+ 0,037	+ 2,2	- 0,163	+ 2,3	- 0,063
März 2012	+ 2,4	+ 0,024	+ 2,2	- 0,147	+ 2,3	- 0,079
April 2012	+ 2,1	+ 0,012	+ 2,0	- 0,138	+ 2,1	- 0,030
Mai 2012	+ 2,1	- 0,031	+ 1,9	- 0,159	+ 2,0	- 0,051
Juni 2012	+ 1,8	- 0,035	+ 1,8	- 0,102	+ 1,8	- 0,028
Juli 2012	+ 2,0	- 0,038	+ 1,9	- 0,109	+ 1,9	- 0,112
August 2012	+ 2,2	- 0,030	+ 2,1	- 0,142	+ 2,1	- 0,143
September 2012	+ 2,2	- 0,044	+ 2,1	- 0,155	+ 2,1	- 0,112
Oktober 2012	+ 2,1	- 0,035	+ 2,0	- 0,129	+ 2,1	- 0,084
November 2012	+ 2,1	- 0,063	+ 2,0	- 0,125	+ 2,0	- 0,106
Dezember 2012	+ 2,1	- 0,071	+ 2,1	- 0,111	+ 2,0	- 0,153
Jahr 2012	+ 2,1	- 0,009	+ 2,0	- 0,126	+ 2,1	- 0,069
Januar 2013	+ 1,7	+ 0,052	+ 1,6	- 0,094	+ 1,6	- 0,065
Februar 2013	+ 1,6	+ 0,018	+ 1,6	- 0,020	+ 1,5	- 0,040
März 2013	+ 1,4	- 0,009	+ 1,5	+ 0,009	+ 1,4	- 0,034
April 2013	+ 1,2	+ 0,093	+ 1,0	- 0,048	+ 1,1	+ 0,031
Mai 2013	+ 1,5	+ 0,087	+ 1,4	- 0,038	+ 1,4	+ 0,005
Juni 2013	+ 1,7	+ 0,062	+ 1,6	- 0,052	+ 1,6	- 0,037
Juli 2013	+ 1,7	+ 0,021	+ 1,8	+ 0,057	+ 1,7	+ 0,008
August 2013	+ 1,3	+ 0,004	+ 1,4	+ 0,077	+ 1,3	+ 0,017
September 2013	+ 1,2	+ 0,041	+ 1,2	+ 0,013	+ 1,2	+ 0,021
Oktober 2013	+ 1,0	+ 0,043	+ 0,9	- 0,030	+ 0,9	+ 0,008
November 2013	+ 1,1	+ 0,013	+ 1,0	- 0,023	+ 1,0	- 0,016
Dezember 2013	+ 1,2	- 0,010	+ 1,3	+ 0,038	+ 1,2	- 0,010
Jahr 2013	+ 1,4	+ 0,035	+ 1,3	- 0,009	+ 1,3	- 0,009

Tabelle 3.2

Ergebnisse der Berechnung mit alternativer Ermittlung der Gewichte

	Verordnung (EG) Nr. 2454/97 (alt)		Verordnung (EU) Nr. 1114/2010 (neu) ($t - 2$)		Verordnung (EU) Nr. 1114/2010 (neu) ($t - 3$)	
	Veränderung gegen- über dem entspre- chenden Vorjahres- zeitraum in %	Differenz zu Benchmark in Prozentpunkten	Veränderung gegen- über dem entspre- chenden Vorjahres- zeitraum in %	Differenz zu Benchmark in Prozentpunkten	Veränderung gegen- über dem entspre- chenden Vorjahres- zeitraum in %	Differenz zu Benchmark in Prozentpunkten
Januar 2014	+ 1,1	- 0,064	+ 1,2	+ 0,013	+ 1,0	- 0,112
Februar 2014	+ 1,0	- 0,016	+ 1,0	+ 0,029	+ 0,9	- 0,040
März 2014	+ 0,8	- 0,003	+ 0,8	+ 0,030	+ 0,7	- 0,014
April 2014	+ 1,0	- 0,114	+ 1,1	+ 0,002	+ 1,0	- 0,157
Mai 2014	+ 0,6	- 0,062	+ 0,7	- 0,019	+ 0,6	- 0,117
Juni 2014	+ 0,8	- 0,056	+ 0,9	- 0,002	+ 0,8	- 0,086
Juli 2014	+ 0,7	+ 0,001	+ 0,7	+ 0,012	+ 0,7	+ 0,002
August 2014	+ 0,8	+ 0,001	+ 0,8	+ 0,011	+ 0,8	+ 0,004
September 2014	+ 0,8	- 0,040	+ 0,8	+ 0,002	+ 0,7	- 0,065
Oktober 2014	+ 0,7	- 0,074	+ 0,7	- 0,001	+ 0,6	- 0,093
November 2014	+ 0,5	- 0,052	+ 0,5	+ 0,010	+ 0,5	- 0,051
Dezember 2014	+ 0,0	- 0,043	+ 0,1	+ 0,049	+ 0,0	+ 0,032
Jahr 2014	+ 0,7	- 0,043	+ 0,8	+ 0,011	+ 0,7	- 0,058
2011 bis 2014						
Durchschnitt	X	+ 0,017	X	- 0,052	X	- 0,054
Maximum	X	+ 0,163	X	+ 0,077	X	+ 0,126
Minimum	X	- 0,114	X	- 0,163	X	- 0,157

stab mit einer Spanne von +0,077 bis -0,163 Prozentpunkten. Nach einer Rundung auf eine Nachkommastelle ergeben sich in fünf Fällen Abweichungen von 0,2 Prozentpunkten (die Ergebnisse liegen jeweils unter dem Benchmark) und recht häufig Abweichungen von +/- 0,1 Prozentpunkt. Wie es scheint, war die neue Verordnung mit ihrer Vorschrift, vorläufige Ergebnisse der VGR zu berücksichtigen, zumindest für Deutschland nicht dazu geeignet, die Qualität der HVPI-Ergebnisse im Vergleich zum Benchmark zu verbessern. Im Durchschnitt sind die Abweichungen zum Vergleichsmaßstab sogar etwas größer als nach der alten Verordnung. Das sollte angesichts der Streuung der Ergebnisse allerdings nicht überbewertet werden. [↪ Tabelle 3.1, 3.2](#)

Da die Verordnung (EU) Nr. 1114/2010 „in hinreichend begründeten Ausnahmefällen“ die Verwendung von älteren VGR-Strukturinformationen zulässt, wurde abschließend geprüft, ob die Verwendung vorläufiger VGR-Ergebnisse aus dem Jahr $t - 3$ dazu geeignet sein könnte, die Ergebnisse zu verbessern. Das ist allerdings nicht der Fall: Im Durchschnitt ergibt sich mit einer Abweichung von -0,054 Prozentpunkten und einer Spanne von +0,126 bis -0,157 Prozentpunkten ein sehr ähnliches Ergebnis wie bei der Verwendung von VGR-Informationen aus dem Jahr $t - 2$.

5

Fazit

Die neue EU-Verordnung mit verschärften Mindeststandards für die Qualität der HVPI-Gewichtung hat – zumindest in Deutschland – nicht dazu geführt, dass die HVPI-Ergebnisse näher an den oben definierten Benchmark herangerückt sind. Das deutet darauf hin, dass die Aussagegenauigkeit durch die neue Verordnung nicht verbessert wurde. Berechnungen nach den unterschiedlichen Varianten unterscheiden sich im Ergebnis nur geringfügig, angesichts der dabei ermittelten Streuungen kann von qualitativ vergleichbaren Ergebnissen ausgegangen werden. Für die Abweichungen der veröffentlichten HVPI-Ergebnisse und dem Benchmark viel bedeutender ist die Entscheidung, methodische Änderungen im HVPI nicht rückwirkend in die Berechnungen einfließen zu lassen, also keine Neuberechnung (Revision) von Vergangenheitsdaten vorzunehmen. Die Entscheidung Deutschlands, diese Verordnung für den HVPI wegen der damit verbundenen Nachteile insbesondere bei der Verwendung als Kompensationsmaßstab nicht auf den nationalen VPI zu übertragen, wird durch die vorliegende Analyse unterstützt. [!!!](#)

LITERATURVERZEICHNIS

Egner, Ute. *Verbraucherpreisstatistik auf neuer Basis 2010*. In: Wirtschaft und Statistik. Ausgabe 5/2013, Seite 329 ff.

Elbel, Günther. *Die Berechnung der Wägungsschemata für die Preisindizes für die Lebenshaltung*. In: Wirtschaft und Statistik. Ausgabe 3/1999, Seite 171 ff.

Elbel, Günther/Preißmann, Jürgen. *Der Harmonisierte Verbraucherpreisindex für Deutschland*. In: Wirtschaft und Statistik. Ausgabe 8/2008, Seite 681 ff.

Elbel, Günther. *Behandlung saisonaler Erzeugnisse in der deutschen Verbraucherpreisstatistik*. In: Wirtschaft und Statistik. Ausgabe 11/2010, Seite 1022 ff.

Elbel, Günther/Preißmann, Jürgen. *Jährliche Neugewichtung des Harmonisierten Verbraucherpreisindex*. In: Wirtschaft und Statistik. Ausgabe 8/2012, Seite 671 ff.

Statistisches Bundesamt (Herausgeber). *Fachserie 18 Volkswirtschaftliche Gesamtrechnungen, Reihe 1.4 Inlandsproduktsberechnung 2013*. [Zugriff am 19. Mai 2015]. Verfügbar unter: www.destatis.de



Thomas Baumann

ist Soziologe mit Schwerpunkt Bevölkerungswissenschaft. Er leitet das Referat Rechtspflegestatistik im Statistischen Bundesamt und beschäftigt sich mit Fragen der nationalen und internationalen Koordination, der methodischen Weiterentwicklung und der Ergebnisdarstellung der Rechtspflegestatistiken.

STAATSANWALTSCHAFTLICHE ERMITTLUNGSTÄTIGKEIT IN DEUTSCHLAND

Umfang und Struktur der Verfahrenserledigung

Thomas Baumann

➤ **Schlüsselwörter:** Strafverfahren – Staatsanwaltschaft – Rechtspflege – Anklage – Verfahrenseinstellung

ZUSAMMENFASSUNG

Im Jahr 2013 schlossen die Staatsanwaltschaften in Deutschland 4,5 Millionen Ermittlungsverfahren ab. In der öffentlichen Diskussion interessiert häufig die Art, wie Verfahren beendet werden. So kann am Ende eines Ermittlungsverfahrens eine Anklageerhebung stehen, dies ist jedoch statistisch nicht der Regelfall. Anhand der Statistik über Staats- und Amtsanwaltschaften stellt der vorliegende Beitrag die Gesamtstruktur staatsanwaltschaftlicher Verfahrensabschlüsse dar und quantifiziert dadurch auch das Verhältnis von öffentlicher Anklage zu anderen Erledigungsarten.

➤ **Keywords:** criminal proceedings – public prosecution agency – justice – charges – termination of proceedings

ABSTRACT

In 2013 public prosecution agencies dealt with 4.5 million criminal prosecution proceedings in Germany. In the public discussion, statistics on the outcomes of prosecution proceedings are of great interest. An investigation may result in charges being pressed, however, from a statistical point of view, this is not the most frequent outcome. This article makes use of public prosecutors statistics to show the overall structure of actual outcomes of prosecution proceedings. In addition it quantifies the proportion of charges brought by public prosecution agencies to other outcomes.

1

Einleitung

Nachrichten über besonders gewaltsame Taten lösen oft intensive Diskussionen darüber aus, ob Täter in Deutschland angemessen bestraft werden. Umgekehrt gibt es auch immer wieder Diskussionen darüber, ob bestimmte Handlungen überhaupt geahndet werden sollten. Ebenso führen Presseberichte über Strafverfolgungen gegen Personen des öffentlichen Lebens zu Debatten über die für angemessen gehaltenen justiziellen Sanktionen. Dabei gehen die Vorstellungen darüber, welches Verhalten verwerflich und welche Sanktion angemessen ist, mitunter weit auseinander.

Für die zuständigen Strafverfolgungsbehörden in Deutschland gibt das Gesetz die Kriterien dafür vor, welches Verhalten strafbar ist und welches nicht. Das Gesetz legt auch Strafraumen fest. Daher bedeutet die Einleitung eines strafrechtlichen Ermittlungsverfahrens gegen eine Person nicht automatisch, dass die Person tatsächlich eine Straftat im Sinne des Gesetzes begangen hat. Es bedeutet zunächst nur, dass die Strafverfolgungsbehörden (insbesondere Polizei und Staatsanwaltschaft) aufgrund einer Anzeige oder einer eigenen Beobachtung entsprechend der Gesetze ermitteln. Dabei steht immer am Anfang des Verfahrens ein hinreichender Verdacht, dass eine Straftat vorliegen könnte. Die Staatsanwaltschaft als leitende Ermittlungsbehörde muss dann belastende und entlastende Aspekte prüfen. Im Ergebnis kann die Staatsanwaltschaft in ihrer Abschlussverfügung Anklage gegen einen Tatverdächtigen erheben, sie kann aber auch je nach Einzelfall zu einer anderen Bewertung des Ermittlungsstandes gelangen.

Mit diesem Aufsatz sollen der Umfang und die Struktur der staatsanwaltschaftlichen Ermittlungstätigkeit in Deutschland im Hinblick auf die Art des Verfahrensabschlusses statistisch dargestellt werden. Das heißt es geht weder um die moralische Bewertung von Verhaltensweisen noch um die juristische Betrachtung des Einzelfalls, sondern um die Statistik über die Tätigkeit der Justiz, konkret der Staatsanwaltschaft. Beantwortet werden die Fragen, wie häufig staatsanwaltschaftliche Ermittlungsverfahren in Strafsachen mit einer Anklage, die zu einer gerichtlichen Hauptverhandlung führt,

enden und wie oft endet das Ermittlungsverfahren mit einer Einstellung?

Der Beitrag erläutert zunächst den konzeptionellen Rahmen der Justizstatistik, indem er in den Abschnitten 2.1 bis 2.3 darlegt, welche Art von statistischen Informationen es über die Ermittlungstätigkeit der Staatsanwaltschaften in Deutschland gibt. Den Schwerpunkt dabei bildet die Statistik über die Staats- und Amtsanwaltschaften (nachfolgend kurz StA-Statistik). Im Abschnitt 2.4 wird die Schnittstellenfunktion der Staatsanwaltschaft zwischen Polizei und Gericht und damit auch die Schnittstelle der StA-Statistik zwischen Polizeistatistik und Gerichtsstatistik aufgezeigt.

Auf diesen Begriffsdefinitionen aufbauend erfolgt im Kapitel 3 eine Analyse der staatsanwaltschaftlichen Erledigungspraxis. Neben der Anklageerhebung werden dabei auch die verschiedenen Arten der Verfahrenseinstellung quantifiziert. Kapitel 4 geht auf die Erledigungsstruktur nach Sachgebieten ein. Ein anschließendes Fazit ordnet die StA-Statistik gemeinsam mit der polizeilichen Kriminalstatistik und der gerichtlichen Strafverfolgungsstatistik dem sogenannten „Hellfeld“ offiziell registrierter Straftaten in Deutschland zu.

2

Konzeptionelle Grundlagen

2.1 Datenquellen zu Ermittlungsverfahren

Um Umfang und Struktur staatsanwaltschaftlicher Ermittlungstätigkeit in Deutschland statistisch darzustellen, kommen auf den ersten Blick zwei Quellen in Betracht:

- (1) Zentrales Staatsanwaltschaftliches Verfahrensregister (ZStV)
- (2) Erhebung von statistischen Daten bei den Staats- und Amtsanwaltschaften (StA-Statistik)

Das ZStV wird nach § 492 der Strafprozessordnung (StPO) beim Bundesamt für Justiz (Registerbehörde) geführt. Es enthält unter anderem Personendaten der Beschuldigten, die Straftaten (Tatzeiten, Tatorte, Tatvorwürfe durch Angabe der gesetzlichen Vorschriften), die

Verfahrenseinleitung und -erledigung bei der Staatsanwaltschaft und bei Gericht mit Angabe der gesetzlichen Vorschriften. Diese Informationen wären für die Zielsetzung des Aufsatzes von Interesse. Eine statistische Auswertung des ZStV ist allerdings rechtlich nicht zulässig.

Während das ZStV nur der Durchführung von Strafverfahren dient, hat die StA-Statistik explizit das Ziel, statistische Daten zu erheben. Schwerpunkte hierbei sind Angaben zum Ermittlungsverfahren (unter anderem zur einleitenden Behörde, Art der Erledigung, Art des Sachgebiets, Zahl der Beschuldigten). Die nachfolgenden Ausführungen beziehen sich daher auf diese Datenquelle.

2.2 Erhebung der StA-Statistik

Die StA-Statistik wird jährlich in den Bundesländern als Geschäftsstatistik durchgeführt. Das Statistische Bundesamt bereitet die Länderstatistiken zu Bundesergebnissen auf und veröffentlicht diese jährlich. Erstmals geschah dies für das Berichtsjahr 1981 für damals acht beteiligte Bundesländer (Statistisches Bundesamt, 1982), zuletzt für das Berichtsjahr 2013 für alle 16 Länder (Statistisches Bundesamt, 2014b). Die Aufbereitung auf Bundesebene erfolgt im Rahmen einer koordinierten Länderstatistik nach § 3 Absatz 3 des Bundesstatistikgesetzes (BStatG).

Auch wenn es sich zunächst um Länderstatistiken handelt, ist der Merkmalskatalog der StA-Statistik bundeseinheitlich konzipiert. Änderungsbedarfe unter Wahrung der Einheitlichkeit des Merkmalskataloges in allen Ländern werden von den Justizministerien der Länder jährlich im Ausschuss für Justizstatistik unter Beteiligung des Statistischen Bundesamtes, der verbundprogrammierenden Statistischen Landesämter und des Bundesamtes für Justiz¹ koordiniert. Die im Ausschuss beschlossenen einheitlichen Merkmale sind in jedem Land in Automationsfachverfahren bei den Geschäftsstellen der Staatsanwaltschaften implementiert.

An den Schritt der Datenerfassung in den Geschäftsstellen jedes Landes knüpft die Datenaufbereitung in den Statistischen Landesämtern an. Diese erfolgt im

Rahmen bundeseinheitlicher Verbundprogramme. Technisch-statistische Aspekte der Aufbereitung und Datenerlieferung im Statistischen Verbund werden in der jährlichen Referentenbesprechung Rechtspflegestatistik der Statistischen Ämter des Bundes und der Länder unter Beteiligung des Bundesministeriums der Justiz und für Verbraucherschutz und des Bundesamtes für Justiz abgestimmt.

2.3 Erhebungsumfang

In der StA-Statistik werden statistische Angaben für alle Staats- und Amtsanwaltschaften in Deutschland erhoben (Vollerhebung).

Dabei werden in der sogenannten Monatserhebung bilanzierende Angaben zum Geschäftsanfall auf Basis der Listen der Aktenordnung erfasst und in der Verfahrenserhebung (früher: Zählkartenerhebung) detaillierte Angaben zu Ermittlungsverfahren, die laut Aktenordnung nach dem Strafrechtsregister für Ermittlungsverfahren (JS-Register) eingetragen sind². Dies gilt allerdings nur für Ermittlungsverfahren gegen bekannte Tatverdächtige. Solange für eine registrierte Straftat kein Täter ermittelt werden kann, erfolgt auch keine statistische Erfassung im Rahmen der JS-Verfahrenserhebung. Ermittlungsverfahren gegen unbekannte Täter werden im UJS-Register eingetragen und bilanzierend als Eingang in der StA-Monatserhebung zum Geschäftsanfall abgebildet.

Eine systematische Darstellung der für die Geschäftsstellen der Staatsanwaltschaften relevanten externen und internen Rechtsvorschriften, der Sachgebietsregister (insbesondere JS und UJS) sowie ihrer IT-Umsetzung findet sich in gesonderten Publikationen zur Aktenordnung und zu Aufgaben der Geschäftsstellen (Stamm/Stamm, 2014) sowie zur Erhebung von Justizstatistiken in Zuständigkeit des Ausschusses für Justizstatistik. (Stamm/Stamm, 2015)

Bevor in den Kapiteln 3 und 4 Umfang und Struktur staatsanwaltschaftlicher Ermittlungsergebnisse in Strafsachen quantifiziert werden, wie sie sich aus der zuvor skizzierten StA-Verfahrenserhebung ergeben, wird nach-

¹ Im Ausschuss für Justizstatistik werden neben der StA-Statistik auch andere Justizgeschäftsstatistiken der Länder im Hinblick auf ihre einheitliche Ausgestaltung koordiniert. (Stamm/Stamm 2015, Seite 5)

² Nicht erfasst werden Bußgeldverfahren und Anträge der Finanzbehörden beim zuständigen Gericht auf Erlass eines Strafbefehls in Strafsachen.

folgend der Bezug zu „benachbarten“ Statistiken über die Strafverfolgung hergestellt.

2.4 Staatsanwaltschaftliche Ermittlungen zwischen Polizei und Gerichten

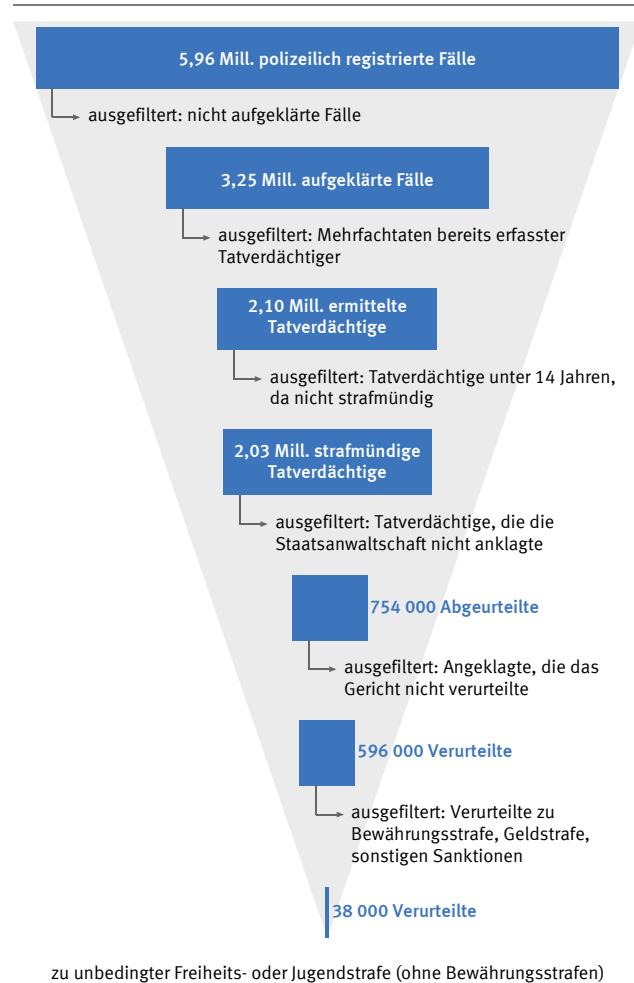
Staatsanwaltschaftliche Ermittlungen in Strafverfahren setzen in der Regel an der bereits erledigten Ermittlungsarbeit der Polizei an, die statistisch in der Polizeilichen Kriminalstatistik von Bundes- und Landeskriminalämtern erfasst wird. Die staatsanwaltschaftlichen Ermittlungen können wiederum mit der Weitergabe der Akten an das zuständige Gericht im Rahmen der Anklage des polizeilich ermittelten Tatverdächtigen enden. Über die Tätigkeit der Gerichte in Strafsachen informiert verfahrensbezogen die Strafgerichtsstatistik (Statistisches Bundesamt, 2014a) und personenbezogen die Strafverfolgungsstatistik (Statistisches Bundesamt, 2015) der Statistischen Ämter des Bundes und der Länder, die ebenfalls als koordinierte Länderstatistiken geführt werden.

Nimmt man die in der Polizeilichen Kriminalstatistik (PKS) nicht vollständig enthaltenen Straßenverkehrsdelikte aus der Betrachtung heraus, so ergibt das Nebeneinanderstellen von PKS und Strafverfolgungsstatistik (StVStat) eine Struktur, die bereits im Ersten Periodischen Sicherheitsbericht der Bundesregierung (Bundesministerium des Innern/Bundesministerium der Justiz, 2001, hier: Seite 8) als Trichter bezeichnet wurde. Es handelt sich um einen mehrstufigen Reduktionsprozess des polizeilich registrierten Volumens an Fällen und Tatverdächtigen über das geringere Volumen an gerichtlich Abgeurteilten bis hin zu der im Vergleich zur Ausgangsmenge noch geringeren Zahl Verurteilter zu Freiheitsstrafe ohne Bewährung. Dabei geht es nicht um eine spitze Messung des Volumens, sondern darum, die ungefähre Größenordnung einzelner Strafverfolgungsphasen zueinander darzustellen.

Der Erste Periodische Sicherheitsbericht nutzte als Datengrundlagen für das Trichtermodell Ergebnisse der PKS und der StVStat für das Berichtsjahr 1998 und dort nur für das frühere Bundesgebiet und Berlin. Ungeachtet dessen wird die Grundstruktur des Trichters reproduziert, wenn Ergebnisse des Berichtsjahres 2013 für Deutschland insgesamt verwendet werden.

➡ Grafik 1

Grafik 1
Trichtermodell der Strafverfolgung 2013



Ohne Straßenverkehrsdelikte.

Quellen: Bundeskriminalamt (Polizeiliche Kriminalstatistik); Statistisches Bundesamt (Strafverfolgungsstatistik)

2015 - 01 - 0423

Für diese Trichterform gibt es inhaltliche Gründe: Die Akteure der Strafverfolgung prüfen aufgrund eigener Beobachtungen oder eingehender Meldungen und Anzeigen, ob ein Anfangsverdacht für eine Straftat vorliegt. Die einzelnen Prüfschritte führen zu einer Ausfilterung von Taten und Personen, bei denen bestimmte strafrelevante Voraussetzungen (zum Beispiel die Strafmündigkeit der Tatverdächtigen zum Zeitpunkt der Tat) nicht erfüllt sind. „Das Strafverfahren ist aber nicht nur ein Prozess der Ausfilterung, sondern auch ein Prozess der Bewertungsänderung im weiteren Gang des justiziellen Verfahrens.“ (Bundesministerium des Innern/Bundesministerium der Justiz, 2006, hier: Seite 13)

Staatsanwaltschaften können zu anderen rechtlichen Bewertungen der polizeilichen Ermittlungsergebnisse kommen als die Polizei, Gerichte zu anderen Bewertungen als die Staatsanwaltschaften.

Eine statistische Quantifizierung des Ausfilterungs- und Bewertungsprozesses und damit auch die Möglichkeit, Anteile und Verläufe zu berechnen, ist wegen unterschiedlicher Erfassungszeitpunkte, Erhebungseinheiten und Erfassungsgrundsätze nicht möglich. Bei dieser Einschränkung ist zu berücksichtigen, dass die Einzelstatistiken für ursprünglich eigene Zwecke entstanden sind und nicht als Gesamtkonzeption aufeinander beziehbarer Teilmengen: „Aus ihrer jeweiligen Sicht (hier also: Polizei, Justiz) sind beide statistischen Angaben richtig; sie messen nur Verschiedenes.“ (Bundesministerium des Innern/Bundesministerium der Justiz, 2001, hier: Seite 5)

Die PKS zu Straftaten und zu Tatverdächtigen „misst die Verdachtssituation, wie sie sich aus Sicht der Polizei bei Abgabe der Akten an die Staatsanwaltschaft darstellt. Die Strafverfolgungsstatistik (StVStat) misst das Ergebnis der Überzeugungsbildung der Richter. Beide Statistiken messen an bestimmten Stellen des Strafverfahrens Ergebnisse von Entscheidungsprozessen, ob zum Beispiel ein Sachverhalt einen Straftatbestand erfüllt, ob Anklage erhoben oder das Verfahren eingestellt, ob freigesprochen oder verurteilt werden soll.“ (Bundesministerium des Innern/Bundesministerium der Justiz, 2001, hier: Seite 5)

Nach dieser Einordnung staatsanwaltschaftlicher Ermittlungstätigkeit in den „Gang des justiziellen Verfahrens“ behandeln die folgenden Abschnitte systematisch die Frage, wie oft Staatsanwaltschaften Ermittlungsverfahren durch Anklage oder andere Erledigungsarten beenden.

3

Staatsanwaltschaftliche Verfahrens-erledigungen

Als Einstieg in die Analyse staatsanwaltschaftlicher Abschlussentscheidungen wird zunächst das jährliche Volumen staatsanwaltschaftlicher Erledigungen von Ermittlungsverfahren (JS) gegen bekannte Tatverdächtige dargestellt.

In der nachfolgenden Betrachtung werden nur Staatsanwaltschaften beim Landgericht und Amtsanwaltschaften berücksichtigt, die zusammen aufgrund ihrer Zuständigkeit den größten Teil aller staatsanwaltschaftlichen Ermittlungsverfahren bearbeiten.³

Im Zeitraum 2007 bis 2013 wurden jährlich etwa so viele neue Verfahren gegen bekannte Tatverdächtige begonnen wie im selben Jahr abgeschlossen wurden. Im Jahr 2013 gab es 4 537 363 erledigte Ermittlungsverfahren. (Für eine Zeitreihe siehe Statistisches Bundesamt, 2014b, hier: Seite 13)

Voraussetzung der staatsanwaltschaftlichen Anklage oder anderweitigen Erledigung eines JS-Ermittlungsverfahrens ist, dass die Staatsanwaltschaft überhaupt Kenntnis von einer potenziellen Straftat erlangt. Daher wird im nächsten Schritt die Analyse der StA-Verfahrensstatistik mit der Frage fortgesetzt, wer die erledigten staatsanwaltschaftlichen Ermittlungsverfahren ursprünglich eingeleitet hatte.

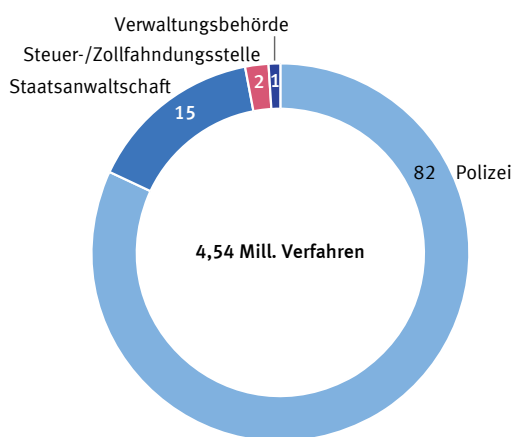
3.1 Einleitende Behörde

Voraussetzung für die Einleitung eines Ermittlungsverfahrens ist ein Anfangsverdacht auf eine Straftat nach § 160 StPO. Die Staatsanwaltschaften werden aufgrund eigener Wahrnehmungen, aufgrund eingegangener Anzeigen oder aufgrund Meldungen anderer Behörden tätig.

3 Darüber hinaus enthält die Staatsanwaltschaftsstatistik in der Fachserie 10, Reihe 2.6 auch Ergebnisse zu Umfang und Struktur der Ermittlungsverfahren von Staatsanwaltschaften beim Oberlandesgericht. So wurden im Jahr 2013 von Staatsanwaltschaften beim Oberlandesgericht zehn Ermittlungsverfahren (OJS-Register) erledigt sowie 4 225 weitere, die von der Staatsanwaltschaft (JS-Register) gemäß § 145 Gerichtsverfassungsgesetz übernommen wurden.

Als Einleitungsbehörde gilt in der StA-Verfahrensstatistik jene Behörde, die als erste mit der Ermittlung, über die die Verfahrenserhebung Angaben erfasst, beschäftigt war. Im Jahr 2013 wurden vier Fünftel der insgesamt von Staatsanwaltschaften beim Landgericht und von Amtsanwaltschaften erledigten 4 537 363 Ermittlungsverfahren von der Polizei eingeleitet, 15 % von der Staatsanwaltschaft, 2 % von Steuer- und Zollfahndungsstellen sowie 1 % durch Verwaltungsbehörden, denen die Einleitung von Ermittlungsverfahren für einen bestimmten Bereich übertragen wurde. [↗ Grafik 2](#)

Grafik 2
Einleitungsbehörden für staatsanwaltschaftliche Verfahren 2013
in %



2015 - 01 - 0429

Der Polizeianteil lag nicht nur im aktuellsten Berichtsjahr 2013 bei rund 80 %, sondern auch in den früheren Jahren. Selbst im ersten Jahr der StA-Statistik auf der Basis von acht Ländern leitete die Polizei 83 % der 1981 erledigten staatsanwaltschaftlichen Verfahren ein (Statistisches Bundesamt, 1982, hier: Seite 8).

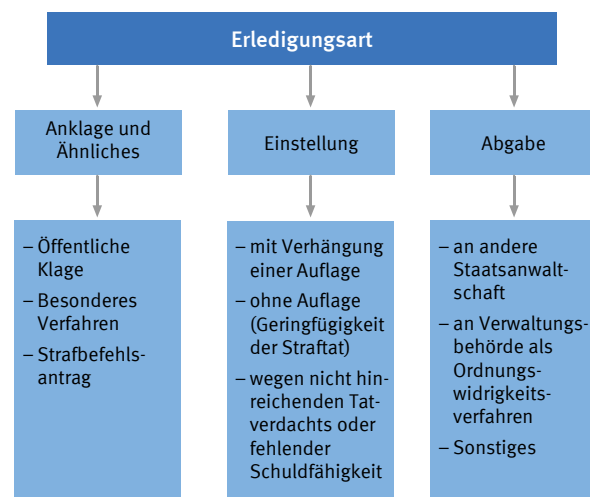
Die Einleitung von Ermittlungsverfahren durch die Polizei ist statistisch gesehen der Regelfall. In den meisten Fällen wird zunächst die Polizei benachrichtigt. Die Polizei muss ebenso wie die Staatsanwaltschaft nach § 152 Absatz 2 StPO grundsätzlich einem Anfangsverdacht auf eine Straftat nachgehen. Auf Ausnahmen von dieser Regelung geht der nächste Abschnitt ein.

Der Schwerpunkt der weiteren Analyse liegt auf der Art der staatsanwaltschaftlichen Verfahrenserledigung.

3.2 Erledigungsart

Ein eingeleitetes staatsanwaltschaftliches Ermittlungsverfahren kann je nach Ermittlungsergebnis auf verschiedene Arten abgeschlossen werden. [↗ Grafik 3](#)

Grafik 3
Grundtypen der staatsanwaltschaftlichen Erledigung von Ermittlungsverfahren



2015 - 01 - 0430

Die Staatsanwaltschaft ist nach § 152 Absatz 1 StPO auch Anklagebehörde. Damit unterscheidet sich ein Strafprozess fundamental von einem Zivilprozess.

[↗ Übersicht 1](#)

Übersicht 1

Vereinfachter Vergleich von Zivil- und Strafverfolgung

	Zivilprozess	Strafprozess
Angelegenheit	streitige Zivilsache	Strafsache
Klage	privat	öffentlich
Kläger	Individuum	Staat
Prüfung	Anspruchsberechtigung	Strafbarkeit einer Tat

Die Strafbarkeitsprüfung betrifft die Erfüllung gesetzlicher Tatbestände (zum Beispiel einer Vorschrift des besonderen Teils des Strafgesetzbuches), die Rechtswidrigkeit und Schuldhaftigkeit der Handlung (Fischer 2015, hier: Seite 71).⁴

⁴ Voraussetzungen der Schuld und der Strafzumessung sind insbesondere in § 46 StGB geregelt. Einzelheiten dazu, zum Strafzweck und zu Rechtsfolgen finden sich bei Fischer, 2015, hier: Seite 371 bis 424.

Rechtliche Grundlagen der Entscheidung im Strafprozess, auf die nachfolgend Bezug genommen wird, sind die Strafprozessordnung (StPO), das Strafgesetzbuch (StGB), das Jugendgerichtsgesetz (JGG), das Straßenverkehrsgesetz (StVG) und das Betäubungsmittelgesetz (BtMG) mit Rechtstand zum 1. Januar 2013 für das Berichtsjahr 2013.

Konzentriert man die Darstellung in einem ersten Schritt auf die Erledigungskategorien Anklage, Strafbefehlsantrag sowie Einstellung, zeigt sich über die Jahre hinweg bei leicht rückläufigem Niveau eine ähnliche Struktur der staatsanwaltschaftlichen Verfahrensabschlüsse. [Grafik 4](#)

Statistisch gesehen ist die Verfahrenseinstellung die häufigste Erledigungsart, nicht die Anklage oder der Antrag auf Erlass eines Strafbefehls. Innerhalb der Verfahrenseinstellungen dominieren die Einstellungen ohne Auflage insbesondere wegen Geringfügigkeit und die Einstellungen mangels hinreichenden Tatverdachts.

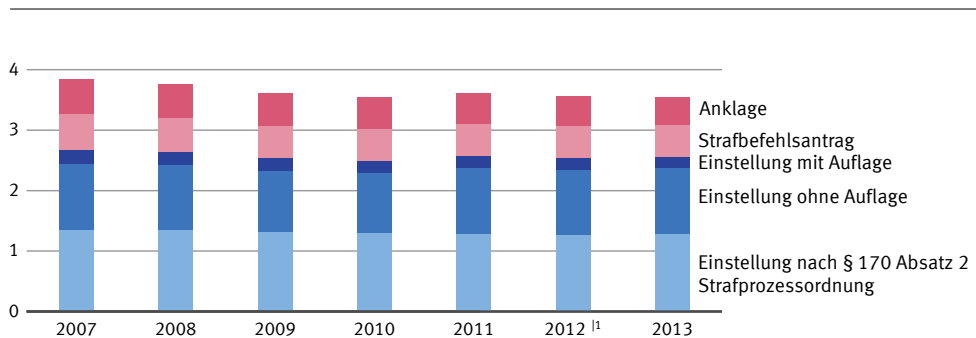
Neben Anklage, Strafbefehl, Einstellung mit und ohne Auflage sowie Einstellung wegen nicht hinreichenden Tatverdachts gibt es weitere Erledigungsarten:

- › Antrag auf besonderes Verfahren (beschleunigtes Verfahren, vereinfachtes Verfahren, Sicherungsverfahren, objektives Verfahren),
- › Verfahrenseinstellung wegen fehlender Schuldfähigkeit,
- › Abgabe des Verfahrens (Verweis auf den Weg der Privatklage, Verfahrensabgabe an eine andere Staatsanwaltschaft, an eine Verwaltungsbehörde, Verbindung mit einem anderen Verfahren, vorläufige Einstellung und Ähnliches).

Als Nächstes werden alle Erledigungsarten für das Berichtsjahr 2013 beschrieben. Die Gesamtzahl der von

Grafik 4

Durch Anklage, Strafbefehlsantrag oder Einstellung erledigte staatsanwaltschaftliche Ermittlungsverfahren
Mill.



Staatsanwaltschaften beim Landgericht einschließlich Amtsanwaltschaften.

1 Daten für Berlin aus dem Jahr 2011.

2015 - 01 - 0421

Staatsanwaltschaften beim Landgericht und bei Amtsanwaltschaften im Jahr 2013 erledigten 4 537 363 Ermittlungsverfahren gegen bekannte Tatverdächtige verteilt sich wie folgt auf die einzelnen Erledigungskategorien:

Öffentliche Klage

In 455 510 Verfahren (10% aller Verfahren) erhob die Staats- beziehungsweise Amtsanwaltschaft Anklage gegen bekannte Tatverdächtige vor einem zuständigen Gericht. Voraussetzung ist ein hinreichender Tatverdacht als Ergebnis der Ermittlungen (§ 170 Absatz 1 StPO). Liegt neben hinreichenden Verdachtsmomenten auch ein öffentliches Interesse vor, erhebt die Staatsanwaltschaft auch wegen der in § 374 StPO genannten Straftaten (zum Beispiel leichte Sachbeschädigung) Anklage. Anderenfalls kann bei diesen Straftaten auf den Weg der Privatklage verwiesen werden. Auch in anderen Situationen ermöglicht die Strafprozessordnung unter bestimmten Voraussetzungen, das Strafverfolgungsinteresse auf andere Arten als durch Anklageerhebung zu befriedigen, insbesondere bei geringfügigen Vergehen, mit §§ 153 und 153a StPO (siehe unten).

Strafbefehlsantrag

Weitere 527 228 Ermittlungsverfahren (12%) endeten mit Antrag auf Erlass eines Strafbefehls. Ein Strafbefehl wird gemäß § 407 StPO auf Antrag der Staatsanwaltschaft ohne gerichtliche Hauptverhandlung schriftlich ausgestellt. Dies ist aber nur möglich bei „leichten“

Straftaten mit geringer Strafandrohung (Vergehen gemäß § 12 Absatz 2 StGB).

Antrag auf ein besonderes Verfahren

Im Berichtsjahr 2013 wurden insgesamt 16 084 Ermittlungsverfahren (0,4 %) durch Antrag auf ein beschleunigtes Verfahren gemäß § 417 StPO beendet. Weitere 0,2 % aller Verfahren (9 670) endeten durch Antrag auf ein vereinfachtes Jugendverfahren gegen jugendliche Beschuldigte gemäß § 76 JGG. Bei 521 Ermittlungsverfahren (0,01 %) beantragte die Staatsanwaltschaft die Eröffnung eines Sicherungsverfahrens nach § 413 ff. StPO wegen Schuldunfähigkeit oder Verhandlungsunfähigkeit des Beschuldigten. 17 Anträge betrafen die Durchführung eines objektiven Verfahrens zur Beseitigung eines gesetzwidrigen Zustandes.

Verfahrenseinstellung mit Auflage

Insgesamt 4 % (183 333) aller Ermittlungsverfahren wurden 2013 mit einer Auflage eingestellt. Eine Einstellung kann erfolgen, wenn die Schuld des Täters gering ist und Auflagen das öffentliche Strafverfolgungsinteresse befriedigen. Diese Einstellung kann grundsätzlich mit einer Auflage nach allgemeinem Strafrecht gemäß § 153a StPO oder nach Jugendstrafrecht gemäß § 45 Absatz 3 JGG verbunden sein. Die 183 333 Verfahren mit Auflage verteilten sich 2013 nach der Häufigkeit wie folgt:

- › § 153a Absatz 1 Satz 2 Nr. 2 StPO (Geldbetrag für gemeinnützige Einrichtung oder Staatskasse): 149 216
- › § 153a Absatz 1 Satz 2 Nr. 5 StPO (Täter-Opfer-Ausgleich): 11 659
- › § 153a Absatz 1 Satz 2 Nr. 1 StPO (Schadenswiedergutmachung): 9 123
- › § 45 Absatz 3 JGG (Jugendrichterliche Maßnahme): 5 176
- › § 153a Absatz 1 Satz 2 Nr. 3 StPO (Sonstige gemeinnützige Leistung): 4 479
- › § 153a Absatz 1 Satz 2 (Sonstige Auflagen/Weisungen): 2 707
- › § 153a Absatz 1 Satz 2 Nr. 4 StPO (Unterhaltungspflicht): 547

- › § 153a Absatz 1 Satz 2 Nr. 6 StPO (Teilnahme an einem Aufbauseminar nach § 2b Absatz 2 Satz 2 oder § 4 Absatz 8 Satz 4 StVG): 392
- › § 37 Absatz 1 BtMG beziehungsweise § 38 Absatz 2 in Verbindung mit § 37 Absatz 1 BtMG (vorläufiges Absehen von der öffentlichen Klage): 34

Verfahrenseinstellung ohne Auflage

Im Berichtsjahr 2013 wurden 24 % (1 094 682) der Ermittlungsverfahren ohne Auflage eingestellt. Bei Einstellungen ohne Auflage handelt es sich hauptsächlich um Bagatellsachen nach allgemeinem Strafrecht (§ 153 StPO) oder Jugendstrafrecht (§ 45 Absatz 1 JGG). Auch kann die Staatsanwaltschaft von der Strafverfolgung absehen, wenn es sich um unwesentliche Nebenstraftaten handelt, die gegenüber einer ansonsten abzuurteilenden Straftat nicht ins Gewicht fallen (§ 154 Absatz 1 StPO). Die 1 094 682 Verfahren ohne Auflage verteilten sich 2013 nach der Häufigkeit wie folgt:

- › § 153 Absatz 1 StPO (Einstellung wegen Geringfügigkeit): 425 323
- › § 154 Absatz 1 StPO (Unwesentliche Nebenstraftat): 333 854
- › § 154f StPO (Abwesenheit des Beschuldigten oder wegen eines anderen in seiner Person liegenden Hindernisses): 113 778
- › § 45 Absatz 1 JGG (Absehen von der Verfolgung): 71 967
- › § 45 Absatz 2 JGG (Erzieherische Maßnahme): 69 144
- › § 31a Absatz 1 BtMG (Absehen von der Verfolgung): 58 665
- › § 154b Absätze 1 bis 3 StPO (Auslieferung oder Ausweisung des Beschuldigten): 7 609
- › § 154e StPO (Absehen von der Erhebung der öffentlichen Klage): 7 053
- › § 154d StPO (Fristbestimmung zur oder Einstellung wegen Klärung einer Vorfrage): 5 104
- › § 153b Absatz 1 StPO, § 29 Absatz 5 BtMG (Absehen von Klage): 1 619
- › § 153c StPO (Auslandstat): 547
- › § 154c StPO (Beschuldigter als Opfer einer Erpressung/Nötigung): 19

Verfahrenseinstellung mangels hinreichenden Tatverdachts

Im Berichtsjahr 2013 wurden insgesamt 28 % (1 286 880) der Ermittlungsverfahren gemäß § 170 Absatz 2 StPO eingestellt, weil die Ermittlungsergebnisse keine oder nicht genügend Anhaltspunkte für die Anklage ergaben.

Verfahrenseinstellung mangels Schuldfähigkeit

Im Berichtsjahr 2013 wurden insgesamt 0,2 % (9 679) aller Ermittlungsverfahren wegen Schuldunfähigkeit des Beschuldigten gemäß § 20 StGB eingestellt.

Verfahrensabgabe

Im Berichtsjahr 2013 endeten insgesamt 953 759 Ermittlungsverfahren (21 %) mit der Abgabe des Verfahrens und Ähnlichem. 213 639 staats- und amtsanwaltschaftliche Ermittlungsverfahren (knapp 5 %) endeten mit der Abgabe an eine andere zuständige⁵ Staatsanwaltschaft. Weitere 240 884 (rund 5 %) bisherige Strafverfahren wurden als Ordnungswidrigkeit nach § 41 Absatz 2, § 43 OWiG an eine zuständige Verwaltungsbehörde abgegeben. 275 737 Strafverfahren (rund 6 %) wurden beendet, indem sie mit einer anderen Strafsache verbunden wurden. Die strafrechtliche Verfahrensbeendigung durch Verweis auf den Weg der Privatklage erfolgte 190 020 Mal und damit in rund 4 % aller erledigten Verfahren, weil kein hinreichendes öffentliches Interesse an der Ermittlung bestand. Der Privatklageweg ist für die in § 374 StPO aufgezählten Delikte des Strafgesetzbuchs, zum Beispiel Sachbeschädigung nach § 303 StGB, und bestimmte Nebenstrafgesetze möglich. Schließlich wurden 33 479 Verfahren anderweitig erledigt, darunter 13 057 durch vorläufige Einstellung.

Geht man von der vereinfachenden Dreiteilung aus Anklage und Ähnlichem, Einstellung und Abgabe in Grafik 3 aus, ergibt sich für die Häufigkeit staatsanwaltschaftlicher Erledigungsarten in Deutschland zusammenfassend folgendes Bild:

- › **Anklage und Ähnliches:** Rund ein Fünftel (22 %) der staats- und amtsanwaltschaftlichen Verfahren in Deutschland wurde im Jahr 2013 in einer Art erledigt, die das Strafverfahren gerichtlich fortsetzt. Am zeitintensivsten war dies bei der Erhebung der öffentli-

chen Klage vor Gericht der Fall, geringer beim Antrag auf ein beschleunigtes Verfahren oder auf Erlass eines Strafbefehls.

- › **Einstellung:** 2 574 574 Verfahren (57 %) wurden im Jahr 2013 eingestellt, wegen Geringfügigkeit der Strafe, wegen nicht hinreichenden Tatverdachts, wegen Schuldunfähigkeit oder unter Auflagen.
- › **Abgabe:** Rund ein Fünftel (21 %) der bearbeiteten Strafverfahren wurde beispielsweise zur weiteren Bearbeitung an andere zuständige Staatsanwaltschaften oder als Ordnungswidrigkeit an zuständige Verwaltungsbehörden abgegeben oder anderweitig erledigt.

Die Größenordnung von Anklage, Einstellung und Abgabe lag für alle JS-Verfahren des Jahres 2013 zusammen bei 22:57:21. Im ersten Jahr der StA-Statistik, 1981, betrug diese Erledigungsrelation 39:43:18 – auf Basis von damals acht Bundesländern. Innerhalb der Gruppe der Verfahrenseinstellungen waren Einstellungen mit Auflage mit rund 6 % im Jahr 1981 (Statistisches Bundesamt, 1982, hier: Seite 12) etwas höher als 2013 und Einstellungen ohne Auflage mit knapp 8 % deutlich geringer als 2013. Nach § 170 Absatz 2 StPO wurden 1981 insgesamt rund 29 % aller Verfahren erledigt und damit ähnlich viele wie 2013.

➤ Exkurs:

In der StA-Statistik des Jahres 1981 wurden nur Verfahren erfasst. In der StA-Statistik 2013 liegt der Erfassungsschwerpunkt ebenfalls auf Ermittlungsverfahren, allerdings wird die Erledigungsstruktur zusätzlich auch personenbezogen für die in Ermittlungsverfahren insgesamt beschuldigten Personen dargestellt. In 89 % der insgesamt 4 537 363 JS-Ermittlungsverfahren gab es nur eine beschuldigte Person. In den übrigen Verfahren wurde gegen zwei oder mehr Personen ermittelt. Insgesamt waren im Jahr 2013 in allen Verfahren 5 299 731 Personen betroffen. Trotz unterschiedlichen Volumens ist die Struktur der Erledigung in der personenbezogenen Darstellung ähnlich wie in der verfahrensbezogenen Darstellung: Die Größenordnung von Anklage, Einstellung und Abgabe betrug in der personenbezogenen Darstellung 21:59:21. Die weiteren Ausführungen des Artikels konzentrieren sich auf die verfahrensbezogene Darstellung.

Zeitliche Veränderungen sollten nicht überinterpretiert werden. So beruhte die StA-Statistik nicht in allen Berichtsjahren auf Daten aller sechzehn Länder. Neben der räumlichen Erweiterung durch die deutsche Ver-

⁵ Nicht als Erledigungsart zählt in der StA-Statistik hingegen die Abgabe innerhalb derselben Staatsanwaltschaft.

einigung differenzierten sich auch über die Jahre hinweg die gesetzlichen Erledigungsarten aus. Beispielsweise wurde unter anderem der Täter-Opfer-Ausgleich in § 153a der Strafprozessordnung aufgenommen. Im Rahmen dieser Einschränkungen zeigt sich dennoch über die Zeit insgesamt eine Zunahme des Einstellungsanteils in der Erledigungsstruktur von Ermittlungsverfahren. Eine tiefergehende Erörterung der zeitlichen Entwicklung staatsanwaltschaftlicher Erledigungsstrukturen enthalten die Periodischen Sicherheitsberichte der Bundesregierung. (Bundesministerium des Innern/Bundesministerium der Justiz, 2001, hier: insbesondere Seite 349 ff., und Bundesministerium des Innern/Bundesministerium der Justiz, 2006, hier: insbesondere Seite 540 ff.)

Bezogen auf die Gesamtzahl der erledigten staatsanwaltschaftlichen Ermittlungsverfahren bleibt aus statistischer Sicht festzuhalten, dass eingeleitete Ermittlungsverfahren in der Regel nicht mit der Anklage vor Gericht, sondern mit der Einstellung enden. Zwischen den polizeilich bekannt gewordenen Straftaten und den gerichtlichen Aburteilungen „liegen im Kern die Entscheidungen der jeweils den Fall bearbeitenden Staatsanwälte, wie eine Anklage formuliert werden sollte, die einerseits gewährleistet, einen ins Unübersichtliche ausufern, von schwierigen Beweisanträgen gekennzeichneten Prozess zu vermeiden, die andererseits aber doch wahrscheinlich macht, dass die Angeklagten zur Überzeugung des Gerichts als schuldig überführt und einer gerechten Strafe zugeführt werden können.“ (Bundesministerium des Innern/Bundesministerium der Justiz, 2006, hier: Seite 451)

4

Ergebnisse nach Sachgebieten

Diese allgemeine Feststellung gilt grundsätzlich auch für die verschiedenen, in der StA-Verfahrenserhebung erfassten Sachgebiete.

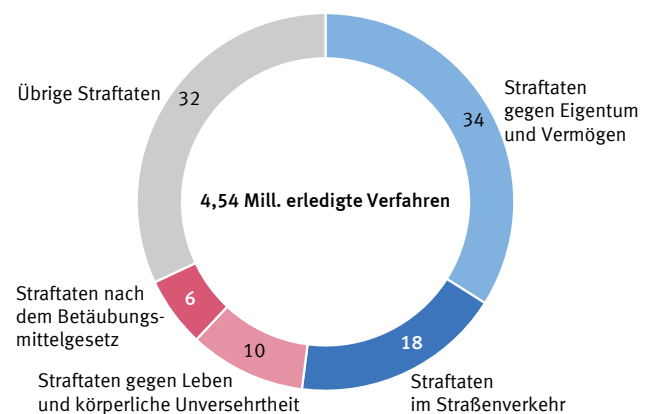
Die erstmals für das Jahr 1981 vom Statistischen Bundesamt veröffentlichte StA-Statistik wurde im Laufe der Jahre durch Beschlüsse des Ausschusses für Justizstatistik um verschiedene Sachgebiete ergänzt. Eine vollständige Auflistung aller derzeit in der StA-Statistik erfassten Sachgebiete findet sich bei Stamm/Stamm (2015, hier: Seite 177 ff.).

Maßgeblich für die Erfassung des Sachgebiets in der StA-Statistik ist der Deliktsschwerpunkt des Ermittlungsverfahrens entsprechend des Tatverdachts bei Eingang des Ermittlungsverfahrens. Allerdings kann es vorkommen, dass sich im Laufe des Verfahrens der Deliktsschwerpunkt durch eine andere rechtliche Einschätzung ändert. Beispielsweise kann eine anfängliche Ermittlung wegen des Verdachts auf versuchten Mord nach § 211 StGB in Verbindung mit §§ 22, 23 StGB am Ende zu einer Anklageerhebung wegen gefährlicher Körperverletzung nach § 224 StGB führen (siehe dazu und zu anderen Konstellationen Stamm/Stamm, 2015, hier: Seite 179).

Untergliedert man die im Jahr 2013 insgesamt 4 537 363 erledigten staatsanwaltschaftlichen Ermittlungsverfahren nach den erfassten Sachgebieten, zeigt sich, dass mit 1 555 902 rund ein Drittel aller Verfahren Eigentums- und Vermögensdelikte zum Gegenstand hatten.

➤ Grafik 5

Grafik 5
Deliktstruktur 2013
in %



2015 - 01 - 0432

Knapp ein Fünftel (801 190) aller erledigten Verfahren betrafen Straßenverkehrsdelikte. Zu 10 % (433 718) waren es Straftaten gegen das Leben oder die körperliche Unversehrtheit. In 283 545 (6 %) der Verfahren wurde wegen begangener Straftaten gegen das Betäubungsmittelgesetz entschieden. Die zuvor genannten Deliktgruppen hatten zusammen einen Anteil von 68 %

an allen im Jahr 2013 von Staats- und Anwaltschaften abgeschlossenen Verfahren.¹⁶

In den folgenden Abschnitten wird die Struktur der beiden häufigsten Deliktgruppen skizziert, die sich auch untereinander stärker unterscheiden.

4.1 Eigentums- und Vermögensdelikte

Eigentums- und Vermögensdelikte betreffen die Verletzung individueller Rechtsgüter. Von den insgesamt 1 555 902 erledigten Verfahren zu Eigentums- und Vermögensdelikten im Jahr 2013 entfielen 668 600 auf das Sachgebiet 25 „Diebstahl und Unterschlagung“ und 887 302 auf das Sachgebiet 26 „Betrug und Untreue“. Eine tiefere Gliederung dieser Sachgebiete nach einzelnen Strafvorschriften liegt nicht vor. Grob gesagt betrifft das Sachgebiet 25 Straftaten, die insbesondere im 19. Abschnitt des besonderen Teils des Strafgesetzbuches definiert sind, darunter Diebstahl nach § 242 StGB als Eigentumsdelikt. (Fischer 2015, hier: Seite 1729) Für Sachgebiet 26 sind es insbesondere Straftaten des 22. Abschnitts des besonderen Teils des Strafgesetzbuches, darunter Betrug nach § 263 StGB als Vermögensdelikt. (Fischer 2015, hier: Seite 1899)

Geht man von der vereinfachenden Dreiteilung aus Anklage und Ähnlichem, Einstellung sowie Abgabe in Grafik 3 aus, ergibt sich für Eigentums- und Vermögensdelikte folgende Häufigkeitsverteilung staatsanwaltlicher Erledigungsarten:

- › *Anklage und Ähnliches*: Alle Verfahren, die Eigentums- und Vermögensdelikte zusammen betrafen, endeten zu etwa einem Viertel und damit häufiger als im Gesamtdurchschnitt mit einer Einbindung des Gerichts, im Wesentlichen durch Erhebung der öffentlichen Klage und etwa gleich häufig durch Antrag auf Erlass eines Strafbefehls.
- › *Einstellung*: Knapp 60 % der Verfahren wurde im Jahr 2013 eingestellt, wegen Geringfügigkeit der Strafe, wegen nicht hinreichenden Tatverdachts, wegen Schuldunfähigkeit oder unter Auflagen. Einstellung mangels Tatverdachts und so weiter gemäß § 170 Absatz 2 StPO lag in beiden Sachgebieten unter dem

Gesamtdurchschnitt, Einstellung ohne Auflage darüber.

- › *Abgabe*: Knapp ein Fünftel der bearbeiteten Verfahren in Eigentums- und Vermögensdelikten und damit weniger als im Gesamtdurchschnitt aller Sachgebiete wurden beispielsweise zur Bearbeitung an andere zuständige Staatsanwaltschaften abgegeben, zur Bearbeitung als Ordnungswidrigkeit an zuständige Verwaltungsbehörden weitergegeben oder anderweitig erledigt.

Die Größenordnung von Anklage, Einstellung und Abgabe war beim Sachgebiet Betrug und Untreue mit 22:57:21 identisch mit derjenigen für alle JS-Verfahren. Beim Sachgebiet Diebstahl und Unterschlagung (28:60:12) lag der Anklageanteil über dem Gesamtdurchschnitt, der Abgabeanteil entsprechend darunter.

Zusammenfassend ergibt sich die Erledigungsstruktur, die in Kapitel 3 für alle Ermittlungsverfahren beschrieben wurde, damit auch bei Eigentums- und Vermögensdelikten: Verfahrenseinstellung ist der statistische Regelfall.

Deutliche Unterschiede gibt es bei der Einleitungsbehörde. Im Sachgebiet „Betrug und Untreue“ war die Staatsanwaltschaft mit einem Anteil von einem Viertel deutlich häufiger Einleitungsbehörde als im Durchschnitt aller Sachgebiete und die Polizei mit einem Anteil von zwei Dritteln deutlich weniger als im Gesamtdurchschnitt. Mit 6 % waren Steuer- und Zollfahndungsstellen auch überproportional häufig zuerst mit dem Ermittlungsverfahren befasst. Im Sachgebiet „Diebstahl und Unterschlagung“ wurden 89 % der Verfahren von der Polizei eingeleitet und 11 % von der Staatsanwaltschaft.

4.2 Straftaten im Straßenverkehr

Straßenverkehrsdelikte betreffen die Verletzung allgemeiner Rechtsgüter.¹⁷ Von den 801 190 im Jahr 2013 insgesamt erledigten staatsanwaltlichen Ermittlungsverfahren zu Straßenverkehrsdelikten entfielen 38 890 auf „schwere“ Formen, die im Sachgebiet 35 erfasst sind (Verkehrsstraftaten mit fahrlässiger Tötung

¹⁶ Die gesamte Häufigkeitsverteilung aller in der StA-Statistik erfassten Sachgebiete ist in Fachserie 10, Reihe 2.6 des Statistischen Bundesamtes in Tabelle 2.1.2 veröffentlicht. (Statistisches Bundesamt, 2014b)

¹⁷ Verkehrsstrafsachen im Sinne der StA-Verfahrenserhebung sind neben den typischen Straßenverkehrsdelikten wie §§ 142, 315b, 315c, 316 StGB, § 21 StVG insbesondere Straftaten nach §§ 222, 229, 323a, 323c StGB, § 22 StVG, soweit sie im Verkehr begangen worden sind, nicht aber die Straftaten nach §§ 185 und 240 StGB, die unter Sachgebiet 99 (sonstige allgemeine Straftaten) fallen.

sowie gemeingefährliche Straftaten nach den §§ 315 bis 315d StGB, ausgenommen Vergehen nach § 315c Absatz 1 Nummer 1 Buchstabe a). Im Sachgebiet 36 wurden mit 762 300 alle sonstigen Verkehrsstraftaten erfasst (beispielsweise Straßenverkehrsgefährdung nach § 315c Absatz 1 Nummer 1 Buchstabe a sowie das unerlaubte Entfernen von einem Unfallort gemäß § 142 StGB⁸).

In der Dreiteilung aus Grafik 3 sieht die Häufigkeitsverteilung staatsanwaltschaftlicher Erledigungsarten bei Straßenverkehrsdelikten wie folgt aus:

- › **Anklage und Ähnliches:** Über ein Viertel der Straßenverkehrsverfahren und damit mehr als im Gesamtdurchschnitt aller Verfahren endeten mit einer Einbindung des Gerichts, im Wesentlichen durch Antrag auf Erlass eines Strafbefehls, mit Abstand gefolgt von der Erhebung der öffentlichen Klage.
- › **Einstellung:** Knapp 40 % der Verfahren und damit deutlich weniger als im Gesamtdurchschnitt wurden im Jahr 2013 eingestellt.
- › **Abgabe:** Von den Straftaten im Straßenverkehr wurden mit knapp einem Viertel weit überdurchschnittlich viele bisherige Strafverfahren zur weiteren Behandlung als Ordnungswidrigkeit an zuständige Verwaltungsbehörden abgegeben.

Beim Sachgebiet Straftaten im Straßenverkehr mit der Erledigungsrelation 27:42:30 lag der Anklageanteil über dem Gesamtdurchschnitt, der Einstellungsanteil deutlich darunter und der Abgabeanteil bedingt durch den hohen Anteil der Abgaben an Verwaltungsbehörden über dem Gesamtdurchschnitt.

Ein weiterer Unterschied zum Durchschnitt aller Verfahren besteht darin, dass Straßenverkehrsdelikte fast ausschließlich (zu 93 %) durch die Polizei eingeleitet werden.

Analog zur Erledigungsstruktur in Kapitel 3 für alle Verfahren ist – wenn auch auf deutlich niedrigerem Niveau – bei Straßenverkehrsdelikten ebenfalls die Verfahrenseinstellung der statistische Regelfall.

⁸ Die Vorschrift ist im Strafgesetzbuch als Straftat gegen die öffentliche Ordnung enthalten. Ein Unfall im öffentlichen Straßenverkehr mit Personen- oder Sachschaden ist Voraussetzung. Ziel ist allerdings „die Feststellung und Sicherung der durch einen Unfall entstandenen zivilrechtlichen Ansprüche sowie der Schutz vor unberechtigten Ansprüchen“ (Fischer 2015, hier: Seite 1062).

5

Fazit

Die zuvor beschriebene StA-Statistik ist die einzige statistische Datenquelle, die jährlich über Umfang und Struktur staatsanwaltschaftlicher Ermittlungstätigkeit in Deutschland informiert. Es zeigt sich, dass die Einstellung von Ermittlungsverfahren im Jahr 2013 und auch im Zeitablauf statistisch gesehen die Regelentscheidung war.

Die StA-Statistik, die Polizeiliche Kriminalstatistik und die gerichtliche Strafverfolgungsstatistik sind sogenannte „Hellfeld“-Statistiken offiziell registrierter Straftaten in Deutschland. Innerhalb dieses Hellfeldes zeigt sich ein Prozess der Ausfilterung und Umbewertung im Verlauf des Strafverfahrens. So wird in der Zusammenschau der Einzelstatistiken eine Verschiebung der relativen Bedeutung einzelner Deliktgruppen erkennbar. Viele der polizeilich registrierten leichteren Delikte, vor allem Diebstahl, Sachbeschädigung oder Körperverletzung, gelangen nicht zum Gericht, weil die Staatsanwaltschaft als Ergebnis ihrer sachlichen und rechtlichen Bewertung des Einzelfalls das Ermittlungsverfahren eingestellt hat.

Die statistische Betrachtung kann nicht alle Besonderheiten staatsanwaltschaftlicher Ermittlungstätigkeit berücksichtigen. Die Stärken einer regelmäßigen Statistik liegen unter anderem in der Bereitstellung von Informationen zum statistischen Regelfall hinsichtlich Volumen und Struktur.

Bezogen auf die „Hellfeldstatistiken“ zur Strafverfolgung konstatiert der zweite Periodische Sicherheitsbericht: „Nur durch sie wird erkennbar, durch welche Ereignisse sich die Bürger beschwert oder gefährdet fühlen und derentwegen sie deshalb Anzeige erstattet haben. Lediglich sie informieren regelmäßig über die Personen, gegen die Ermittlungsverfahren eingeleitet wurden, wie diese Verfahren erledigt wurden und welche Sanktionen schließlich gegen die rechtskräftig Verurteilten verhängt wurden.“ (Bundesministerium des Innern/Bundesministerium der Justiz, 2006, hier: Seite 11)

Die StA-Statistik kann nicht alle Fragen beantworten. Mit ihr – als einziger Datenquelle – konnte aber die Erledi-

gungsstruktur der im Jahr 2013 insgesamt 4,5 Millionen staats- und anwaltschaftlichen Ermittlungsverfahren quantifiziert werden.

So endeten rund 22 % aller Ermittlungsverfahren mit einer Anklage oder Ähnlichem (Antrag auf Strafbefehl, besonderes Verfahren). Rund 57 % der Verfahren wurden eingestellt wegen nicht hinreichenden Tatverdachts, wegen Geringfügigkeit oder gegen Auflagen. 4 % endeten mit dem Verweis auf den Privatklageweg, 5 % mit der Abgabe des bisherigen Strafverfahrens als Ordnungswidrigkeit an eine Verwaltungsbehörde. Die restlichen Strafverfahren wurden an andere zuständige Staatsanwaltschaften abgegeben, mit anderen Strafverfahren verbunden, vorläufig eingestellt oder anderweitig erledigt. Betrachtet man nur jene Verfahren, die 2013 entweder mit Anklage und Ähnlichem oder mit Verfahrenseinstellung endeten – im Ersten Periodischen Sicherheitsbericht 2001, Seite 349, wurde diese Bezugsmenge als „bereinigte Verfahren insgesamt“ bezeichnet –, ergibt sich eine Anklagequote von 28 % und eine Einstellungsquote von 72 %.

Den Weg vom sogenannten „Dunkelfeld“ nicht erfasseter Straftaten hin zum sogenannten „Hellfeld“ der amtlich registrierten Straftaten fasst der Zweite Periodische Sicherheitsbericht der Bundesregierung in prägnanter Form zusammen: „Einem Ereignis oder Verhalten haftet kein beobachtbares Merkmal ‘kriminell’ an ... Erst wenn sich jemand dadurch benachteiligt sieht, es nicht für normal hält, eine Bestrafung wünscht usw., kommt die Frage auf, ob Kriminelles oder besser gesagt Strafbares geschehen ist. Solche Bewertungen finden zumeist statt, bevor die Strafverfolgungsbehörden von den Vorfällen Kenntnis erlangen. Mit ihrer Entscheidung, entweder gar nichts zu unternehmen, es bei einer informellen Reaktion zu belassen oder aber durch eine Anzeige die staatlichen Träger der Kriminalitätskontrolle einzuschalten, bestimmen (potenzielle) Anzeigerstatter zugleich, welche Delikte und welche Täter offiziell registriert werden, wo genau im Einzelnen also die Grenze zwischen Hellfeld (der registrierten Kriminalität) und dem Dunkelfeld verläuft. Zahlen über Kriminalität beziehen sich also nur auf angezeigte bzw. von Strafverfolgungsbehörden selbst registrierte Vorfälle.“ (Bundesministerium des Innern/ Bundesministerium der Justiz, 2006, hier: Seite 11)

Abschließend sind – ohne Anspruch auf Vollständigkeit – für einige Grundfragen zu Volumen und Struktur

der Strafverfolgung verfügbare Statistiken im Hell- und Dunkelfeld zusammengeführt. [➤ Übersicht 2](#)

Übersicht 2

Grundfragen zu Volumen und Struktur der Strafverfolgung und Statistiken im Hell- und Dunkelfeld

Frage nach	Hellfeld (registriert, regelmäßige Vollerhebung)	Dunkelfeld (nicht registriert, unregelmäßige Stichproben)
Zahl der Taten	Polizeistatistik Polizeiliche Kriminalstatistik: Fälle	Viktimisierungsbefragung Für Deutschland zuletzt 2012 durch das Bundeskriminalamt und das Max-Planck-Institut für ausländisches und internationales Strafrecht
Zahl der Opfer	Polizeistatistik Polizeiliche Kriminalstatistik: Opfer Justizstatistik Strafverfolgungsstatistik: Zusatztablette Abgeurteilte wegen Straftaten an Kindern nach Zahl der Opfer	Viktimisierungsbefragung Für Deutschland zuletzt 2012 durch das Bundeskriminalamt und das Max-Planck-Institut für ausländisches und internationales Strafrecht
Zahl der Täter	Polizeistatistik Polizeiliche Kriminalstatistik: Tatverdächtige Justizstatistik Staatsanwaltschaftsstatistik: Zusatztablette Beschuldigte insgesamt in den JS-Verfahren Strafverfolgungsstatistik: Gerichtlich Abgeurteilte (Verurteilte, Freigesprochene und so weiter) Strafvollzugsstatistik: Strafgefangene und Sicherungsverwahrte in Justizvollzugsanstalten	Täterbefragung unregelmäßig, punktuelle Einzelstudien



LITERATURVERZEICHNIS

Bundeskriminalamt (Herausgeber). *Polizeiliche Kriminalstatistik. Bundesrepublik Deutschland. Jahrbuch 2013*. Wiesbaden 2014.

Bundesministerium des Innern/Bundesministerium der Justiz (Herausgeber). *Erster Periodischer Sicherheitsbericht*. Berlin 2001.

Bundesministerium des Innern/Bundesministerium der Justiz (Herausgeber). *Zweiter Periodischer Sicherheitsbericht*. Berlin 2006.

Fischer, Thomas. *Strafgesetzbuch mit Nebengesetzen*. Beck'sche Kurz-Kommentare Band 10. München 2015.

Max-Planck-Institut für ausländisches und internationales Strafrecht/Bundeskriminalamt (Herausgeber). *Der Deutsche Viktimisierungssurvey 2012. Erste Ergebnisse zu Opfererfahrungen, Einstellungen gegenüber der Polizei und Kriminalitätsfurcht*. Schriftenreihe des Max-Planck-Instituts für ausländisches und internationales Strafrecht, Band A7 10/2014. Freiburg im Breisgau 2014.

Stamm, Manfred/Stamm, Yvonne. *Justizstatistik*. Recht in Ausbildung und Praxis bei den Gerichten und Staatsanwaltschaften. Pegnitz 2015.

Stamm, Manfred/Stamm, Yvonne. *Aktenführung und weitere Aufgaben der Geschäftsstelle*. Recht in Ausbildung und Praxis bei den Gerichten und Staatsanwaltschaften. Pegnitz 2014.

Statistisches Bundesamt (Herausgeber). *Fachserie 10 Rechtspflege, Reihe 2.3 Strafgerichte*. Wiesbaden 2014a. Verfügbar unter: www.destatis.de

Statistisches Bundesamt (Herausgeber). *Fachserie 10 Rechtspflege, Reihe 2.6 Staatsanwaltschaften*. Wiesbaden 2014b. Verfügbar unter: www.destatis.de

Statistisches Bundesamt (Herausgeber). *Fachserie 10 Rechtspflege, Reihe 4.1 Strafvollzug – Demographische und kriminologische Merkmale der Strafgefangenen am 31.03*. Wiesbaden 2014c. Verfügbar unter: www.destatis.de

Statistisches Bundesamt (Herausgeber). *Fachserie 10 Rechtspflege, Reihe 3 Strafverfolgungsstatistik*. Wiesbaden 2015. Verfügbar unter: www.destatis.de

Statistisches Bundesamt (Herausgeber). *Arbeitsunterlage Staatsanwaltschaften*. Wiesbaden 1982.

Herausgeber
Statistisches Bundesamt, Wiesbaden
www.destatis.de

Schriftleitung
Dieter Sarreither, Vizepräsident des Statistischen Bundesamtes
Redaktionsleitung: Kerstin Hänsel
Redaktion: Ellen Römer

Ihr Kontakt zu uns
www.destatis.de/kontakt

Erscheinungsfolge
zweimonatlich, erschienen im Juni 2015
Das Archiv aller Ausgaben ab Januar 2001 finden Sie unter www.destatis.de/publikationen

Print
Einzelpreis: EUR 18,- (zzgl. Versand)
Jahresbezugspreis: EUR 108,- (zzgl. Versand)
Bestellnummer: 1010200-15003-1
ISSN 0043-6143
ISBN 978-3-8246-1032-7

Download (PDF)
Artikelnummer: 1010200-15003-4, ISSN 1619-2907

Vertriebspartner
IBRo Versandservice GmbH
Bereich Statistisches Bundesamt
Kastanienweg 1
D-18184 Roggentin
Telefon: +49 (0) 382 04 / 6 65 43
Telefax: +49 (0) 382 04 / 6 69 19
destatis@ibro.de

Papier: Metapaper Smooth, FSC-zertifiziert, klimaneutral, zu 61% aus regenerativen Energien

© Statistisches Bundesamt, Wiesbaden 2015
Vervielfältigung und Verbreitung, auch auszugsweise, mit Quellenangabe gestattet.